

Soziale Arbeit

8.2009

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Was ist ein Sozialraum?

Armutsentwicklung
in „neuen Räumen“

Strategien der Elternunterstützung
im Kontext des Konzeptes
der Sozialraumorientierung

Homo oeconomicus
und homo paedagogicus

dzi

Soziale Arbeit

August 2009

58. Jahrgang

Dr. Oliver Fehren arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) an der Universität Duisburg-Essen, Holzstraße 7-9, 45141 Essen, E-Mail: oliver.fehren@uni-due.de

Professor Dr. Martin Albert ist Studiendekan Soziale Arbeit an der SRH Hochschule Heidelberg, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Ludwig-Guttman-Straße 6, 69123 Heidelberg, E-Mail: martin.albert@fh-heidelberg.de

Jan Stähr ist Dipl.-Sozialpädagoge in freiberuflicher Tätigkeit zur Sozialraumorientierung und Jugendhilfe in Berlin. Privatanschrift: Katzlerstraße 8, 10829 Berlin, E-Mail: j.staehr@gmx.de

Dr. Axel Bohmeyer lehrt Anthropologie und Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und ist Geschäftsführer des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik, Köpenicker Allee 37-57, 10318 Berlin, E-Mail: bohmeyer@icep-berlin.de

Was ist ein Sozialraum? 286
Annäherungen an ein Kunstwerk
Oliver Fehren, Essen

DZI-Kolumne 287

Armutsentwicklung in „neuen Räumen“ 293
Möglichkeiten und Grenzen professioneller
Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten
Martin Albert, Heidelberg

Strategien der Elternunterstützung 301
im Kontext des Konzeptes der
Sozialraumorientierung
Jan Stähr, Berlin

Homo oeconomicus und homo 308
paedagogicus
Zu aktuellen anthropologisch-pädagogischen
Diskursen in der Sozialen Arbeit
Axel Bohmeyer, Berlin

Rundschau Allgemeines 312
Soziales 313
Gesundheit 314
Jugend und Familie 315
Ausbildung und Beruf 318

Tagungskalender 318

Bibliographie Zeitschriften 319

Verlagsbesprechungen 322

Impressum 324

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Wochenschau Verlages, Schwalbach/Taunus, bei.



Eigenverlag

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/0418-9452>

Generiert durch IP '18.119.130.221',

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Was ist ein Sozialraum?

Annäherungen an ein Kunstwerk

Oliver Fehren

Zusammenfassung

Mit dem Bezug sozialraumorientierter Sozialer Arbeit auf kleinräumige Gebiete geht die Sorge einher, im Lokalen stecken zu bleiben. Der vorliegende Aufsatz zeigt auf, dass der Raumbezug des Fachkonzepts Sozialraumorientierung geringer ist als man zunächst vermuten mag. Im Rückgriff auf den traditionellen Community-Begriff der Chicago School of Sociology wird ein Raumkonzept entwickelt, das es der sozialraumorientierten Sozialen Arbeit ermöglicht, ihren Ausgangspunkt in spezifischen lokalen Territorien zu nehmen, ohne sich allerdings auf diese begrenzen zu lassen.

Abstract

The social-environmental approach of community-oriented social work prompts the concern of becoming stuck within the local sphere. The present article explains that today's community approaches are related to the notion of space to a lesser extent than one might think at first. Following the community perception of the Chicago School of Sociology the author develops a concept of space which permits the possibility for community-oriented social work to take its starting point in local areas – without, however, being constrained to these places.

Schlüsselwörter

Sozialraum – Konzeption – Soziale Arbeit – Definition – Gemeinwesenarbeit – Lebenswelt – community organization

Territorialisierung des Sozialen?

Sozialraum- und quartierbezogene Handlungsansätze erfahren aktuell wie kein anderes Konzept Sozialer Arbeit Beachtung – nicht nur in der Wissenschaft, sondern mit wachsender Dynamik ebenso in der Praxis. Umgesetzt wird Sozialraumorientierung unter der Chiffre „Fall im Feld“ vornehmlich in der Jugendhilfe und im Rahmen von kommunalen Quartiermanagementprozessen. Zunehmend wird das Konzept auch auf andere Arbeitsfelder, wie zum Beispiel die Behindertenarbeit, die Altenhilfe und das Segment der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen übertragen (*Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft* 2008, *Engel* 2001, *Stöcken; Stremmlau* 2009).

Das Aufblühen sozialräumlicher Programmatiken in der Sozialen Arbeit wird allerdings auch von Skepsis begleitet. Ein Teilaspekt der Einwände besteht in

der Sorge, dass die Sozialraumorientierung zu einer „Überbetonung von Räumlichkeit“ (*Kessl* u.a. 2006; S. 204) führen könnte, die im Ergebnis eine Reduktion Sozialer Arbeit auf den physischen beziehungsweise geographischen Raum bedeute. Unter dem Oberbegriff „Territorialisierung des Sozialen“ (*Kessl; Otto* 2007) werden im Wesentlichen vier Kritikpunkte vorgebracht:

▲ *Einseitige Aktivierung*: Mit der Sozialraumorientierung werde zu einseitig auf die Aktivierung von Potenzialen und Ressourcen im benachteiligten Sozialraum fokussiert (*Otto; Ziegler* 2004, S. 135). Die Konzentration auf die Aktivierung der raumendogenen Potenziale drohe die strukturellen Ursachen und Interessen hinter den neuen Formen der Exklusion zu verschleiern.

▲ *Überbetonung von Raumeffekten*: Es entstehe eine fragwürdige Überbetonung des Raums als benachteiligender Faktor gegenüber der sozialen Lage der Benachteiligten (*Kessl* u.a. 2006, S. 201 ff.). Damit werde der Eindruck erweckt, dass Räume quasi aus sich selbst heraus benachteiligend wären. Vielmehr sei jedoch davon auszugehen, dass es sich um räumliche Ballungen von individuellen und institutionellen Benachteiligungen handelt.

▲ *Containerisierung*: Sozialräumliche Handlungsorientierungen begünstigten Prozesse der Einschließung der deprivierten Wohnbevölkerung in ihren benachteiligten Stadtteilen (*Kessl* u.a. 2002). Sie aktivierten die Menschen zu gegenseitiger Selbsthilfe, integrierten das benachteiligte Gemeinwesen aber nicht systematisch in die gesamtstädtischen Entwicklungen und Ressourcenströme: „Es ist eine gewisse Stadtteilfixierung feststellbar, weil sowohl Ziele als auch Handlungen auf die mehr oder weniger großen Programmgebiete begrenzt formuliert werden. Die Handlungsprogramme mögen integriert sein, sie sind aber nur auf den Stadtteil bezogen und nicht in die Entwicklung der Stadt insgesamt integriert“ (*Häuber-Bermann* 2004, S. 281).

▲ *Homogenitätsunterstellung*: Sozialräumliche Programme würden, so der Vorwurf, im Hinblick auf benachteiligte Stadtteile mit Homogenitätsunterstellungen hinsichtlich der dort lebenden Wohnbevölkerung arbeiten, die sich empirisch nicht belegen ließen. Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland sei davon auszugehen, „dass nicht alle Bewohner eines benachteiligten Viertels benachteiligt sind und dass vor allem nicht alle – ja nicht einmal die Mehrheit der Armen in Armutsvierteln lebt“ (*Friedrichs; Blasius* 2000 zitiert nach *Otto; Ziegler* 2004).

Zusammengefasst sehen diese Einwände das Aufblühen sozialraumorientierter Handlungsansätze in der Sozialen Arbeit als Teil eines aktivierenden Staats,

der unter der Überschrift „Eigenverantwortung statt Staat“ die Reduktion gesamtstaatlicher Verantwortung unterstützt und diese unter Zuhilfenahme staatlich inszenierter Aktivierungspädagogik den ehemals schon ressourcenschwachen Stadtteilen aufbürdet (Kessl; Reutlinger 2007, S. 76). Da die Soziale Arbeit die kritische Theoriefindung für ihren programmatischen Sozialraumbezug nicht intensiv genug vorangetrieben habe (Biesel 2007, S. 2), wird für die Sozialraumorientierung die Gefahr gesehen, als Feigenblatt für die schrittweise Demontage sozialstaatlicher Sicherungssysteme instrumentalisiert zu werden und zumindest vordergründig die programmatische Legitimation zu bieten, benachteiligte Stadtteile nun ihrerseits stärker zur Eigenverantwortung anzumahnen beziehungsweise ihrem Schicksal selbst zu überlassen.

Rückblick: Von der Gemeinwesenarbeit zum Fachkonzept Sozialraumorientierung

Mit der Verabschiedung vom vielschichtigen Begriff des Gemeinwesens Anfang der 1980er-Jahre und der aktuellen Hinwendung zu den stärker territorial konnotierten Begrifflichkeiten Stadtteil, Quartier und Sozialraum lässt sich die Tendenz einer zunehmenden territorialen Verkürzung Sozialer Arbeit zumindest semantisch nachvollziehen. Warum wurde dieser Begriffswechsel vollzogen und welche konzeptionellen Veränderungen hatte das zur Folge?

In den 1960er-Jahren gab es erste Versuche, die angelsächsische Tradition communitybezogener Ansätze als Gemeinwesenarbeit nach Deutschland zu übertragen. Mit der Handlungsebene Gemeinwesen (so die damals gewählte Übersetzung für den Terminus community) verband sich für die Soziale Arbeit die Perspektive, die Ausblendung beziehungsweise Individualisierung gesellschaftlich verursachter Problemlagen zumindest in Teilen überwinden zu können. „Der Begriff des Gemeinwesens gewann in dem Moment an sozialpädagogischer Bedeutung, in dem klar wurde, dass eine ausschließliche Betrachtung von ‚sozialpädagogischen‘ Einzelfällen oder ‚Klientengruppen‘ fachlich unzureichend ist, es also methodischer Erweiterungen der sozialpädagogischen Perspektive bedurfte, die die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen für individuelle Ausgrenzungsprozesse reflektierte und versuchte, dort an gesellschaftlichen Strukturen anzusetzen, wo dies sozialpädagogisch möglich ist: im unmittelbaren Umfeld der AdressatInnen, im ‚Gemeinwesen‘“ (Sander-mann; Urban-Stahl 2008, S. 13).

Bei all der rasanten Entwicklung in der Technik, den Medien und der Gesellschaft ist es zuweilen überraschend, wie häufig schon tot gesagte Teile unserer Kultur eine regelrechte Wiedergeburt erleben. So florieren entgegen vieler Prognosen das Radio, das Kino, vielleicht auch weiterhin das Buch und die Tageszeitung. Und wenn in diesen Tagen die neue Zentralbibliothek der Berliner Humboldt-Universität als architektonische Meisterleistung gefeiert, von manchen aber auch als „wohl letzter großer Bibliotheksneubau“ abgesungen wurde, so mag auch diese Auffassung vielleicht bald überholt sein und mögen Bibliotheken in Eintracht mit den neuen Medien einer prosperierenden Zukunft entgegensehen.

Eine der eindrucksvollsten antagonistischen Erfolgsgeschichten haben in den vergangenen 20 Jahren die Museen geschrieben. Wie Phönix aus der Asche, so sind sie dem Staub entstiegen, der sich auf ihre stummen Exponate gelegt hatte. Mit faszinierenden Neubauten, vor allem aber mit innovativen museums-pädagogischen Konzepten locken sie alle Generationen an. Fast kein Thema scheint zu entlegen, als dass kreative Ausstellungsmacher nicht einen Publikumserfolg daraus machen könnten.

Da schmerzt es umso mehr, wenn der frische Wind einen der wichtigsten Orte unserer Museumslandschaft nicht erreicht. In Oranienburg, zehn Kilometer nördlich von Berlin, liegt im Ortsteil Sachsenhausen das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Das KZ Sachsenhausen war nicht nur sehr groß, sondern hatte als Ausbildungsstätte für das gesamte KZ-Personal des Dritten Reiches auch einen besonderen Stellenwert. Wie kann es dann sein, dass es dort keinerlei Informationsangebote für Kinder und Jugendliche gibt. Gerade bei den inzwischen so beliebten Audioführungen wäre angesichts der zum Teil kaum erträglichen Beschreibungen des alltäglichen Martyriums eine Fassung für Minderjährige unverzichtbar. Und wenn man sich im Museumsshop versorgen und dann bargeldlos bezahlen will, erhält man ein schüchternes „Tut uns leid, wir nehmen nur Bargeld“. Eine kulturelle Bankrotterklärung – nicht nur vor zehntausenden ausländischen Besuchern.

Sozialökologisch betrachtet stellt sich das lokale Gemeinwesen als Mesoebene dar, das die Zwischen-

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

stufe zwischen der Mikroebene (Familie, Freunde, primäre soziale Netze) und der Makroebene (Gesamtgesellschaft) bildet (Bronfenbrenner 1976). Mit der Orientierung am Gemeinwesen verfolgte Soziale Arbeit das Ziel, ihr operatives Arbeitsfeld genau zwischen Subjekt und Gesellschaft zu legen. Damit verbunden war die Hoffnung auf eine „systemdeh nende Praxis, die weder den individualisierenden Irritationen der Einzelfallhilfe noch den harmonisierenden Hoffnungen der sozialen Gruppenarbeit auf den Leim gehe“ (Müller 1996, S. 233).

Die ohnehin kurze Blütezeit der Gemeinwesenarbeit schwächte sich in der Bundesrepublik Deutschland jedoch schon Mitte der 1970er-Jahre wieder ab. Ihre zum Teil radikale Institutionenfeindlichkeit und ihre oftmals eher agitierende als aktivierende Haltung minderten ihren Rückhalt sowohl bei den Trägern Sozialer Arbeit als auch in der Wohnbevölkerung. Für die Träger der Wohlfahrtspflege war Gemeinwesenarbeit zu einem „Reizwort geworden, unter dem sich schwer kooperieren lasse“ (Munsch 2005, S. 43).

Geleitet von dem Willen, diese offensichtlichen Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit zu überwinden, entwickelten Hinte, Metzger-Pregizer und Springer zu Beginn der 1980er-Jahre die Gemeinwesenarbeit zur „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“ weiter (Hinte u.a. 1982). Mit der Betonung der Orientierung an den Interessen der Wohnbevölkerung grenzten sich die Autoren von gemeinwesenarbeitlichen Ansätzen ab, die zu sehr von den gesellschaftspolitischen Utopien der Professionellen geleitet waren und den Willen der Bewohnerinnen und Bewohner dabei ein ums andere Mal verfehlten. Gleichzeitig lösten sie die Gemeinwesenarbeit aus ihrem distanziierten Verhältnis zu den das Leben im Stadtteil prägenden Institutionen. Während Gemeinwesenarbeit bei den kommunalen Entscheidungsträgern eher Skepsis oder gar Ablehnung hervorrief, war der Begriff der stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit für diese unverfänglicher und lehnte sich zudem an einen auch für die Administration fassbaren Raum, eben einen Stadtteil, an. Lüttringhaus (2001) beschreibt den Begriff stadtteilbezogene Soziale Arbeit daher als „Tarntitel“, unter dem versucht wurde, die Gemeinwesenarbeit „institutionskompatibel zu machen“.

Durch die explizite Bezugnahme auf Stadtteile war die Gemeinwesenarbeit für die Bearbeitung der Folgen verstärkter sozialräumlicher Polarisierungsprozesse in den Städten anschlussfähiger geworden, die Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre in Stadtplanung und Stadtsoziologie zunehmend pro-

blematisiert wurden. Mit dem im Jahr 1993 in Nordrhein-Westfalen gestarteten Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ und dem 1999 daraus abgeleiteten Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ unter der Federführung des Städtebauministeriums kam auch die Gemeinwesenarbeit als Bestandteil des Quartiermanagements ein wenig aus ihrem Nischendasein heraus.

Die Anknüpfung an das lokale Gemeinwesen fand gegen Ende der 1990er-Jahre als Fachkonzept Sozialraumorientierung zunächst Eingang in die Jugendhilfe. Hier dient einerseits ein territorialer Sozialraum als Finanzierungs- und Steuerungsdimension im Sinne einer Bezugsgröße für die Konzentration von Personal und Leistungen der Jugendhilfe (Hinte; Krefl 2005). Zum anderen wird der individuelle Sozialraum der Adressaten und Adressatinnen mit der Formel „Fall im Feld“ als Ressourcenraum für die Lösung beziehungsweise Stabilisierung einzelfall-spezifischer Problemlagen stärker in den professionellen Fokus der Hilfeerbringung gerückt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Überlappungen der individuellen Sozialräume einen von vielen geteilten Sozialraum entstehen lassen, der einen territorialen Zugang rechtfertigt. Der Begriff Sozialraum wurde dabei weniger sozialwissenschaftlich fundiert, sondern eher aus strategisch-pragmatischen Überlegungen vollzogen, da er – anders als der Begriff Stadtteil – nicht zwingend an urbane Räume gebunden ist, sondern ebenso ländlich geprägte lokale Nahräume meinen kann (Werner 2008, S. 103).

Verwirrungen durch die Raumsemantik

Sozialraumorientierte Soziale Arbeit hat, anders als die Semantik es vermuten lässt, zunächst wenig mit einer Beschränkung sozialer Dienste und Institutionen auf geographisch abgegrenzte Regionen oder Territorien zu tun. Vielmehr handelt es sich dabei um ein in der Tradition der Gemeinwesenarbeit stehendes Fachkonzept Sozialer Arbeit, das aus fünf leitenden methodischen Prinzipien besteht (Hinte; Treeß 2007, Hinte 2009):

▲ **Ausgangspunkt jeglicher Arbeit sind der Wille/die Interessen der Menschen:** Ansatz der Arbeit ist immer der Wille beziehungsweise die Betroffenheit einzelner Menschen oder Gruppierungen und nicht von bürokratischen Instanzen identifizierte vermeintliche Bedarfe.

▲ **Aktivierende Arbeit hat grundsätzlich Vorrang vor betreuender Tätigkeit:** Die Fachkräfte tun möglichst nichts ohne die Adressatinnen und Adressaten und vermeiden Aktionen für diese. Vielmehr denken sie mit ihnen darüber nach, was diese selbstaktiv zur Verbesserung ihrer Situation tun können und

wenden sich erst in späteren Stadien mit betreuenden und programmorientierten Angeboten an die Wohnbevölkerung.

▲ *Die Nutzung personaler und sozialräumlicher Ressourcen spielt bei der Hilfestellung eine wesentliche Rolle:* Sozialraumorientierte Ansätze richten ihr Augenmerk mehr auf die Stärken als die Defizite der Adressaten und Adressatinnen. Darüber hinaus liegen in Räumen, den Nachbarschaften, auf Plätzen, in der Natur und in Straßen, aber auch in der vorhandenen Unternehmens- und Dienstleistungsstruktur bedeutsame Ressourcen, die man für die Hilfestellung nutzen und effektivieren kann.

▲ *Aktivitäten sind immer zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt:* Das fachliche Augenmerk gilt Vorhaben und Themen, die verschiedene Gruppierungen im Stadtteil anregen, sich zu beteiligen. Die klassischen Grenzen Sozialer Arbeit werden dabei in Richtung anderer Handlungsfelder wie Wohnen, Beschäftigung, Kultur, Gesundheit, Bildung, Verkehr und andere mehr überschritten.

▲ *Vernetzung und Kooperation der verschiedenen (sozialen) Dienste:* Über vielfältige Foren werden im Quartier tätige (professionelle und ehrenamtliche) Akteure und Akteurinnen aus verschiedenen Bereichen angeregt, Absprachen zu treffen und Kooperationen bezogen auf Einzelfälle, Gruppierungen und Aktionen einzugehen sowie gemeinsame Projekte zu entwickeln und durchzuführen.

Anders als die Raumsemantik nahelegt, handelt es sich beim Fachkonzept Sozialraumorientierung um ein hochgradig personenbezogenes Konzept (*Hinte* 2006, S. 11). Sozialraumorientierung fängt – und da lädt die Begrifflichkeit zur Verwirrung ein – nicht beim Raum an, sondern beim Eigeninteresse der Menschen: „Der konsequente Bezug auf die Interessen und den Willen der Menschen kennzeichnet das Fachkonzept Sozialraumorientierung und bildet damit den ‚inneren Kern‘ des Ansatzes, dem Aspekte wie der geografische Bezug, die Ressourcenorientierung, die Suche nach Selbsthilfekräften und der über den Fall hinausreichende Feldbezug logisch folgen“ (*Hinte* 2009, S. 24).

Die anspruchsvolle Herausforderung an Profession und Disziplin Sozialer Arbeit liegt somit weniger in einem wie auch immer gearteten Gebietsbezug, sondern vor allem in der Orientierung auf den Willen der Adressatinnen und Adressaten. Diese Radikalität des Fachkonzepts Sozialraumorientierung wird jedoch von der Territorialesemantik des Begriffs Sozialraumorientierung völlig in den Hintergrund gedrängt. Der Raumbezug ist aber dem Bezug auf die Eigeninteressen der Menschen eindeutig nach-

geordnet! Der sozialraumkritische Einwand, dass „der Stadtteil ... eine der möglichen Dimensionen Sozialer Arbeit [ist], selten die wichtigste und so gut wie nie die einzige“ (*Schrödter; Ziegler* 2007, S. 13), läuft somit ins Leere, weil Sozialraumorientierung – anders als die Raumsemantik das nahelegt – tatsächlich nur einen bedingten, also relativen Raumbezug aufweist.

Community-Begriff der Chicago School

Die eher strategisch als programmatisch motivierte Abkehr vom Gemeinwesenbegriff und die daraus resultierende zunehmende Verwendung des stark räumlich konnotierten „Tarntitels“ Sozialraum begünstigte eine Verflachung des Wissens der Sozialen Arbeit über den ausgesprochen vielschichtigen Handlungsort, den sie erreichen will: die Community. Der in diesem Zusammenhang befürchtete Containerisierungseffekt aktueller raumbezogener Programme lässt sich jedoch erheblich verringern, wenn sich Soziale Arbeit bei der Weiterentwicklung ihres Raumverständnisses an die aus heutiger Perspektive erstaunlich anmutende Ausdifferenziertheit des Community-Ansatzes wieder erinnert.

Das sozialwissenschaftliche Fundament des Community-Ansatzes legten die Autoren der Chicago School of Sociology – *Park, Burgess* und *McKenzie* – mit ihrem 1925 erschienenen Sammelband (*Park* u.a. 1987). Sie untersuchten die Funktionen und die Ausprägungen des sozialen Lebens in verschiedenen städtischen Arealen und wandten sich der Frage zu, wie sich dort mithilfe von Sozialplanung und Neighbourhood Work die Lebenssituation der Wohnbevölkerung verbessern ließe. Schon in dem Band „The City“ betrachteten die Autoren die lokale Community als Teil des gesamtstädtischen Gefüges und verknüpften soziale und geographische Begriffe wie Community, Natural Area und Neighbourhood miteinander. Dabei entwickelten sie in drei Kernaussagen ein multidimensionales Community-Verständnis:

▲ *Community meint immer eine Ansammlung von Menschen und Institutionen:* Die Autoren der Chicago School gehen über eine allein räumliche Definition von Community hinaus und weisen auf die prägende Bedeutung der Institutionen hin: „The simplest possible description of a community is this: a collection of people occupying a more or less clearly defined area. But a community is more than that. A community is not only a collection of people, but it is a collection of institutions. Not people, but institutions are final and decisive in distinguishing the community from other social constellations“ (*Park* zitiert nach *Szynka* 2006, S. 159). Community bezeichnet eine Ansammlung von Menschen und Institutionen.

nen in einem nur bedingt abgrenzbaren Territorium. Prägendes Kennzeichen der Communities sind die Institutionen. Letztlich sind sie es, die eine Community von anderen sozialen Konstellationen unterscheiden.

▲ *Communities bezeichnen keine abgeschlossenen Räume*: Auch hinsichtlich der Beziehung zwischen der lokalen Community und der Gesamtstadt legten die Autoren der Chicago School schon im Jahr 1925 eine Definition vor, die für die aktuelle Debatte über Verkürzungen des Sozialraumverständnisses erhellend sein dürfte: „Every community is always part of some larger and more inclusive one. There are no longer communities wholly detached and isolated; all are interdependent economically and politically upon one another. The ultimate community is the wide world“ (*ebd.*, S. 160). Mit dem Hinweis darauf, dass jede Community immer Teil einer größeren und umfassenderen Einheit ist, machen die Autoren deutlich, dass Vorstellungen von einer abgeschlossenen oder isolierten Community obsolet sind. Die nahräumliche Community ist notwendig als funktionaler Teil eines größeren städtischen Gesamtzusammenhangs zu begreifen: „To think neighbourhood or the community in isolation from the rest of the city is to disregard the biggest fact about the neighbourhood“ (*Burgess* 1973 zitiert nach *Hunter* 1979, S. 269).

▲ *Community hat gleichzeitig eine formelle und eine informelle Bedeutung*: Sie bezeichnet einerseits eine formal administrativ gestaltete Verwaltungseinheit und andererseits eine informell geprägte kulturelle und politische Einheit. *Szynka* erläutert im Anschluss an *Burgess*: „Formal ist eine community das Ergebnis einer politischen, administrativen Gestaltung. Informell ist eine community eine lebendige, politisch-kulturelle Einheit, die sich ständig weiterentwickelt und erneuert“ (*Szynka* 2006, S. 162).

Die nahräumliche Community kann somit nur der Anfang, der operative Ausgangspunkt sozialpädagogischer Aktivierung sein, sie muss dann aber immer in Beziehung zu umfassenderen Strukturen (zum Beispiel der Gesamtstadt) gesetzt werden. In Anlehnung an das Community-Konzept der Chicago School lassen sich nun drei zentrale Merkmale eines reflektierten Raumbegriffs entwickeln, der es der sozialraumorientierten Sozialen Arbeit ermöglicht, nicht im Lokalen stecken zu bleiben.

Endogene und exogene Potenziale aktivieren

Fokussiert Soziale Arbeit ausschließlich auf einen rein territorial verstandenen lokalen Nahraum, besteht die Gefahr, die Probleme innerhalb dieses Sozial-

raums auch ursächlich diesem Raum zuzuschreiben und daher Problemlösungen nur in diesem Raum zu suchen. Die wesentlichen Problemlagen der Menschen in benachteiligten Stadtteilen bestehen jedoch zunächst nicht in einer räumlichen Exklusion, sondern in ihrer sozialen und ökonomischen Deprivation, also in Armut und Arbeitslosigkeit. Es handelt sich um gesellschaftliche Verteilungsprobleme, die sich territorial niederschlagen. Die in der Folge in vielfältiger Weise von der Entwicklung der Gesamtstadt entkoppelten Quartiere nun auch noch für diesen Exklusionsprozess verantwortlich zu machen, wäre zynisch.

Dennoch spricht nichts gegen das Prinzip der Ressourcenaktivierung in benachteiligten Stadtteilen. Ressourcenaktivierung heißt, den Fähigkeiten der Menschen und ihrer Entfaltung nicht weniger Aufmerksamkeit zu schenken als ihren vermeintlichen und tatsächlichen Defiziten. Um die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen jedoch positiv zu verändern, wird es nicht ausreichen, allein auf die Aktivierung endogener Potenziale des Sozialraums zu setzen. Der benachteiligte Sozialraum ist als Aktionsort Sozialer Arbeit nur legitimierbar, wenn die Aktivierung exogener Ressourcen damit einhergeht. Die Orientierung am Sozialraum muss immer verbunden sein mit Handlungsansätzen außerhalb des benachteiligten Stadtteils: „Dort gilt es Einsicht zu erzeugen, Unterstützung einzuwerben und über die Situation der Menschen des benachteiligten Gebiets aufzuklären, um dem Anschluss dieser Gebiete an die Gesamtstadt den Weg zu bereiten“ (*Runge* 2007, S. 24). Die Stabilisierung benachteiligter Quartiere ist eine gesamtstädtische Aufgabe!

Lebenswelt und System über den Sozialraum verschränken

Da Community die Ansammlung von Menschen und Institutionen in einem mehr oder weniger klar umrissenen Gebiet meint, wird deutlich, dass eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit, die sich am Community-Modell der Chicago School orientiert, notwendig die Wechselwirkungen zwischen der Welt der Institutionen und den Lebenswelten der Bürger und Bürgerinnen bearbeiten muss. Diese Wechselwirkungen ereignen sich zwischen Stadtteil und Gesamtstadt wie auch innerhalb eines Stadtteils. Die Orientierung am lokalen Nahraum würde also halbiert, wenn sie sich nur den Lebenswelten der Menschen und nicht der Welt der die Stadtteile prägenden Institutionen widmen würde.

Die Brückenschläge zwischen Lebenswelt und System zu ermöglichen ist eine der zentralen Aufgaben

sozialraumorientierter Sozialer Arbeit. Dazu gehören die partizipative Öffnung der im Stadtteil tätigen und das Leben der Menschen prägenden Institutionen (zum Beispiel die örtlichen Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchen, Moscheen, Polizei, Nebenstelle des Allgemeinen Sozialdienstes, lokales Job-Center, Jugendzentren, Seniorenheime) sowie die Verknüpfung im lokalen Sozialraum entstehender Themen und Öffentlichkeiten mit den relevanten überlokalen Institutionen und Entscheidungsebenen, etwa mit kommunaler Politik und Verwaltung. Die für das Alltagsleben der Menschen bedeutsamen Institutionen müssen stärker für die Interessen und Bedarfe ihrer Nutzerinnen und Nutzer zugänglich sein. Um diese notwendigen Brückenschläge zwischen Lebenswelt und System vornehmen zu können, ist es für die Soziale Arbeit unabdingbar, ein Raumverständnis zu entwickeln, das sowohl in der Lebenswelt wie im politisch-administrativen System anschlussfähig ist.

Sozialraum als Kompromissformel von lebensweltlichem Kommunikationsraum und administrativer Steuerungsgröße

Die größere Kompatibilität mit den bürokratisch-administrativen Räumen spricht dafür, den vielschichtigen Community-Begriff mit seinem eher latenten Gebietsbezug doch wieder an einen stark territorial gebundenen und klar abgrenzbaren Sozialraum anzulehnen. Dann können in diesem Raum sichtbar werdende Entwicklungen, Chancen und Problemlagen besser an das System vermittelt und herangeführt werden, da dieses Territorium mit den Zuständigkeits- und Steuerungsbezirken von Jugendamt und Job-Center, den Wahlkreisen der Lokalpolitik, den Planungsräumen der Stadtentwickler und Wirtschaftsförderer, den Bezirken von Kindertageseinrichtungen und Schulen, den Einzugsbereichen der Kirchen und Moscheen und den statistischen Bezirken zusammenfällt und damit für diese Institutionen kompatibel und bearbeitbar ist. Der Raum, in dem Soziale Arbeit „sozialraumorientiert“ agiert, muss in seinen Abgrenzungen sowohl aus der Perspektive der Lebenswelt als auch aus institutioneller Sicht sinnvoll und nachvollziehbar geschnitten sein.

Der durch das Lebensumfeld beschriebene Sozialraum unterscheidet sich jedoch in seiner Größenordnung zumindest in Großstädten erheblich von institutionell zugeschnittenen Planungs- und Verwaltungsräumen, den Stadtbezirken. Während die historisch gewachsenen Gebiete mit kultureller Eigenart und Identität in der Regel zwischen 5 000 und 20 000 Einwohner haben, umfassen die großstädtischen Bezirke in der Regel zwischen 50 000 bis zu

80 000 Einwohner. Kleinräumiger lassen sich viele institutionelle Prozesse aus administrativer Sicht nicht organisieren. So ist die Stadtbezirksebene zum Beispiel die kleinste Einheit für politische Entscheidungsfindung (Litges 2007, S. 215). Damit entsteht das Dilemma, dass die Schneidung administrativer Planungs- und Verwaltungsräume informelle sozialräumliche Strukturen genau berücksichtigen muss, gleichzeitig aber eine gewisse Mindestgröße benötigt, die die Größe lebensweltlich rückgebundener Sozialräume in der Regel übersteigt: „Bei einer Gebietseinteilung muss jedenfalls berücksichtigt werden, dass sowohl die betroffenen Bürger/innen als auch die vorhandenen Institutionen diesen Sozialraum ‚tragen‘ können“ (Hinte 2006, S. 73).

Schmid-Urban macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Stadtteilentwicklung bearbeitete Räume eher große Territorien umfassen sollten: „Keine zu kleinen und zu homogenen Gebiete“ (*Schmid-Urban* zitiert nach *Runge* 2007). Zu klein gewählte Gebiete führen zu zwei Nachteilen. Zum einen lassen sie sich viel einfacher als sozialer Brennpunkt aus dem gesamtstädtischen Kontext herauslösen. *Mayer* rät daher dazu, die Programmgebiete (der Sozialen Stadt) über das als problematisch definierte Gebiet hinaus auszudehnen und nicht ausschließlich einen „Arme-Leute-Ansatz“ zu verfolgen. Er hält es unter dem Gesichtspunkt der Reduktion sozialräumlicher Polarisierungen für kontraproduktiv, solche Gebiete zu „sozialpolitischen Sonderproblemen“ zu machen und plädiert daher für einen räumlich großzügigeren Zuschnitt der Programmgebiete, der die angrenzenden Quartiere integriert (*Mayer* 2004, S. 253). Zum anderen erfasst man mit einer zu kleinräumig geschnittenen Problemorientierung weniger Integrationskräfte und Lösungspotenziale. Daher schlägt *Mayer* vor, dass die Gebiete eine kritische Mindestgröße haben sollten, die die Gebietsverflechtungen von zum Beispiel Schulen oder Versorgungseinrichtungen stärker berücksichtigt.

Die aus der Perspektive Sozialer Arbeit fachlich sinnvollen kleinräumigen Ansätze müssen immer im Kontext eines für Politik und Verwaltung kompatiblen größeren Raumbezugs stattfinden. Das erleichtert es, auch diese Akteursebene als potenzielle Ressource für die Stabilisierung und Entwicklung benachteiligter Quartiere einzuspielen. Selbstverständlich können die durch Soziale Arbeit bearbeiteten Sozialräume nicht immer so geschnitten und transformiert werden, dass sie den Steuerungsräumen des administrativen Systems exakt entsprechen. Hier hat eine sensible Gebietsschneidung Vorrang, die bestehende, lebensweltlich rückgebundene

Communities nicht durchtrennt. Soziale Arbeit wiederum sollte sich in ihrer Raumorientierung an die größeren Stadtbezirke als Bezugsgröße anlehnen und dann die meist kleineren beziehungsweise kleinräumigeren Communities innerhalb dieses größeren Bezugsrahmens bearbeiten. Zur Gewinnung einer intermediären, Lebenswelt und System vermittelnden Perspektive sollte der operative Ort sozialraumorientierter Sozialer Arbeit hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung möglichst an die kleinste territoriale Einheit des politisch-administrativen Systems, also den Stadtbezirk, heranreichen.

Fazit

Mit dem durch den Community-Ansatz geschärften Sozialraumverständnis ist eine einseitige Fokussierung auf die „sich selbst helfenden Bürger und Bürgerinnen“ ausgeschlossen. Denn die Institutionen sind ganz ausdrücklich ein prägender Bestandteil dieses Sozialraums. Eine raumtheoretisch aufgeklärte, sozialraumbezogene Soziale Arbeit bearbeitet somit zwingend immer auch die Welt der Institutionen. Sozialraumorientierung entfaltet ihre größte Durchschlagkraft, wenn sie ihre Bezugsräume als einen Kompromiss sowohl aus lebensweltlich rückgebundenen Sozialräumen als auch den bürokratisch-administrativen Planungs- und Steuerungsräumen gestaltet: „Sozialräume müssen geschnitten werden in der Mischung aus kommunaler Leistungsfähigkeit und innerstädtischer Verteilungsgerechtigkeit im Kontext von historisch nachvollziehbaren und kulturell sichtbaren Räumen“ (Hummel 2009, S. 15). Sozialräume als die operativen Orte sozialraumorientierter Sozialer Arbeit sind dabei im Wortsinne etwas Künstliches: „Diese Räume sind Kunstwerke, weil sie zwischen historisch gewachsenen Strukturen, sozialen Notwendigkeiten und ökonomischen Sachzwängen einen Kompromiss zu finden haben“ (ebd., S. 14).

Als pragmatische Kompromisslösungen weichen diese Kunstwerke allerdings deutlich weniger vom gefühlten Sozialraum ab als Kritiker oder Kritikerinnen befürchten könnten: *Guest* und *Lee* führten eine Untersuchung in Seattle durch, bei der sie die Menschen unter anderem nach den Grenzen ihres Wohnquartiers befragten. Das verblüffende Ergebnis: Ein großer Teil der Befragten definierte seine Nachbarschaft dabei auch in den oben eher kritisch angesehenen Distanz- und Raumkonstruktionen territorialer Gebietszuschneide. *Schnur* kommt daher zu dem Schluss: „Das subjektive Raumempfinden und die soziale Raumkonstruktion könnte deutlich schematischer sein als häufig vermutet wird“ (*Schnur* 2008, S. 40). Wenn es also gelingt, dass

über das „Kunstwerk Sozialraum“ sowohl Verwaltungs- und Steuerungsraum wie auch gefühlte Alltagskategorie miteinander verschränkt werden, sollte die Soziale Arbeit selbstbewusst am ambivalenten Konzept der Sozialraumorientierung festhalten.

Literatur

- Biesel, Kay:** Sozialraumorientierung. Zur Problematik einer eingegengten Konzeption. In: *Sozial Extra* 10/2007, S. 1-5
- Bronfenbrenner, Uri:** Ökologische Sozialisationsforschung. Stuttgart 1976
- Engel, Petra:** Sozialräumliche Altenarbeit und Gerontologie. Opladen 2001
- Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (DHG)** (Hrsg.): Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe. Dokumentation der DHG-Tagung 2007. Bonn und Jülich 2008
- Häußermann, Hartmut:** Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. In: *Walther, Uwe-Jens; Mensch, Kirsten* (Hrsg.): *Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“*. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt 2004, S. 268-287
- Hinte, Wolfgang:** Geschichte, Quellen und Prinzipien des Fachkonzepts „Sozialraumorientierung“ (Einleitung). In: *Budde, Wolfgang u.a.* (Hrsg.): *Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis*. Weinheim 2006, S. 7-26
- Hinte, Wolfgang:** Eigensinn und Lebensraum – zum Stand der Diskussion um das Fachkonzept „Sozialraumorientierung“. In: *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete* 1/2009, S. 20-33
- Hinte, Wolfgang; Kreft, Dieter:** Sozialraumorientierung. In: *Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid* (Hrsg.): *Wörterbuch Soziale Arbeit*. Weinheim/München 2005, S. 869-872
- Hinte, Wolfgang; Treeß, Helga:** Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Weinheim 2007
- Hinte, Wolfgang u.a.:** Stadtteilbezogene Soziale Arbeit – ein Kooperationsmodell für Ausbildung und berufliche Praxis. In: *Neue Praxis* 4/1982, S. 345-357
- Hummel, Konrad:** Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Bürgergesellschaft. *Stadt im Wandel: Wie bürgerschaftlich ist Stadtplanung?* In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 1/2009, S. 12-15
- Hunter, Albert:** *The Urban Neighbourhood – It's Analytical and Social Contexts*. *Urban Affairs Quarterly* 3/1979, S. 267-288
- Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe** (Hrsg.): *Territorialisierung des Sozialen*. Opladen 2007
- Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian:** *Sozialraum – Eine Einführung*. Wiesbaden 2007
- Kessl, Fabian u.a.:** *Einschließen oder Aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer*. In: *Riege, Marlo; Schubert, Herbert* (Hrsg.): *Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis*. Opladen 2002, S. 177-190
- Kessl, Fabian u.a.:** *Sozialraum*. In: *Dollinger, Bernd; Raithe, Jürgen* (Hrsg.): *Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar*. Wiesbaden 2006, S. 191-216
- Litges, Gerd:** *Jugendhilfe in Deutschland. Vorurteile und Wirklichkeit*. Hamburg 2007
- Lüttringhaus, Maria:** *Einleitung. Kompetenzen in Institution und Lebenswelt*. In: *Hinte, Wolfgang u.a.:* *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader für Studium, Lehre und Praxis*. Münster 2001, S. 129-130

Mayer, Hans-Norbert: Offene Fragen bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“. In: Walther, Uwe-Jens; Mensch, Kirsten (Hrsg.): a.a.O. 2004, S. 252-267

Müller, C. Wolfgang: Gemeinwesenarbeit. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim/Basel 1996, S. 232-233

Munsch, Chantal: Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Hohengehren 2005

Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger: Sozialraum und sozialer Ausschluß (Teil II). In: Neue Praxis 3/2004, S. 271-291

Park, Robert E. u.a.: The City. Suggestions for Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment. Reihe: Morris Janowitz (Hrsg.): The Heritage of Sociology. Chicago/London 1987 (erstmalig erschienen 1925)

Runge, Markus: Der Aufbau von brückenbildendem Sozialen Kapital. München 2007

Sandermann, Philipp: Urban-Stahl, Ulrike: Sozialraumorientierung oder Gemeinwesenorientierung? Begriffliche Entgrenzungen in der Debatte um Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe und ihre Folgen. In: Rundbrief Integrierte Erziehungshilfen 2/2008, S. 10-17

Schnur, Olaf: Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Ders. (Hrsg.): Quartiersforschung. Wiesbaden 2008, S. 19-51

Schrödter, Mark; Ziegler, Holger: Was wirkt in der Kinder- und Jugendhilfe? Internationaler Überblick und Entwurf eines Indikatorensystems von Verwirklichungschancen. In: ISA (Hrsg.): Wirkungsorientierte Jugendhilfe, Band 2/2007

Stöcken, Gerwin; Stremlau, Michael: Sozialraumorientierung und Quartiersarbeit – Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II in der Landeshauptstadt Kiel. Im Erscheinen

Szynka, Peter: Theoretische und Empirische Grundlagen des Community Organizing bei Saul D. Alinsky (1909-1972). Bremen 2006

Werner, Willfried: Der Beitrag sozialraumorientierter Arbeit zur Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen in Deutschland. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Dortmund 2008

Armutsentwicklung in „neuen Räumen“

Möglichkeiten und Grenzen professioneller Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten

Martin Albert

Zusammenfassung

Die sozialräumliche Analyse der Armutsentwicklung in Deutschland stellt die professionelle Sozialarbeit vor neue Herausforderungen. Der Begriff „sozialer Brennpunkt“ muss in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragt werden und bedarf einer inhaltlichen Erweiterung. Die Methode der Gemeinwesenarbeit kann einen effektiven Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, wenn die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Abstract

The social-environmental analysis of poverty development in Germany poses new challenges to professional social work. In this context, the notion of the „deprived area“ must be scrutinised and requires an expansion of content. The struggle against poverty can be supported by community work if the needed resources are made available.

Schlüsselwörter

Sozialer Brennpunkt – Gemeinwesenarbeit – Armut – Soziale Arbeit – Lebensbedingungen – Stadtteil – Partizipation

Einführung

Die steigende Anzahl von nationalen und lokalen Armutsuntersuchungen hat sowohl der Öffentlichkeit als auch der verantwortlichen Politik verdeutlicht, wie groß das tatsächliche Ausmaß von Armut in der Bevölkerung ist. Im Focus des gesellschaftlichen Interesses steht in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur die Quantität von Armut beziehungsweise welche Personen und Gruppen tatsächlich davon betroffen sind, sondern auch in welchen Wohnvierteln und Gebieten sich Armut konzentriert. In einer vielmals unkritischen Berichterstattung werden die komplizierten Zusammenhänge auf vereinfachte Schlagwörter reduziert. Hierzu zählt auch der Begriff „sozialer Brennpunkt“, der im öffentlichen Verständnis mit „Armenviertel“ und den damit verbundenen Auswirkungen von Gewalt, Drogen und Kriminalität gleichgesetzt wird. Ein besonderes mediales Interesse weist auf den Zusammenhang von Kindesvernachlässigung und Armut in sogenannten Problemvierteln hin. Unweigerlich werden mit dem Begriff auch die Fernsehbilder von den gewalttätigen

Jugendunruhen aus den tristen Hochhaussiedlungen der französischen Großstädte verbunden, die der Öffentlichkeit alljährlich vor Augen führen, wie tief die sozialen Gegensätze im Nachbarland sind. Dass gerade in diesen vernachlässigten Vierteln die Jugendlichen ihren Aufruhr durch das Abbrennen von Autos demonstrieren und ritualisieren, erscheint wie eine selbsterfüllende Prophezeiung des Begriffs sozialer Brennpunkt. Politiker und Fachwelt beschäftigen sich danach genauso regelmäßig mit der Frage, ob derartige Zustände auch in Deutschland möglich sind.

Eine erste Annäherung an die Problematik liegt zuerst einmal in der öffentlichen Assoziierung mit der Begrifflichkeit sozialer Brennpunkt und den vermeintlichen Auswirkungen. Langjährige Bewohner und Bewohnerinnen sogenannter „problematischer“ Stadtteile kennen diesen stigmatisierenden Effekt. Ein vermeintlicher sozialer Brennpunkt ist ein Wohnbereich, in dem scheinbar niemand freiwillig wohnen möchte. Im Grunde genommen werden alle Bewohner und Bewohnerinnen unter das Verdachtsmoment gestellt, entweder arm und/oder arbeitslos zu sein. So kann bereits die Angabe des Wohnortes oder des Straßennamens dazu führen, dass Betroffene bei Personaleinstellungen im Arbeitsbereich übergangen werden. Kinder und Jugendliche sind besonders von dieser Ausgrenzung betroffen. Aufgrund ihres Wohnortes werden sie gemieden beziehungsweise ihre sozialen Kontakte beschränken sich oftmals nur auf das „Viertel“. Geradezu unverstänlich reagiert das private Umfeld auf Personen, die es sich eigentlich finanziell leisten könnten, in eine „bessere“ Wohngegend zu ziehen.

Wenn ein Wohnviertel die Bezeichnung sozialer Brennpunkt erhalten hat, dann wirkt diese Etikettierung dauerhaft. Bereits ein auf Sensation ausgerichteter Zeitungsartikel kann der Anfang einer problematischen Abwärtsspirale für ein betroffenes Wohnviertel bedeuten. Für die professionelle Sozialarbeit, welche in Form einer aktivierenden Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit diese negativen Auswirkungen abbildern soll, ist es eines der schwierigsten Hindernisse, diese nachhaltig wirkenden Vorurteile zu widerlegen. Derartige Wohnviertel sind immer wieder in diesem Zusammenhang mit dem Vorwurf einer ausufernden Kriminalität konfrontiert, welche ein Wohnen zu einem Sicherheitsproblem werden lässt. Dies entspricht oft nicht der Realität: Vielmals liegt die Quote relevanter Straftaten (zum Beispiel Eigentums- und Gewaltdelikte) im innerstädtischen Kernbereich mit seinen modernen Kaufhaus- und Geschäftsmeilen über denen der scheinbar unsicheren Stadtviertel in den Randbezirken.

Soziale Brennpunkte scheinen im öffentlichen Verständnis ein Problem der Großstädte zu sein. Die Hochhaussiedlungen in den Randbezirken der Großstädte, die vornehmlich in den 1960er- und 1970er-Jahren entstanden, stellen sich aus heutiger Sicht für ein soziales Wohnen als architektonische Fehlplanungen dar. Insofern sind diese Gebiete geradezu prädestiniert, diese Vorstellungen zu erfüllen. Die erst seit wenigen Jahren aufgenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen zu Armut in Deutschland lassen jedoch erkennen, dass sich soziale Ungleichheit in vielfältigen „Räumen“ wiederfindet. Die zunehmende Armut ist schon längst nicht mehr auf die Großstädte konzentriert, sondern findet sich flächendeckend in Städten mittlerer Größe bis hin zu kleineren Dörfern im ländlichen Bereich. Notwendig ist insofern eine Diversifizierung des herkömmlichen Verständnisses von sozialräumlicher Armutskonzentration. Die folgenden Ausführungen haben das Ziel, zur Klärung und einem erweiterten Verständnis des Begriffs „sozialer Brennpunkt“ beizutragen. Dies hat grundlegende Auswirkungen auf die professionelle Sozialarbeit sowie auf die verwendeten Methoden und Handlungsansätze. Es wird auf der Grundlage der weiteren Armutsentwicklung von zentraler Bedeutung sein, die Vorgehensweisen, Techniken und Arbeitskonzepte zu erweitern und neuen sozialen Realitäten anzupassen.

Armut erobert „neue“ Räume

Das Thema Armut fand bis weit in die 1990er-Jahre hinein kaum gesellschaftliche Beachtung. Erst die Untersuchungen der freien Wohlfahrtsverbände ließen erkennen, dass die Gesamtproblematik viel stärker vorhanden ist als bisher angenommen (Albert 2005). Die Vorstellung, dass es in einem der reichsten Länder der Erde ein ernstzunehmendes Armutspotenzial gibt, wurde vonseiten der Gesellschaft und der verantwortlichen Politik systematisch ausgeblendet. Langzeitarbeitslosigkeit wurde als wirtschaftliches, nicht als ein soziales Problem definiert. Die tiefer gehenden Auswirkungen der Armutsentwicklungen wurden von offizieller Seite erst vor wenigen Jahren anerkannt und führten zumindest in Ansätzen zu einer öffentlichen Diskussion über Armut in Deutschland.

Armut liegt dann vor, wenn eine Person nicht einmal ein soziokulturelles Existenzminimum erreicht und deshalb keine angemessene Teilhabe an der Gesellschaft mehr möglich ist. Der zwischenzeitlich Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008) belegt eindrücklich die hohe Anzahl von armen Menschen in unserer Gesellschaft. Insbesondere die

ungleiche Verteilung im Einkommensbereich hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft.

In den Jahren 1973 bis 1993 ist der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland kontinuierlich um nahezu die Hälfte auf 11,4 Prozent angestiegen. Von 1991 bis 2005 setzte sich dieser Anstieg von 11,3 Prozent auf 13,2 Prozent in Gesamtdeutschland weiter fort, wobei sich die Armutsquoten von West- und Ostdeutschland immer mehr annäherten (*Statistisches Bundesamt* 2006). Die Armutsquoten bezeichnen die Zahl der Personen unterhalb der Armutsgrenze im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. In der Europäischen Union wird die Armutsrisikoquote als der Bevölkerungsanteil definiert, welcher mit weniger als 60 Prozent des äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens auskommen muss. Im Jahr 2004 betrug die Armutsgrenze für einen Ein-Personen-Haushalt 856 Euro.

Es ist eine politische Entscheidung und es bleibt einer Gesellschaft selbst überlassen, ob sie über die steuerfinanzierten Sozialleistungen (in Form von Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt, als Arbeitslosengeld II und als bedarfsorientierte Grundsicherung für alte und dauerhaft erwerbsunfähige Menschen) die Markteinkommen derart umverteilt, dass die Armutsquote gering bleibt, wie dies zum Beispiel in den skandinavischen Ländern der Fall ist. Bei Annahme der Armutsrisikogrenze eines 60 Prozent-Medians sind diese Sozialleistungen in Deutschland eindeutig zu gering. Im Jahre 2006 lag in Gesamtdeutschland etwa jede siebte Person unterhalb der 60-Prozent-Grenze, diese Menschen befanden sich also eindeutig in Einkommensarmut. Wird der 70-Prozent-Median angelegt, wie dies von vielen Experten gefordert wird, dann befinden sich bereits 21 Prozent der Bevölkerung in Armut (*Hauser* 2005).

Die Armutsberichterstattung der Bundesregierung blieb in diesem Zusammenhang nicht ohne Kritik. Diese bezieht sich unter anderem auf die Festlegung der Grenzwerte (zum Beispiel die Spanne der 50- bis 75-Prozent-Grenze für den sogenannten „prekären“ Wohlstand), die mangelnde Ursachenforschung, das Ausblenden der versteckten Armut und der Zunahme der überschuldeten Bevölkerungsgruppen. So werden überschuldete Haushalte, die über der Armutsgrenze liegen, nicht in die Berechnung einbezogen. Wenn alle Faktoren berücksichtigt werden, dann ist im Grunde genommen davon auszugehen, dass bis zu einem Drittel der Bevölkerung ständig oder zumindest phasenweise in Armut beziehungsweise im sogenannten „prekären Wohlstand“ lebt. Die These einer Zweidrittelgesellschaft

scheint die strukturelle Spaltung der Gesellschaft zu bestätigen: Während zwei Drittel der Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand partizipieren, ist ein Drittel von ihm ausgeschlossen. Armut, Unterprivilegierung und Benachteiligung eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung stehen damit im engen Zusammenhang mit Reichtum und Wohlstand eines anderen Teils.

In Deutschland spielt in der öffentlichen Diskussion der materielle Armutsbegriff eine zentrale Rolle. Es gibt jedoch eine Reihe weiterer Dimensionen, mit denen die qualitativen Faktoren von Armut beschrieben werden können. Die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigt sich zunehmend mit den gesundheitlichen Auswirkungen von Armut. Menschen aus unteren sozialen Schichten weisen ein signifikant höheres Krankheits- und in dessen Folge Sterblichkeitsrisiko auf, was bereits in unterschiedlichen Wohnvierteln einer Stadt zu einer bis zu sieben Jahre verkürzten Lebenserwartung führen kann. Der benachteiligte Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssektor, die geringere Absicherung gegen soziale Risiken bis hin zu den eingeschränkten Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung weisen auf die vielfältigen Auswirkungen von Armut hin. Die zunehmende räumliche Konzentration von Armut ließ auch das politische Interesse an Faktoren wie Wohnung, Wohnumfeld und der damit verbundenen Mobilität wachsen. Viel zu spät wurde nicht nur die Zunahme von Armut in der Bevölkerung erkannt, sondern auch die damit verbundene räumliche Segregation. Parallel zur Verfestigung der Armutsentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung eroberte Armut sprichwörtlich „neue Bezirke“, die längst nicht mehr am Rand der Großstädte liegen (*Grüger, Schäuble* 2005). Genauso wie Armut die Mittelschicht erreicht hat, ist sie zwischenzeitlich in allen regionalen und sozialen „Räumen“ zu finden. Die Unterschiede zwischen Großstadt, Kleinstadt und Dorf sowie zwischen ländlichen und verdichteten Wohngebieten werden in Bezug auf die zunehmende soziale Ungleichheit immer geringer – Armut kennt in diesem Sinne keine Grenzen mehr.

Merkmalbeschreibung eines sozialen Brennpunkts

Es ist nicht eindeutig festgelegt, was einen sozialen Brennpunkt kennzeichnet. Verwendung findet weiterhin eine ältere Definition des *Deutschen Städtetages* (1987, S. 12) aus dem Jahre 1979, nach der es sich um Wohngebiete handelt, in denen Faktoren, welche die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, ge-

häuft auftreten. Die *Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.* (2007) benennt als wesentliches Merkmal, dass entsprechende Stadtteile eine überdurchschnittlich große Anzahl von Menschen aufweisen, die nahe am Existenzminimum leben. Hinzu kommen eine hohe Belegdichte und eine unterdurchschnittliche Infrastruktur. Dieser Definition lag noch das Verständnis zugrunde, dass soziale Brennpunkte eher ein randständiges Problem in größeren Städten seien. Dies ist jedoch längst von der sozialen Realität überholt. Es bedarf einer quasi „sozialräumlichen“ Ergänzung beziehungsweise Erweiterung hinsichtlich der umfassenden Armutsentwicklung innerhalb der Gesellschaft. Als soziale Brennpunkte können unabhängig von der räumlichen Größe und der Bewohnerzahl alle Wohngebiete und Wohnräume (Stadtviertel, Straßenzüge, einzelne Hochhäuser) bezeichnet werden, in denen eine spezifische Armutskonzentration mit ihren ökonomischen und strukturellen Auswirkungen objektiv feststellbar ist und diese Lebensbedingungen für die betroffenen Menschen soziale Ausgrenzung und öffentliche Stigmatisierung zur Folge haben. Ein sozialer Brennpunkt kann also in diesem Sinne genauso das Hochhaus mit über hundert Wohneinheiten in der Großstadt sein wie das überbelegte Wohnheim für Flüchtlinge im ländlichen Bereich.

Es gibt viele Faktoren, die ein Abgleiten eines problematischen Stadtteils beschleunigen können. Die Dimensionen der Lebenslagen in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren zeigen sich zuerst in ökonomischen Kriterien (*Berendt u.a.* 2003, S. 29), also in hoher Arbeitslosigkeit, einkommensschwachen Haushalten, steigender Anzahl von Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfängern und einem hohen Anteil sogenannter „working-poor-people“ (Personengruppen mit geringem Einkommen). Dies ist eng gekoppelt an eine soziale Dimension (hoher Anteil sozial benachteiligter Gruppen wie Migranten, Alleinerziehende, alleinstehende alte Menschen). Armut erhöht die Gefahr psychosozialer Konfliktlagen (zum Beispiel Gewalt in Familien, Streit mit Nachbarn) und kann zur sozialen und emotionalen Vernachlässigung bei Kindern und Jugendlichen führen.

Soziale Brennpunkte können sehr genau in einer räumlich-strukturellen Dimension beschrieben werden und hier insbesondere in der „Eingrenzung“ des „Viertels“. Soziale Ungleichheit lässt sich in diesem Zusammenhang schon aus der Vogelperspektive erkennen – betroffene Armutsgebiete beginnen bereits auf der „anderen“ Straßenseite (wie in Dortmund Nordstadt). Schnellstraßen, Eisenbahnlinien, Flüsse und Industrieanlagen sind vielerorts die klar

festgelegten Grenzen zu den „besseren“ Vierteln, die sich oftmals durch mehr Freiräume (Parks, Plätze, Naturräume), geringere Umweltbelastung und eine bessere wirtschaftliche Infrastruktur auszeichnen.

Rein äußerlich betrachtet zeichnen sich gerade soziale Brennpunkte durch eine wohnstrukturelle Verwahrlosung aus. Fast regelmäßig treten Müllprobleme, Verwüstungen und Beschädigungen des Außenbereiches auf. Die Ursachen sind vielfältig und können am treffendsten mit der „Broken-Windows-Theorie“ beschrieben werden: Wenn einmal eine Fensterscheibe eingeschlagen ist und sie nicht umgehend repariert wird, dann folgen unweigerlich weitere Beschädigungen. Dies trifft genauso für ein Hochhaus wie für eine Obdachlosensiedlung zu. Aggressionen, die durch das Wohnumfeld entstehen, ein gering ausgeprägtes Verantwortungsgefühl der Bevölkerung und mangelnder Instandhaltungswille der Bauträger oder der zuständigen Verwaltungen sind die Ursachen, welche die Abwärtsentwicklung beschleunigen. Dies hat auch mit der Verteilung von Macht und Einfluss in kommunaler Politik zu tun. Jeder Gemeinwesenarbeiter, jede Gemeinwesenarbeiterin kennt die Erfahrung, dass wohnstrukturelle Schäden in der ansehnlichen Altstadt in der Regel wesentlich schneller repariert werden als im sozialen Brennpunkt.

Die am wenigsten untersuchte Dimension stellt die kulturelle dar. Sie zeichnet sich durch eine abnehmende soziale und politische Partizipation und eine fehlende Teilnahme am kulturellen Leben (zum Beispiel ein eingeschränktes Vereinsleben) aus. Auch eine sinkende Wahlbeteiligung spiegelt das Abwenden vom öffentlichen und politischen Leben wider. Menschen, die sich ausgegrenzt und an den Rand gedrängt fühlen, resignieren – selbst das Warten auf Besserung haben sie irgendwann aufgegeben.

Soziale Brennpunkte zeichnen sich oftmals durch eine hohe Bevölkerungsdichte bei gleichzeitig häufiger Fluktuation aus. Das Wohngebiet, die Straße, der Block oder das Haus erleben ständig wechselnde Bewohner und Bewohnerinnen: „Wer es sich leisten kann, der geht.“ Damit verbunden sind noch weitere Faktoren, die das Leben im sozialen Brennpunkt kennzeichnen. Besonders hervorzuheben sind die eingeschränkten sozialen Netzwerke. Untersuchungen in Hochhäusern weisen darauf hin, dass die nachbarschaftlichen Kontakte und Beziehungen wesentlich niedriger sind als in Wohngebieten, die eine geringere Bevölkerungsdichte und niedrigere Bebauung aufweisen (*Huber-Sheik* 1996, S. 84). Besonders ausgeprägt ist die wahrgenommene Anony-

mität – Untersuchungen zeigen, dass mit zunehmender Anzahl der Stockwerke die Anonymität steigt (Eitmann 2002). Die kritische Grenze liegt hier bereits bei fünf Stockwerken. Menschen, die in Armut leben, sind hinsichtlich ihrer Mobilität sehr eingeschränkt. Der räumliche Radius vieler Menschen in sozialen Brennpunkten erstreckt sich oftmals nur auf einige hundert Meter. Insbesondere für Frauen mit Kindern ist der Stadtteil der zentrale Lebensraum, zumal sie gesellschaftlich funktional auf Haushalt und Familie verwiesen werden (Grimm u.a. 2004, S. 46).

Die regionale Lage sozialer Brennpunkte kann sehr unterschiedliche Merkmalbeschreibungen aufweisen:

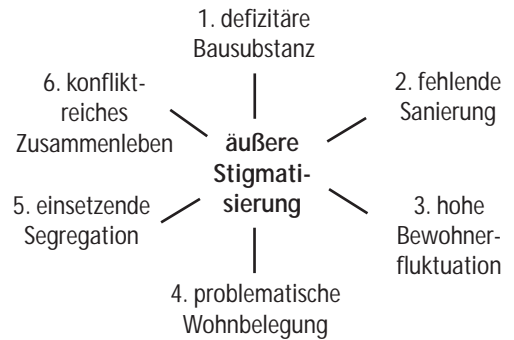
- ▲ verdichtete beziehungsweise hochgeschossige Wohnsiedlungen in städtischer Randlage („Wohnsilos“, Plattenbauten);
- ▲ Altbaugebiete als traditionelle Arbeiterviertel mit Verfallstendenzen;
- ▲ Wohnsiedlungen und Konversionsgebiete der abgezogenen Streitkräfte („Aussiedlerghettos“);
- ▲ Gewerbe-, Industrie- und Bahnbrachgebiete;
- ▲ städtische Obdachlosenghettos mit vornehmlich kinderreichen Familien, suchtkranken Menschen, Flüchtlingen.

Das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* (2009), das insbesondere benachteiligte und problematische Wohnviertel im Visier städtebaulicher und soziokultureller Maßnahmen hat, spricht diesbezüglich in seiner eigenen behördlichen Sprache von „Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Hierzu zählen Wohngebiete, die eine Spirale von Wegzug, Verelendung bis hin zur „Ghettoisierung“ aufweisen. Derzeit werden bundesweit im Rahmen dieses Programms 392 Gebiete in 287 Gemeinden gefördert. Nach eigenen Schätzungen dürfte dies zur Einrichtung von weit über 1 000 Sozialarbeiterstellen geführt haben. Das seit 1999 bestehende Bund-Länder-Programm unterstützt insbesondere lokale Strategien zur integrierten Sozialraumentwicklung, um soziale Brennpunkte zu verhindern (Berendt u.a. 2004).

Entstehungsbedingungen von sozialen Brennpunkten

Es ist notwendig, nicht nur soziale Brennpunkte zu beschreiben, sondern auch zu verdeutlichen, wie diese überhaupt erst entstehen konnten. Armutsentwicklung geht einher mit den sozialräumlichen Auswirkungen und mit der Zunahme der Problemlagen in sozialen Brennpunkten. Diese Entwicklung kann unter anderem mit dem Begriff „Segregation“ näher

beschrieben werden. Die räumliche Konzentration von Armut bewirkt in gewisser Hinsicht eine regional begrenzte „Schließung“, in deren Folge Ghettoisierung und soziale Brennpunkte entstehen können. Diese Tendenz hat in Deutschland in den letzten Jahren verstärkt zugenommen und hat unter anderem sozialpolitische und kommunale Ursachen.



Ein enger Zusammenhang besteht zwischen Arbeitslosigkeit, Einkommenshöhe, Mietbelastung und sozialräumlicher Armutskonzentration. Arbeitslose sind bezüglich ihres Wohnraums überdurchschnittlich schlecht gestellt. In sozialen Brennpunkten, die unter anderem durch enge und schlechte Wohnverhältnisse geprägt sind, wohnen überdurchschnittlich viele arbeitslose und gering verdienende Menschen, die in der Regel gezwungen sind, sich eine billige Wohnung zu suchen, die sie eben nur in diesen Stadtteilen finden. Hinzu kommen weitere Gründe für den Zuzug in Armutsbrennpunkte:

- ▲ Viele Wohnungen sind in Trägerschaft kommunaler Wohnbaugesellschaften.
- ▲ Sozialer Wohnungsbau ist in der Regel in baulich konzentrierter Weise vorhanden (Hochhäuser, Sanierungsgebiete).
- ▲ Wohnungsberechtigte werden in ihrer Notlage an die randständigen Wohngebiete überwiesen, zumal sie sowieso kaum Chancen auf dem freien Markt haben.
- ▲ Kommunaler Wohnungsbesitz in weniger dicht besiedelten Gebieten mit einer guten Bausubstanz wird „geschont“, um soziales Konfliktpotenzial mit alteingesessenen Mietern zu verhindern. Dahinter verbergen sich aber auch Vorurteile und Stereotypen vonseiten kommunaler Wohnungsverwaltungen. Aussagen wie „Die kinderreiche kurdische Familie kann dem Wohngebiet nicht zugemutet werden“ sind in der sozialarbeiterischen Praxis nicht selten zu hören.

Das Stigma wird zunehmend Teil des Problemstadtteils und letztendlich sogar Teil der Identität ihrer Bewohner und Bewohnerinnen mit entsprechenden

Etikettierungen. Von Armut Betroffene sind gezwungen, in solche Regionen zu ziehen, die noch bezahlbaren Wohnraum bieten. Die Mietgrenzen der Sozialbehörden sind hier auf ein Mindestniveau festgelegt, so dass die Entscheidung für einen Zuzug in ein billigeres Wohngebiet schon vorprogrammiert ist. Eine Verlagerung und damit sozialräumliche Konzentration von betroffenen Armutsgruppen aus den Umlandgemeinden in Klein- und Großstädten ist vorgezeichnet. Dies ist insbesondere bei Notlagen (Arbeitslosigkeit, Scheidung) nachvollziehbar, zumal der soziale Druck aus strukturell intakten Gemeinwesen zu einer „sozialpsychologischen Raumverlagerung“ führt. Sie verstärken damit aber auch die Armutproblematik und deren sozialräumliche Konzentration. Segregation ist eine Auswirkung ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Sanierung innerstädtischer Viertel, der Abriss oder die Erneuerung von Altbaugebieten und die Umwandlung von Wohnungen in Büros und Geschäfte führte zu einer Verteuerung und damit indirekt zu einer Verlagerung betroffener Gruppen in andere, noch bezahlbare Wohngebiete. Betroffen sind hier insbesondere alte Menschen und kinderreiche Familien.

Gesondert zu beachten sind Entwicklungen der letzten 20 Jahre, in denen viele Flüchtlinge und Aussiedler aufgrund der gesetzlichen Flächenunterbringung und Verteilung bereits von Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aufgenommen werden mussten. Die Unterbringung in Sammelunterkünften, Gebäuden mit hohem Sanierungsbedarf, unwirtschaftlichen Hotels und Gasthäusern, Wohncontainern und in billig hergerichteten Flachbauten führte zu einer Vielzahl von „kleinen“ Armutsbrennpunkten (Albert 2001). Dadurch hat sich das Gefälle zwischen Stadt und Land zumindest in qualitativer Hinsicht verändert. Aussiedler, Flüchtlinge und Migranten weisen schon immer eine besonders hohe sozialräumliche Segregation auf. Migranten ziehen wenn möglich in jene Großstädte, in denen sie sich größere Arbeitsplatzchancen erhoffen. Wichtig hierbei sind natürlich auch der Kontakt zu Familienangehörigen und die damit verbundene soziale und kulturelle Anbindung.

Grundsätze für eine effektive Armutsbekämpfung

Die nachhaltigen Auswirkungen der gesamten Armutproblematik im sozialräumlichen Kontext sind erst in Ansätzen erkennbar. Die „Tiefenwirkung“ im Raum bleibt vielmals verborgen und zeigt sich erst im Laufe der Jahre. Manche bisher noch äußerlich ansehnliche Wohnsiedlung kann sich jedoch inner-

halb kürzester Zeit zu einem schwierigen Wohnviertel entwickeln. Grundlage für eine effektive Armutsbekämpfung müssen fundierte Kenntnisse über das tatsächliche Ausmaß im konkreten lokalen Wohnbereich sein.

Eine Vielzahl von Städten beginnt, ihre soziale Lage diesbezüglich zu untersuchen. Das Gefälle innerhalb der Stadt ist mithilfe einer komplexen Sozialforschung und Raumanalyse deutlich festzustellen. Erst auf dieser gesicherten wissenschaftlichen Grundlage kann Soziale Arbeit mit der Methode der Gemeinwesenarbeit ein möglicher Weg für eine effiziente Armutsbekämpfung darstellen. Hierfür benötigt sie eine klare Aufgabenstellung und einen gesicherten Auftrag im politischen und öffentlichen Kontext. Nur wenn lokale Stadtverwaltungen die Problematik eindeutig erkennen und auch tatsächlich verändern wollen, kann Soziale Arbeit sinnvoll ihrem Auftrag nachgehen. Für die beauftragte Gemeinwesenarbeit müssen ausreichende personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen vorliegen.

Bei einer effektiven Armutsbekämpfung geht es um die Verknüpfung der Bereiche Wohnen, Bildung, Ausbildung, Arbeit, Betreuung von Kindern und Jugendlichen und die Vernetzung der Dienstleistungsangebote. Dabei beschränkt sich die methodische Vorgehensweise nicht nur auf ein Stadtteilmanagement, sondern arbeitet methodenintegriert (vom Café-Management zur Gemeinwesenarbeit). Damit verbunden ist die Ablösung der klassischen „Kommstruktur“ hin zu einer modernen sozialräumlichen „Gehstruktur“. Konzepte, die im Rahmen einer sozialraumorientierten Jugendhilfe diskutiert werden, müssen noch wesentlich umfassender ansetzen (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2002). Sie bedeuten auch eine Dezentralisierung der sozialen Dienste vor Ort. Im Grunde genommen handelt es sich hier um eine Rückwärtsbewegung, nachdem im Rahmen der Ökonomisierungswelle eher eine Zentralisierung befürwortet wurde (Albert 2006).

Immer noch fehlen fundierte Daten und Untersuchungen zu den hohen Folgekosten von Armut in sozialen Brennpunkten. Sie wären das beste Argument, wieder mehr in lokal orientierten Sozialräumen zu denken und zu handeln. Gemeinwesenarbeit sollte grundlegend folgende Ressourcen zur Verfügung stellen (Oelschlägel 2005):

- ▲ materielle Ressourcen: Essensausgabe, Vermittlung von Gebrauchsgegenständen, Spendenmittel zur Behebung existenzieller Not, Tauschringe;
- ▲ personelle Ressourcen: Beratung und Betreuung im Bereich Case-Management, Begleitung, Betreu-

ung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen;

▲ Infrastruktur: Organisation von Veranstaltungen, Moderation von begleitenden Projekten, Räume schaffen für informelle Sozialbezüge;

▲ Aufbau, Stütze und Erweiterung von Sozialen Netzwerken: Nachbarschaftstreffen, Schaffung von Quartiersläden, soziale Gestaltung der öffentlichen Räume.

Soziale Arbeit benötigt hier ein hohes Maß an planerischer, organisatorischer und konzeptioneller Kompetenz. Das professionelle Selbstbewusstsein muss sich auf vielen Ebenen, in Räumen und Systemen darstellen können und bedarf des Einsatzes einer Vielfalt von Methoden und Techniken. Gemeinwesenarbeit bewegt sich in einem schwierigen und konfliktreichen Feld: Wenn politisches Handeln neutral betrachtet als eine Strategie zur Lösung von sozialen Konflikten und als Ausgleich von Machtinteressen betrachtet wird, dann ist die damit beauftragte Soziale Arbeit politisch tätig. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement und neue Formen von Bürgerbeteiligung, denn erst hierdurch wird die Teilnahme und Teilhabe von „unten“ an gesellschaftlichen Interessenlagen gewährleistet. Das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ hat eine Vielzahl von produktiven Praxisbeispielen ermöglicht und soziale Brennpunkte zumindest ansatzweise aus ihrer Stigmatisierung befreit.

Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für materielle Armut und soziale Konflikte. Daraus folgt: Gegenstrategien der Gemeinwesenarbeit müssen ökonomischer Natur sein. Von zentraler Bedeutung für die Zukunft wird die Einbeziehung von Wirtschaft, Handel und Handwerk sein, zumal diese Bereiche eine wichtige Kooperationsebene im Rahmen der lokalen Ökonomie bedeuten und zumindest für einen Teil der Betroffenen Beschäftigungen ermöglicht. Es gibt zwischenzeitlich eine Reihe von Projekten, die sowohl die lokale Ökonomie stärken als auch eine neue Form der Identifikation mit dem Stadtteil wecken. Letztlich geht es um die Wiederbelebung von Bewusstsein und Identität mit dem Gemeinwesen. Die Mobilisierung ungenutzter, zum Teil verschütteter Ressourcen – also der Fähigkeiten, Kenntnisse, Traditionen und ökonomischen Selbsthilfe auf lokaler Ebene – sind die Ziele einer fortschrittlichen Gemeinwesenarbeit.

Grenzen von professioneller Gemeinwesenarbeit

Soziale Arbeit wirkt in Zeiten, bei denen gesellschaftliche Zusammenhänge immer brüchiger werden, als eine Form von sozialem und kommunikativem Kitt.

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen brauchen spezifisch eigene Formen für Zusammenkünfte und gegenseitigen Austausch für ihre gemeinsamen Interessen und ein gemeinschaftliches Handeln. Professionelle Gemeinwesenarbeit nimmt diesbezüglich eine zentrale Vermittlungsinstanz ein (*Hinte* u.a. 2001). Soziale Arbeit hat zum Ziel, eine soziale Alltagskultur wiederzubeleben, und sollte immer wieder neu Prozesse der sozialen Kontaktaufnahme fördern. Das Erleben und Entdecken von Gemeinsamkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen kann unter anderem den Effekt haben, dass gesellschaftlich bedingte Differenzierungen ihre Wirkungen und ihre Deutungsmacht verlieren. Der Begriff der „Sozialen Inszenierung“, also die Vermittlung und der Aufbau neuer sozialer Beziehungen und Systeme, beschreibt am deutlichsten diese Aufgabenstellung.

Professioneller Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten sind jedoch auch deutliche Grenzen gesetzt. Solidarität unter den Bewohnern und Bewohnerinnen ist zwar ein wünschenswerter Zustand, er entspricht aber oftmals nicht der Realität. Das Leben im Viertel, im Hochhaus oder in der Obdachlosensiedlung ist aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen eher von einem anonymen Nebeneinander bis hin zu einem zerstörerisch wirkenden Gegeneinander geprägt. Diese Abwärtsspirale innerhalb des komplexen Bewohner- und Nachbarschaftssystems zu durchbrechen, erweist sich in der Realität als schwierig, wenn nicht gar als unmöglich. Derart sozial belastete Gebiete sind durch beständige Konflikte gekennzeichnet und benötigen entsprechende vermittelnde Konzepte vonseiten der Sozialarbeit (wie Mediation bei Nachbarschaftskonflikten, Streitschlichtung an Schulen). Auch das Ziel einer umfassenden Partizipation und Bewohnerbeteiligung erscheint hinsichtlich der Möglichkeit seiner Umsetzung fragwürdig und kann nur längerfristig erreicht werden. *Munsch* (2002, S. 95) beschreibt die schichtenübergreifende Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungswelten zutreffend: „Wenn Menschen lange arbeitslos sind und ihr Leben geprägt ist z.B. von vielen oft aussichtslosen Kämpfen mit unterschiedlichen Ämtern, dann haben sie andere Themen, für die sie sich engagieren würden, als Menschen, deren Leben finanziell gesichert ist. ... Während die einen in ihrem Leben gelernt haben, dass sie wenig verändern können, können andere auf viele Erfahrungen gelingender Mitbestimmung zurückblicken. Eine Partizipation sozial benachteiligter BewohnerInnen zusammen mit BewohnerInnen aus der Mittelschicht ist oft schwierig.“

Effektive Armutsbekämpfung im Rahmen einer professionellen Gemeinwesenarbeit ist oftmals aufwendige und beruflich belastende „Millimeterarbeit“, die nur unter dem Aspekt von Kontinuität und längerfristiger Perspektive erreicht werden kann. Die Effektivität einer Armutsbekämpfung im Rahmen professioneller Gemeinwesenarbeit ist insbesondere dann eingeschränkt, wenn

- ▲ es keinen gesellschaftlichen Konsens gibt, dem benachteiligten Stadtteil umfassend zu helfen, zum Beispiel in Form kostspieliger Sanierungsmaßnahmen;
- ▲ Sozialarbeit nicht als gleichberechtigt mit den Zuschussgebern, kommunalen Verwaltungen, Bau-genossenschaften, Stadtplanenden anerkannt wird;
- ▲ sich die professionelle Sozialarbeit selbst in einer räumlichen, personellen und finanziellen Unterversorgung („verarmte“ Sozialarbeit trifft auf „verarmtes“ Wohnviertel) befindet und
- ▲ Gemeinwesenarbeit keiner nachhaltigen und längerfristigen Perspektive unterliegt, sondern sich nur auf eine befristete Durchführung von Teilprojekten beschränkt.

Von zentraler Bedeutung ist, dass Sozialarbeit ein theoretisches und methodisches Fundament aufweisen muss, welches zielgerichtet auf das jeweilige Gemeinwesen zugeschnitten ist. Es gibt kein allgemeingültiges Konzept für eine effektive Armutsbekämpfung in einem sozialen Brennpunkt. Soziale Arbeit stellt den Versuch dar, ihrem Anspruch einer Praxiswissenschaft täglich neu und in sich verändernden Situationen und Prozessen gerecht zu werden. Dies beinhaltet auch eine kritische Selbstreflexion bis hin zu einem sachgerechten Controlling, einer Effizienzüberprüfung und Qualitätssicherung der durchgeführten Maßnahmen. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit ist – ähnlich der Einbeziehung von gender- und interkulturellen Aspekten – eine grundlegende Handlungs- und Arbeitsperspektive und sollte Teil einer professionellen Identität werden. Soziale Arbeit sollte, um tatsächlich erfolgreich zu sein, die jeweilige Lebenswelt des Individuums, die benachteiligten Lebenslagen der Zielgruppen und das System Gemeinwesen – also den umfassenden sozialen und regionalen Raum – ganzheitlich erfassen können. Ziel muss gerade in der Sozialarbeiterausbildung sein, Studierenden ein methodenintegrierendes Verständnis sozialraumbezogener Ansätze zu vermitteln. Darin könnte eine wichtige und zukünftige Aufgabe für eine praxisorientierte Lehre liegen.

Literatur

- Albert, M.:** Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit im ländlichen Bereich – Zwischen Dorf und Neubaugebiet. In: Soziale Arbeit 4/2001, S. 135-142
- Albert, M.:** Armut und Reichtum in Deutschland – Formen sozialer Ungleichheiten und Konsequenzen für die Soziale Arbeit. In: Pfeifer-Schaupp, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Globalisierung. Hamburg 2005
- Albert, M.:** Soziale Arbeit im Wandel – Professionelle Identität zwischen Ökonomisierung und ethischer Verantwortung. Hamburg 2006
- Berendt, U. u.a.:** Gemeinsam für den Stadtteil. Kooperation von freier Wohlfahrtspflege und Kommunen zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere. Düsseldorf 2004
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales:** Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008. Internet: www.bmas.de/core/media/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf vom 11.5.2009
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Elfter Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin 2002
- Deutscher Städtetag (Hrsg.):** Sicherung der Wohnungsver-sorgung in Wohnungsnotfällen und Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten. Köln 1987
- Eitmann, J.:** Netzwerkanalyse im Wohnbereich. Egozentrierte Netzwerkkarten als umweltpsychologisches Erhebungsinstrument. Berlin 2002
- Grimm, G. u.a.:** Quartiermanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Scheßlitz 2004
- Grüger, C.; Schäuble, I.:** Das Programm „Soziale Stadt“: Komplexe Aufgabenbewältigung für Klein- und Mittelstädte in Bayern. In: Greiffenhagen S.; Neller K. (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt. Wiesbaden 2005
- Hauser, R.:** Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland? Berlin 2005
- Hinte, W. u.a.:** Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader für Studium, Lehre und Praxis. Münster 2001
- Huber-Sheik, K.:** Sozialer Brennpunkt – Sozialstruktur und Sanierung in einem Freiburger Stadtteil. Konstanz 1996
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.:** Satzung. Internet: www.lag-nds.de vom 5.1.2007
- Munsch, C.:** Soziale Integration und Partizipation durch Gemeinwesenarbeit? Ein ethnographisches Beispiel zum Engagement unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. In: Gillich, S. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Gelnhausen 2002
- Oelschlägel, D.:** Gemeinwesenarbeit. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H.: Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. München 2005, S. 653-659
- Soziale Stadt:** Programm Soziale Stadt. Internet: <http://www.sozialestadt.de/programm/> vom 5.3.2009
- Statistisches Bundesamt:** Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden 2006

Strategien der Elternunterstützung im Kontext des Konzeptes der Sozialraumorientierung

Jan Stähr

Zusammenfassung

Die Zukunftschancen von Kindern werden nach wie vor in erster Linie durch den familiären Kontext bestimmt. Deshalb bedarf es einer umfassenden Unterstützung von Eltern, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Kinder besser zu fördern und durch ihre Erziehung Bildungsanstrengungen in Kindertagesstätten und Ganztagschulen zum Erfolg zu verhelpen. Gefordert ist eine familienpolitische Strategie, die Familien ganzheitlich in dem Sinne unterstützt, dass nicht nur eine Kinderbetreuung gewährleistet ist, sondern auch die gesamte Situation der Familie im Hinblick auf Arbeit, Gesundheit, Wohnsituation und das sozialökologische Umfeld in den Blick genommen wird. Dieser Beitrag erörtert das Konzept der Elternunterstützung in Großbritannien, wie es mit dem „Sure Start Programme“ vollzogen wurde. Anschließend werden die Konsequenzen für eine Umsetzung in Deutschland diskutiert und in den Zusammenhang mit dem Konzept der Sozialraumorientierung gebracht.

Abstract

The future prospects of children are still primarily determined by the family context. Therefore, parents must be given ample support for the education of their own children in order to ensure the success of educational efforts undertaken by daycare centres and all-day schools. A family-policy strategy is required to help families in a holistic way, not only by guaranteeing child care but also by considering the family's entire situation with regard to employment, health, housing quality and social-ecological environment. This article discusses the concept of support for parents in Great Britain which was applied under the „Sure Start Programme“, followed by an examination of consequences for its application in Germany and correlations with the concept of social-environmental orientation.

Schlüsselwörter

Sozialpädagogische Familienhilfe – Elternarbeit – Sozialraum – Konzeption – Großbritannien

Einleitung

Politische Strategien zur Armutsbekämpfung und die Vermeidung der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zielen darauf ab, Kinder in Kinder-

tagestätten und Ganztagesgrundschulen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu fördern beziehungsweise zu bilden und somit soziale Deprivationen erst gar nicht entstehen zu lassen. Der konsumtive Sozialstaat soll durch den investiven Sozialstaat abgelöst werden, der präventiv agiert und Menschen das Rüstzeug gibt, ihr Leben ohne staatliche Hilfe zu meistern.

Diese politische Wunschvorstellung verkennt, dass zum einen unterstützende Infrastrukturen für Kinder nach wie vor unterentwickelt und zum anderen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz nicht selten überfordert sind, die hehren Bildungsziele zu unterstützen. Eltern gerade in sozial schwierigen Lebenssituationen sind häufig weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Basiskompetenzen wie Bindungs- und Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen und emotionale Stabilität zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelpen (Meier-Gräwe 2007, S. 15). Das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es gelingt, eine familienunterstützende Dienstleistungsinfrastruktur zu entwickeln, die das Aufwachsen von Kindern als öffentliche Verantwortung sieht und deshalb Kindern und Eltern gemeinsam ein Bündel an Unterstützung und Förderung zukommen lässt. Eltern müssen dabei so umfassend unterstützt werden, dass sie zunächst einmal selbst über die Voraussetzungen verfügen, ihre Kinder positiv und nachhaltig zu fördern. Es geht um eine neue Integration zwischen Familie und Lebensumfeld. Denn für die Erziehung eines Kindes braucht es nach einem bekannten afrikanischen Sprichwort ein ganzes Dorf.

Die Notwendigkeit einer „ganzheitlichen“ Familienunterstützung ist dabei auch vor dem Hintergrund folgender Aspekte eines gesellschaftlichen Wandels zu sehen (Diller 2005, S. 6 f.):

- ▲ Die Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit in Kombination mit einem Wandel der Arbeitswelt führt zu Mehrfachbelastungen der Eltern und erschwert die Balance von Beruf und Familie.
- ▲ Die strukturell bedingte Langzeitarbeitslosigkeit vergrößert Armutsrisiken. Armut ist für die betroffenen Familien und Kinder ein weitreichender Belastungsfaktor, er schränkt die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen ein.
- ▲ Die Pluralität von Lebensformen ermöglicht prinzipiell mehr Chancen der Lebensgestaltung, führt aber auch zu Einschnitten und Brüchen, die sich etwa an der Zahl von Scheidungskindern oder am hohen Anteil Alleinerziehender ablesen lassen. Diese bedür-

fen in vielfacher Hinsicht einer besonderen Unterstützung.

▲ Migrationsprozesse als konstituierender Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung stellen Eltern und Kinder vor die Aufgabe, damit verbundene Krisen und Brüche zu bewältigen. In diesem Kontext hat PISA gezeigt, dass es in Deutschland bisher kaum gelungen ist, die strukturelle Benachteiligung von Kindern aus Familien ausländischer Herkunft zu verringern.

▲ Im Zuge vielfacher Verunsicherungen von Eltern nehmen auch die Erziehungsunsicherheiten zu. Viele Erziehungsprobleme entstehen, weil Eltern sich mit ihren Fragen und Belastungen allein gelassen sehen. Das Fehlen von Austausch- und Kontaktmöglichkeiten ist keineswegs auf eine kleine Minderheit von Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen beschränkt, sondern kennzeichnet heutzutage die Lebenssituation der Mehrheit der Familien.

Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen gewinnt in Deutschland zunehmend das vorwiegend in Großbritannien entwickelte Konzept des „parenting support“ an Interesse. Diese Ansätze einer Erfolg versprechenden Strategie sollen nun dargestellt und die Möglichkeiten einer Umsetzung im Kontext des Konzepts der Sozialraumorientierung diskutiert werden.

Das Parenting-Konzept in Großbritannien

Die Notwendigkeit, Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit flächendeckend über öffentliche beziehungsweise öffentlich finanzierte Angebote zu stärken, hat man vor allem in Großbritannien seit Längerem erkannt. Der Prozess des „parenting“, also die Entwicklung und der Aufbau von präventiven und fördernden, anregenden Beziehungen zwischen Eltern und ihrem Kind werden als unerlässlich für eine günstige Entwicklung des Kindes angesehen. Im Vereinigten Königreich wurden daher unmittelbar nach der Regierungsübernahme von New Labour unter *Tony Blair* die national vorhandenen Dienste und Unterstützungsleistungen für Familien mit Kindern im Alter von null bis vier Jahren überprüft. Ausgangspunkt war der Umstand, dass eine große Zahl von Kindern zu Beginn ihrer Schulkarriere nicht die elementaren Voraussetzungen zum Lernen mitbrachte.

Während der einjährigen Überprüfungsphase arbeitete die von der Regierung eingesetzte Kommission sehr eng mit der Praxis und Wissenschaft im Lande zusammen. Daraus entstanden Einrichtungen wie das National Children's Bureau, und infolge des Strategiepapiers „Modernising Public Services for

Britain“ wurde ein Programm mit dem Namen „Sure Start“ (www.surestart.gov.uk) entwickelt. Bewährte nationale und internationale Methoden zur Unterstützung von Eltern und kleinen Kindern wurden ausgewählt, wobei wesentliche Kriterien die Erreichbarkeit von Eltern und realisierbare Methoden zur Qualitätssicherung waren. Das Ziel lautete: „Kindern soll ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt ein optimaler Start ins Leben gelingen, damit sie gedeihen und beim Eintritt in die Schule gleiche Chancen für die Entfaltung des kindlichen Potentials gegeben sind“ (*Hoffmann 2003*).

Ausgangspunkt für die Arbeit eines Sure-Start-Programms ist die lokale Basis, also zum Beispiel ein Stadtteil oder eine Ortschaft. Die maßgebliche Partizipation von Eltern und sämtlichen familienrelevanten Institutionen vor Ort ist die Basis jeglicher Qualitätsverbesserung, denn „Familienrelevanz bzw. elterliche Funktionen haben nicht nur Kindergärten und Schulen, sondern auch Arztpraxen, Krankenhäuser, Bibliotheken, Sportstätten, Jobzentren und Universitäten vor Ort“ (*Hoffmann 2003*). Es geht um eine ganzheitliche Entwicklung der Dienste und Einrichtungen, die mit Familien arbeiten, da fragmentierte Dienste fragmentierte Gemeinschaften und fragmentierte Individuen hervorbringen.

Dabei sind vier generelle Schwerpunktbereiche des Programms zu unterscheiden (*ebd.*):

▲ Im ersten Bereich geht es um die Verbesserung der sozialen und emotionalen Entwicklung von Kindern durch die Unterstützung der hierfür elementaren Eltern-Kind-Interaktionen (das Gelingen der emotionalen Bindung zwischen Eltern und Kind ist der Ausgangspunkt für das Gelingen des Parenting-Prozesses).

▲ Zweites Arbeitsfeld ist die Verbesserung der Gesundheit durch gezielte Unterstützung der Eltern mit der Absicht, gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern.

▲ Zum Dritten geht es um die Förderung von Eltern und Institutionen, um die kognitiven Fähigkeiten von Kindern optimal zur Entfaltung zu bringen.

▲ Im Mittelpunkt des vierten Arbeitsbereiches steht die Stärkung von Familien und Gemeinden (zum Beispiel durch Training zum Wiedereinstieg in den Beruf für erwerbslose Eltern oder durch Hilfe zum Aufbau sozialer Netzwerke).

Das Parenting-Konzept bezieht sich einerseits auf das Geschehen im Kern einer Familie, sieht aber zugleich die Familie im Netzwerk ihres gesamten Lebensumfeldes. Wesentliche Faktoren des Konzeptes, die den Erfolg begründen, sind: nationale Regierungsinitia-

tive und Vernetzung sämtlicher nationaler Kräfte, lokale Basis als Ansatzpunkt der Arbeit, Partizipation von Eltern und anderen Experten und Expertinnen, Hierarchiefreiheit und Qualitätssicherung (*ebd.*).

Einzelne Bausteine des Konzeptes

Wesentlicher Bestandteil des Sure-Start-Programms ist die Errichtung von Early Excellence Centren, die seit 1997 entstanden und derzeit sukzessive in sogenannte Children's Centren umgewandelt werden. In Großbritannien gibt es derzeit 213 Children's Centren, davon 20 Prozent in besonders benachteiligten Gebieten. Aufgabe und Ziel ist die Verknüpfung einer gezielten Förderung der Kinder mit Angeboten zur Unterstützung und Entlastung von Familien. Es soll ein niedrigschwelliges Angebot von interdisziplinären Teams für Kinder und Eltern geschaffen werden, das alle Aspekte von Erziehung und Betreuung umfasst, also ein „One-stop-shop-Angebot“, um so möglichst viele Anliegen rund um Kindheit und Familie an einem Ort zu bündeln. Beispielsweise arbeitet man eng mit der örtlichen Arbeitsbehörde und der Sozialbehörde zusammen. Arbeitsberater und -beraterinnen sowie Therapeutinnen und Therapeuten bieten ihre Sprechstunden im Zentrum an.

Neben der Etablierung von Early Excellence Centren beziehungsweise Children's Centren kristallisieren sich eine Neugestaltung der Elternbildung/Elternkurse und eine übergreifende und koordinierte Zusammenarbeit der sozialen Dienste und Einrichtungen aus den verschiedenen Fachrichtungen heraus. Elternkurse werden verstärkt unter der Perspektive einer sozialen Netzworlbildung (*community building*) betrachtet. Die Curriculumziele des Elterntrainings verändern sich dahingehend, dass nicht mehr in erster Linie die Erziehungsdefizite der Eltern und die Verhaltensauffälligkeiten ihrer Kinder ins Blickfeld genommen werden, sondern vielmehr die Stärkung der Eltern durch ein sozial unterstützendes Netzwerk und die Einbindung in die Schulen und Gemeinschaften der Kinder in den Vordergrund rücken (*Webster; Stratton 1997*).

Dies gilt im Besonderen für die Zielgruppe der sozial benachteiligten Familien mit niedrigem Einkommen. Studien haben ergeben, dass Familien in deprivierten Situationen mit geringem sozialen Status die Tendenz haben, sich zu isolieren oder zu separieren, und weniger ein Verantwortungsgefühl entwickeln, anderen zu helfen und sich gegenseitig zu unterstützen. Deshalb benötigen diese Familien stärkere und unterstützende Beziehungen mit anderen Familien und mit dem Gemeinwesen generell. Trainingsprogramme für sozial schwache Familien

sollen den Schwerpunkt stärker auf das *community building* und den *parent support* lenken. Je zufriedener sich Familien mit geringem Einkommen mit ihrer sozialen Unterstützung fühlen, desto eher sind sie fördernd und positiv in ihrer Elternschaft.

Frühere Trainingsprogramme, die konzipiert wurden, gingen davon aus, dass der negative Einfluss von Armut und anderen Stressfaktoren auf das Erziehungsverhalten der Eltern durch Problemlösungs- und Bewältigungsstrategien, Kommunikationstechniken und anderes abgemildert werden könnte. Mittlerweile bewegt man sich vom begrenzten Training elterlicher Fähigkeiten hin zu einem erweiterten Verständnis zwischenmenschlicher Fähigkeiten, um nicht nur auf der innerfamiliären Ebene Unterstützung zu leisten, sondern auch die soziale Unterstützung zu stärken, was auch durch die sozialen Kontakte in der Elterngruppe umzusetzen ist. Elterngruppen, in denen man sich untereinander hilft, stellen eine stärkende Umgebung dar, die dem Gefühl der Isolation entgegentritt. Die Gruppe selbst wird zu einer eigenen Ressource. Die Arbeit in der Gruppe ist die Basis für das Ziel eines *community building*.

Die Unterstützungsdimension in der Elternarbeit, besonders in der Arbeit mit sozial schwachen Familien, hebt sich ab vom Konzept des *parental self-care*. *Parental self-care* ist ein überholtes Konzept für Familien mit geringem Einkommen, die so mit täglichen Aufgaben überlastet oder durch Lebensumstände so eingeschränkt sind, dass sie sich nicht in der Lage sehen, für ihre persönlichen Bedürfnisse zu sorgen. Die Abkehr von *parental self-care* bedeutet allerdings nicht, dass bei der Zielformulierung der elterliche Wille nicht beachtet wird. Ziele, die man mit den Eltern erreichen möchte, müssen sich an deren Vorstellungen, Werten, Lebenswelten und der Individualität der Kinder orientieren. Deshalb muss die Beziehung zwischen Trainer, Trainerin und den Eltern auf gleicher Augenhöhe bestehen. Im kooperativen Trainingsmodell ist Expertenwissen nicht die alleinige Domäne des Betreuers oder der Betreuerin, denn die Eltern sind die Experten bezüglich ihres Kindes, ihrer Familie, ihres kulturellen Hintergrundes und ihres Gemeinwesens. Der Coach fungiert hingegen als Experte unter anderem für die kindliche Entwicklung und die familiäre Dynamik im Allgemeinen.

Resümee

Entscheidender Ansatz im Konzept des *parenting support* ist die Einbeziehung in eine alltagsunterstützende Infrastruktur, in ein Gemeinwesen, das sich für das Aufwachsen der Kinder mitverantwort-

lich weiß. In einer nationalen Anstrengung wird in Großbritannien alles unternommen, um die institutionellen und ressortbezogenen Zergliederungen zu überwinden und Unterstützungsangebote aus einer Hand bereitzustellen.

Entwicklung in Deutschland

In jüngster Zeit sind auch in der deutschen Kinder- und Jugendhilfelandtschaft Änderungen sichtbar, die darauf abzielen, im Lichte der familialen Wandlungsprozesse angemessen auf die neuen Förder- und Unterstützungsbedarfe von Kindern und Eltern zu reagieren. Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Familienbildung oder der Erziehungsberatung vernetzen sich in neuen Kooperationsmodellen mit Vermittlungs- und Qualifizierungsstellen für Kindertagespflege, mit Ärzten und Ärztinnen und anderen Akteuren aus dem Gesundheitsbereich, mit aufsuchenden Hilfen wie beispielsweise der Sozialpädagogischen Familienhilfe, Familienhebammen, Familienpatinnen und -paten sowie mit dem breiten Spektrum von Hilfsangeboten für Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen. Zum Teil werden diese multifunktionalen Strukturen mit niedrigschwelligen Kommunikations- und Begegnungsangeboten und mit haushaltsnahen Dienstleistungen kombiniert. Leitidee dieser Entwicklungen ist, das Angebot sozialraumorientiert auf die Bedarfe von Familien auszurichten und so zu organisieren, dass Kinder und Familien im Zentrum stehen (Heitkötter u.a. 2008, S. 12 f.) Zunehmend wird angestrebt, über die Infrastruktur der Familienunterstützung auch die Kommunikation unter den Eltern anzubahnen, so dass auch hieraus Unterstützung und Orientierung für den Alltag erwachsen. In dieser Weise werden Brücken zwischen dem System Familie, seinem sozialen Netzwerk und Institutionen der Kinderbetreuung gebaut (Höfer; Straus 2005, S. 371).

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge fordert zu Recht eine Netzwerkarbeit, um eine ganzheitliche, an den Bedürfnissen der Familie orientierte kommunale Familienpolitik zu schaffen. Jugendhilfe müsse sich in Form von interdisziplinären Netzwerken und Kooperationen mit anderen Handlungsträgern und Politikfeldern im Rahmen einer kommunalen Familienpolitik unter Ausnutzung möglichst vieler Synergieeffekte einbringen (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2006, S. 84). Es gilt, ein aufeinander abgestimmtes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungskonzept zu schaffen, das nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder erhöht, sondern zugleich auch zu einer Vernetzung junger Familien im Gemeinwesen beiträgt (Rauschenbach 2008, S. 145).

In einzelnen Bundesländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Hamburg werden derzeit integrative Einrichtungen aufgebaut, die Angebote für Familien „aus einer Hand“ anbieten. Nach dem Vorbild der britischen Early Excellence Center werden Eltern-Kind-Zentren beziehungsweise Familienzentren geschaffen, die einen Knotenpunkt im lokalen Netzwerk rund um die Familie bilden. „Das spezifische Profil dieser Zentren liegt in der Verzahnung bisher getrennter Angebotsstränge mit dem Ziel, Bedarfe von Eltern und Familien in einem integrierten Gesamtkonzept aufzugreifen und neue Ideen sowie qualitative Weitereffekte durch Synergieeffekte zu ermöglichen. In den Zentren werden so z.B. Angebote der Betreuung, Familienbildung, Tagespflege, Erziehungshilfe, Sprachförderung oder Gesundheitsberatung gebündelt, um deren systematisches Ineinandergreifen zu steigern und Kinder somit besser zu fördern und Eltern effektiver zu unterstützen“ (Passinger 2009, S. 59). Insbesondere Eltern-Kind-Zentren sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine gezielte Verknüpfung der Elternbildung und Elternunterstützung mit dem im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verankerten Regelangebot zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung gewährleisten. „Es geht bei den Eltern-Kind-Zentren, wenn man so will, um institutionelle Arrangements für Eltern und Kinder aus einer Hand, um ein Angebotspaket, das über das herkömmliche Bildungs- Betreuungs- und Erziehungsangebot für Kinder in Tageseinrichtungen hinaus weitere eltern- und familienorientierte Angebote und Dienste bereithält“ (Rauschenbach; Diller 2006, S. 256).

Eltern-Kind-Zentren entwickeln sich insbesondere aus Kindertageseinrichtungen, da auf eine lokale Infrastruktur zurückgegriffen werden kann, die flächendeckend verbreitet und für Eltern, Fachkräfte und Kinder oft mehrere Jahre lang ein Ort der täglichen Begegnung ist, womit ein niedrigschwelliger Zugang gewährleistet wird. Durch Eltern-Kind-Zentren werden Eltern verstärkt in den Alltag der Kindertageseinrichtungen einbezogen, wodurch nicht nur die Realisierung zeitgleicher Angebote für Eltern und Kinder verbessert, sondern vor allem eine gezieltere Verbindung von privater und öffentlicher Erziehung, Bildung und Betreuung ermöglicht wird. „Auf diese Weise werden praktische Anschlussstellen für ein aufeinander abgestimmtes Bildungs-, Betreuungs und Erziehungskonzept geschaffen, was zugleich zu einer sozialräumlichen Vernetzung junger Familien im Gemeinwesen beiträgt“ (ebd., S. 257).

In Nordrhein-Westfalen ist man beim Ausbau von Kindertagesstätten, der dort unter dem Label Fami-

lienenzentrum vollzogen wird, am weitesten fortgeschritten. Ein Drittel der über 9 000 nordrhein-westfälischen Tageseinrichtungen sollen sich nach dem Vorhaben der Landesregierung nach und nach zu Familienzentren weiterentwickeln. 2006/2007 nahmen die ersten 257 Einrichtungen an einer Pilotphase des Projektes teil, mittlerweile haben bereits mehr als 1000 Kindertageseinrichtungen ihre Arbeit als Familienzentren aufgenommen (*Possinger 2009*, S. 60). In Hamburg werden seit April 2007 in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen insgesamt 28 Eltern-Kind-Zentren in Kindertageseinrichtungen etabliert. In Brandenburg wurde im Oktober 2005 ein Programm der Landesregierung verabschiedet, das die Förderung von niedrigschwelligen Angeboten für Familien unter dem programmatischen Begriff Eltern-Kind-Zentren vorsieht. Das Brandenburger Landesprogramm sieht dabei folgende Schwerpunkte vor (*Bildt-Wieser u.a. 2008*, S. 351 ff.):

- ▲ Verbesserung und Ausbau des Angebotes bestehender Maßnahmen der Familienbildung;
- ▲ quantitativer Ausbau sowie die qualitative Weiterentwicklung der Familienunterstützung von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe;
- ▲ neue Angebotsvielfalt besonders für jene Eltern, die von ihren Erziehungsaufgaben überfordert und kaum bereit sind, Hilfen anzunehmen;
- ▲ gezielte Fortbildung der Fachkräfte der Jugendhilfe und der angrenzenden Fachgebiete.

Die Vorgaben des Landesprogramms zielen darauf ab, dass

- ▲ für alle Familien mit Kindern geeignete Anregungen entwickelt werden und bedarfsgerechte Unterstützung für die Alltagsbewältigung ermöglicht wird;
- ▲ gezielt für Familien in besonders schwierigen Lebenslagen passgenaue niedrigschwellige Hilfen angeboten werden;
- ▲ sich Eltern-Kind-Zentren aus vorhandenen, den Familien bekannten und vertrauten Einrichtungen entwickeln und
- ▲ in Eltern-Kind-Zentren verschiedene Angebote der Jugendhilfe, des Sozial- und des Gesundheitswesens intelligent verknüpft werden.

Verzahnung mit dem Konzept der Sozialraumorientierung

Die „Krise“, in die die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland geraten ist, bestand im Kern darin, dass ein komplexes, ineinander verzahntes Aufgaben- und Handlungsfeld segmentiert blieb und die einzelnen Leistungsbereiche separiert waren. Auf der Suche nach neuen Handlungsansätzen tauchte in den letzten Jahren häufig der Begriff der „Sozialraumorientierung“ in der Diskussion um die Weiterentwicklung

der Jugendhilfe in Deutschland auf. Hinter diesem Begriff steht mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlich weit entwickelter konzeptioneller Ansätze, die sich auf fachliche, strukturelle und organisatorische Veränderungen der Jugendhilfe in einzelnen Kommunen beziehen. Bei der Sozialraumorientierung als sozialpädagogischer Arbeitsmethode geht es im Wesentlichen um die fachliche Weiterentwicklung der Sozialarbeit hin zu einer stärkeren Einbindung der sozialen Infrastruktur in das eigene Leistungsgefüge und zu einer größeren Berücksichtigung der Lebenswelten der Adressaten und Adressatinnen der Jugendhilfe.

Es ist plausibel und im Grundprinzip unbestritten, dass einzelfallbezogene Problemlagen und Krisen durch eine präventive Orientierung und allgemeine Förderungen im sozialen Umfeld, im Stadtteil, in der Sozialregion im Vorfeld von weitergehenden Maßnahmen entschärft werden können und dass auf diese Weise bei individuellen Lösungen auch über den Zeitpunkt von konkreten Hilfen hinaus für mehr Unterstützung gesorgt werden kann. Durch den Ausbau und die Nutzung einer entsprechenden sozialen Infrastruktur können individuelle Hilfen zeitlich kürzer gestaltet und auch sogenannte Drehtüreffekte (zum Beispiel wiederholte Unterbringungen) vermindert werden. In der Vielfalt möglicher Ressourcen – die auch über die Jugendhilfe hinaus in der Nachbarschaft vorzufinden sind – werden einschließlich der Selbsthilfepotenziale die aktivierenden Momente vor Ort für die einzelnen Familien in Gang gebracht und in dieser Dynamik gleichzeitig stadtteilgestaltende Akzente gesetzt.

Der Ansatz Sozialraumorientierung zielt darauf ab, günstige Voraussetzungen für die Entwicklung und Mobilisierung von Angeboten zu schaffen, die den Bedarf der Leistungsberechtigten auf der Grundlage ihres tatsächlichen Willens unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes und der individuellen und sozialräumlichen Ressourcen passgenau erfüllen. Familienunterstützende Angebote der Stärkung von Eltern, die sich nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung ausrichten, sind also zunächst einmal bedarfsorientiert. Die Interessen der Eltern und deren Wille sind als der zentrale Bezugspunkt der unterstützenden Arbeit zu sehen. Professionelle erfahren von den Eltern, welche Unterstützung sie eigentlich wollen. Die Eltern bestimmen selbst die inhaltlichen Themen und sind an der Unterstützung aktiv beteiligt (*Straßburger; Bestmann 2008*, S. 45 ff.).

Ein weiterer Kristallisationspunkt ist die Niedrigschwelligkeit der Angebote: „Der leichte Zugang

zum Angebot hat einen räumlichen, einen qualitativen und einen Beziehungsaspekt. Konkret bedeutet das, Eltern brauchen in keine fremde Einrichtung zu gehen, sie brauchen keine Formulare auszufüllen, sie müssen keine Kontakte mit ihnen fremden Menschen aufnehmen, sie können sich an bestehenden Kontakten orientieren, die Sicherheit geben“ (Diller 2005, S. 18). Die Unterstützung wird dann erfolgreich von den Eltern angenommen, wenn sie quasi nebenbei in einer unverbindlichen, offenen Gesprächsatmosphäre erfolgt, im Sinne einer konsequenten Freiwilligkeit (Straßburger; Bestmann 2008, S. 50). Gelingende Familienunterstützung zeichnet sich durch eine Vernetzung von sozialräumlichen Ressourcen und Angeboten mit den Infrastruktureinrichtungen aus. Den Familien kommt es zugute, wenn zentrale Orte ihrer Lebenswelt gleichzeitig Knotenpunkte professioneller Vernetzung sind. Durch Vernetzung und Kooperation kann eine Vielzahl von Angeboten vermittelt und erschlossen werden (ebd., S. 59).

Wenn die Erziehungsfähigkeit von Eltern in sogenannten „Multiproblemfamilien“ gestärkt werden soll, sind zwangsläufig über die Jugendhilfe hinaus auch andere Hilfeinstanzen (zum Beispiel Sozialhilfe-, Arbeitsförderungs-, Gesundheitsförderungs- und Bildungsträger) in einen „Sanierungsplan“ aufzunehmen. Sozialraumorientierung bindet den Hilfeplanungsprozess in eine funktionierende Gemeinwesenarbeit ein, die auch materielle Ressourcen (Kitaplätze, lokale Arbeit, Qualifizierungsmaßnahmen) zu verteilen hat, gerade dann, wenn sich Probleme im Sozialraum „brennpunktmäßig“ verdichtet haben und bei vielen Familien in ähnlicher Form vorkommen. Anknüpfungspunkte hierfür können die Familienzentren beziehungsweise Eltern-Kind-Zentren bieten.

Sozialraumorientierte Jugendhilfe bedeutet zugleich eine integrative Jugendhilfe. Dies drückt sich beispielsweise im Gedanken der Stärkung des Systems von Regeleinrichtungen (Kita, Hort, Schule) und in den Überlegungen zur Schaffung einer belastbaren Infrastruktur aus, wie zum Beispiel der Etablierung von Familienzentren. Zur Verdeutlichung sei auf das Bremer Beispiel hingewiesen (Schwabe 2002), wo bereits 1996 alle Tagesgruppen aufgelöst und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu mobilen Beratern umgeschult wurden, die von Kitas, Horten und Schulen angefordert werden können, um bei Schwierigkeiten mit einzelnen Kindern vor Ort rechtzeitig zu helfen. Die Idee ist, dass diese schwierigen Kinder erst gar nicht zu Erziehungshilfefällen werden sollen, die den Hort verlassen müssen, und dass sie

am angestammten Ort (der Kita, dem Hort) eine erzieherische Hilfe erhalten.

So sieht die Arbeit der mobilen Berater und Beraterinnen ganz unterschiedlich aus: Beratung der Erzieherinnen und Erzieher ist eine Möglichkeit, den Weg zu Eltern zu bahnen, und mit diesen zu arbeiten ist eine andere. Auch in Frankfurt (Oder) wird seit dem 1. Januar 2001 in einer Kindertagesstätte die Integration von Kindern mit einem erhöhten erzieherischen Bedarf erprobt, wobei in Ergänzung zur Betreuung in der Kita Hilfen zur Erziehung stattfinden. Der Gedanke dabei ist: Die zusätzliche Hilfe zur Erziehung soll grundsätzlich dort ansetzen, wo das Regelangebot aus erzieherischer Sicht an Grenzen stößt und eigentlich aussortieren würde. Die Integration in einer Kita gewährleistet eine lebensfeld- und meist auch wohnortnahe Hilfe für die Kinder. Ein weiterer Vorteil des integrativen Ansatzes ist, dass durch die relative Niedrigschwelligkeit eines Regelangebotes in Verbindung mit einer bedarfsgerechten Hilfe zur Erziehung Eltern dieses Hilfeangebot eher akzeptieren als die Unterbringung in einer separaten Tagesgruppe.

Die Prinzipien der Sozialraumorientierung kommen auch zum Tragen im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung. Von dieser können steuerungsunterstützende Beiträge ausgehen, die einer integrierenden Sicht von Einzelfallproblematik und Lebenslagen im sozialen Raum dienen. Ziel muss sein, durch planerisch bestimmbare und zu interpretierende Sozialräume ein Zusammenwirken aller Felder der Jugendhilfe zu realisieren, um kinder- und jugendgerechte Lebensbedingungen zu schaffen. Eine auf eine sozialräumliche Perspektive bezogene Planung kann die Jugendhilfe verstärkt sozialpolitisch ausrichten, wenn eine entsprechende Prioritätensetzung und Ressourcenkonzentration ermöglicht und auch eine höhere Adressatennähe erreicht wird.

Mit der Etablierung von Eltern-Kind-Zentren besteht die Chance, herauszufinden, was Familien vor Ort überhaupt an Unterstützung und Hilfe benötigen. Es gilt, die Eltern-Kind-Zentren, wie es in Brandenburg der Fall ist, als festen Bestandteil in die Jugendhilfeplanung zu integrieren. Es bedarf einer Verankerung im Rahmen einer familienpolitischen Gesamtkonzeption auf kommunaler Ebene, um das unabhingestimmte Nebeneinander familienunterstützender Einrichtungen zu überwinden (Possinger 2009, S. 62). Zugleich muss es zu einer besseren Abstimmung von familienpolitischen Maßnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen kommen. Hier fehlt es an einer Sinn stiftenden Leitorientierung. Gerade

im Bereich der Förderung von Elternkompetenzen mangelt es in Deutschland nicht an einem breiten Angebot an präventiven Maßnahmen. „Was jedoch fehlt, ist eine stärkere Koordination und Vernetzung dieses Angebotes zwischen den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen unter Einbeziehung der diversen Träger“ (*Berkic; Schneewind* 2007, S. 47).

Ausblick

Familienpolitisch werden in Deutschland zurzeit die Prioritäten nicht richtig gesetzt. Das zentrale politische Leitprojekt auf der Bundesebene ist das Elterngeld. Hierbei wird aber von einer Normalfamilie, von einer heilen Familienwelt ausgegangen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum zentralen Anknüpfungspunkt familienpolitischer Rahmensetzung gemacht. Die Realität sieht indes vielfach anders aus. Es sind nicht nur Unterschichtfamilien, die sich in einer strukturellen Überforderungssituation befinden und umfassende unterstützende Kinder- und Jugendhilfeangebote benötigen. Dabei muss die Ausgestaltung der finanziellen Transfers (zum Beispiel Kindergeld, Elterngeld, aber auch die Leistungen der Mindestsicherung nach dem SGB II) mit den sozialen Dienstleistungen auf gleicher Augenhöhe stehen (*Boeckh* 2008, S. 122). Elternverantwortung muss einhergehen mit öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern. Die Schaffung eines familienfreundlichen Umfeldes ist nicht in erster Linie eine Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht vielmehr um die Sozialisationsbedingungen der Kinder und um ihre schlechten Zukunftsperspektiven. Dazu zählen insbesondere Bildungsarmut und schlechte Gesundheit. Eine Familienpolitik, die sich von anderen relevanten Politikbereichen wie Arbeit, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Stadtentwicklung losgelöst oder der Steigerung von Geburtenzahlen verschrieben hat, wird scheitern. Eine erfolgreiche Familienpolitik muss sich als ganzheitliche Querschnittsaufgabe verstehen.

Benötigt wird eine bundesweit koordinierte Infrastruktur von Diensten und Einrichtungen für Familien, die einen lokalen Bezug aufweisen, wie es zum Beispiel in Großbritannien mit dem Sure Programme umgesetzt wird. Im Rahmen einer bundesweit abgestimmten kommunalen Sozialpolitik für Familien geht es um die Implementierung passender, nämlich auf die Lebenslage der Familie zugeschnittener Hilfen (*Strohmeier* 2008, S. 116). Zukunftsvision muss die Etablierung eines Familiencampus sein, der wohnortnah, zeitnah, ohne Zugangsbarrieren alle für die Lebenslagen von Familien relevanten Dienstleistungen in gebündelter Form bereitstellt.

Bildungserfolge hängen in Deutschland noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Es ist nach wie vor in erster Linie der familiäre Kontext, der die Zukunftschancen von Kindern bestimmt. Deshalb sind hier erhebliche Kraftanstrengungen vonnöten, die grundlegender Natur sein müssen. Der vorsorgende Sozialstaat sollte in erster Linie die präventive Arbeit im familiären Kontext ins Visier nehmen, indem Familien systematisch in niedrigschwellige, multiprofessionell vernetzte Präventionsketten eingebunden werden. Eine Politik, die sich einseitig auf Verbesserungen für Kinder im schulischen Bereich konzentriert, würde letztlich nur auf einem Bein stehen, da Schule und schulnahe Dienste immer nachgelagerte Reparaturbetriebe defizitärer Sozialisationsbedingungen sind (*Boeckh* 2008, S. 123).

Literatur

- Berkic, Julia; Schneewind, Klaus:** Förderung von Elternkompetenzen: Ansätze zur Prävention kindlicher und familialer Fehlentwicklungen. In: Interdisziplinäre Fachzeitschrift der Deutschen Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. 10/2007, S. 31-51
- Bildt-Wieser, Bettina u.a.:** Eltern-Kind-Zentren in Brandenburg. In: Diller, Angelika u.a. (Hrsg.): a.a.O. 2008, S. 351-368
- Boeckh, Jürgen:** Kinder stärken heißt in Elternkompetenzen investieren! In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 2/2008
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:** Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten in Kommunen. Empfehlungen. In: Nachrichtendienst 2/2006, S. 77-87
- Diller, Angelika:** Eltern-Kind-Zentren: Die neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen. Grundlagenbericht im Auftrag des BMFSJ. München 2005
- Diller, Angelika u.a. (Hrsg.):** Familie im Zentrum. Kinderförderung und elternunterstützende Einrichtungen. Aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. München 2008
- Heitkötter, Martina u.a.:** Veränderte Anforderungen an Familien – Ausgangspunkte für integrierte Infrastrukturangebote für Kinder und Eltern. In: Diller, Angelika u.a. (Hrsg.): a.a.O. 2008, S. 9-14
- Höfer, Renate; Straus Florian:** Elterntalk: die ambivalenten Chancen eines netzwerkorientierten Ansatzes der Elternarbeit. In: Otto, Ulrich; Bauer Petra (Hrsg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Band I: Soziale Netzwerke in Lebenslauf und Lebenslagenperspektive. Tübingen 2005, S. 351-373
- Hoffman, Elisabeth:** Unterstützung von Parenting-Prozessen: Luxus oder Schlüssel für die Entwicklung kindlichen Potentials – Parenting und die frühe kognitive Entwicklung von Kindern. Vorträge Bundeselternrat am 28.3.2003. In: www.bundeselternrat.de
- Meier-Gräwe, Uta:** Gedeihen trotz widriger Umstände!? Förderung von Resilienz bei armen Kindern und Jugendlichen. In: Interdisziplinäre Fachzeitschrift der Deutschen Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. 10/2007, S. 70-89
- Possinger, Johanna:** „Kühe, die man melken will, muss man füttern“. In: Nachrichtendienst 2/2009, S. 58-62
- Rauschenbach, Thomas:** Neue Orte für Familien. Institutionelle Entwicklungslinien eltern- und kindfördernder Angebote

te. In: Diller, Angelika u.a. (Hrsg.): a.a.O. 2008, S. 133-155
Rauschenbach, Thomas; Diller, Angelika 2008: Eltern-Kind-Zentren. Entwicklungslinien, Organisationsformen und Handlungsstrategien. In: Nachrichtendienst 5/2006, S. 255-259
Schwabe, Mathias: Sozialraumorientierung im Zusammenhang mit der Neuorganisation der erzieherischen Hilfen. Vortrag anlässlich des Fachtages des Jugendamtes Berlin Steglitz-Zehlendorf am 13.9.2002
Straßburger, Gaby; Bestmann Stefan: Praxishandbuch für sozialraumorientierte interkulturelle Arbeit. Bonn 2008
Strohmeier, Klaus Peter: Familien und Familienpolitik im Sozialraum. In: Diller, Angelika u.a. (Hrsg.): a.a.O. 2008, S. 107-129
Webster-Stratton, Carolyn: From Parent Training to Community Building. In: Families in Society 2/1997, S. 156-169

Homo oeconomicus und homo paedagogicus

Zu aktuellen anthropologisch-pädagogischen Diskursen in der Sozialen Arbeit

Axel Bohmeyer

Zusammenfassung

Die Reflexion der den sozialpolitischen Transformationsprozessen zugrunde liegenden Menschenbilder gehört notwendig zum Aufgabenfeld sozialarbeiterischer Theoriebildung. Der Beitrag analysiert die derzeitigen aktuellen anthropologisch-pädagogischen Diskurse in der Sozialen Arbeit und problematisiert die Begriffe des homo oeconomicus und homo paedagogicus als normative Leitbilder der Ökonomisierungsprozesse.

Abstract

The reflection of the views of humanity underlying the current socio-political processes of transformation necessarily belongs to the field of tasks related to theory formation in social work. This article will analyse the current anthropological-pedagogical discourses in social work and expound problems concerning the notions of the economic human and the pedagogic human which can be regarded as the normative models shaping these processes of economisation.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit – Mensch – Anthropologie – Bildung – Pädagogik – Theoriebildung

Zur anthropologischen Grundierung

Sozialer Arbeit

Theorien und Praktiken sozialprofessionellen Handelns sind von impliziten und expliziten Menschenbildern durchdrungen. Sie ruhen auf anthropologischen Hintergrundannahmen, die eine nachhaltige Wirkmächtigkeit entfalten (*Kurzke-Maasmeier; Mandry* 2005). Sie garantieren nämlich letztlich die Handlungsfähigkeit der Praktikerinnen und Praktiker, hat doch jedes Handeln notwendig ein anthropologisches Fundament. Es ist unvermeidlich, über die menschlichen Grundeigenschaften zu diskutieren und allgemeine Merkmale des Menschen zu erwägen, wenn die unterschiedlichen Formen des sozialprofessionellen Handelns auch legitimiert werden sollen. Deshalb muss Soziale Arbeit sowohl in eine anspruchsvolle anthropologische als auch gesellschaftstheoretisch fundierte Theorie eingebunden werden, wobei die anthropologischen Annahmen den Dreh- und Angelpunkt der Sozialen Arbeit

bilden. Es zeigt sich aber schnell, dass diese Menschenbilder weder anspruchslos noch harmlos sind und man ihnen keinesfalls fraglos zustimmen kann. Wird über die anthropologischen Hintergrundannahmen keine Rechenschaft gegeben und nicht reflektiert, welche Aussagen über das Menschsein des Menschen verantwortet werden können, so wird die Praxis sozialprofessionellen Handelns zur Ideologie. Insofern ist die Anthropologie als Reflexionsdisziplin vorfindlicher Menschenbilder immer auch im Bereich der Gesellschaftskritik anzusiedeln.

In der derzeitigen Wirtschaftskrise zeigt sich der Staat von seiner starken Seite und stellt Hilfe insbesondere für den öffentlichen Finanzsektor und Unternehmen aus Schlüsselbranchen in Form von staatlichen Bürgschaften und Krediten zur Verfügung. Die finanziellen Schief lagen und unternehmerischen Risiken werden vergesellschaftet, die Defizite der öffentlichen Haushalte steigen an. Während der Staat einerseits an dieser Stelle expandiert und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Abkehr von marktliberalen Konzepten zu beobachten ist, herrscht andererseits im Bereich der Sozialpolitik die Überzeugung vor, der Staat müsse sich als „schlanker Staat“ präsentieren. Seit Jahren sind ein Um- und Abbau staatlich-öffentlicher Verantwortungsübernahme und eine Individualisierung von Risiken zu beobachten. Diese kursierenden politischen Positionsversuche und Legitimationen sind mit bestimmten anthropologischen Hintergrundannahmen verbunden (Bohmer 2008). Es wird das Bild eines selbstverantwortlichen Bürgers gezeichnet, der die Fähigkeit zur rationalen Selbststeuerung besitzt und auf dieser Grundlage selbsttätig den eigenen Entwurf eines gelungenen Lebens konstruiert (Kessl; Otto 2003). Aufgrund dieser politischen Diskurse werden auch in der Sozialen Arbeit derzeit unterschiedliche Perspektiven diskutiert, wie sich die Profession angesichts der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse und der sich verändernden politischen Rahmenbedingungen positionieren kann.

Perspektivverschiebungen:

Aktuelle Diskurse in der Sozialen Arbeit

Die Veränderungen des politischen Verständnisses von Sozialpolitik führen auch zu Transformationen des Verständnisses Sozialer Arbeit und der Akteure. Die Diskurse um den aktivierenden Sozialstaat haben „die Anbieter sozialer Leistungen zu wettbewerbsfähigen Verkäufern werden lassen, die, um in den Genuss des Tauschvorteils zu kommen, ‚flexibel‘, ‚effizient‘ und ‚produktiv‘ sein müssen. Der Hilfeempfänger dagegen hat in einem Markt des Sozialen die Rolle des Kunden einzunehmen, dessen Be-

dürfnisse zwar weiterhin Grundlage einer solchen ökonomischen Beziehung bleiben, dem jedoch ein immer höheres Maß an Verantwortung auferlegt wird“ (Kurzke-Maasmeier 2006, S. 113). Die Semantik des aktivierenden Sozialstaats sickert in die Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit ein und beginnt, diese Felder neu zu bestellen.

Aber es handelt sich hierbei nicht nur um einen ausschließlich deskriptiven Befund, der in der Regel kritisch beobachtet wird (Dahme u.a. 2003), vielmehr ist mittlerweile auch in den Theoriediskursen ein Perspektivenwechsel festzustellen. So soll die Soziale Arbeit aus der Perspektive von Ronald Lutz nämlich nicht nur abwehrend auf den Ökonomisierungsdiskurs und das hier transportierte Menschenbild reagieren, sondern die Diskurse produktiv adaptieren (Lutz 2008). Nimmt man den Beitrag von Lutz ernst und interpretiert ihn nicht dialektisch als einen ironischen Zwischenruf, dann scheinen sich neue Positionen in der sozialarbeiterischen Theoriebildung anzudeuten. Denn es macht einen Unterschied, ob die Soziale Arbeit mit dem ökonomischen Diskurs und seinem Menschenbild von außen konfrontiert wird, oder aber ob die Soziale Arbeit diesen Ökonomisierungsdiskurs als theoretisch attraktives Angebot verstehen und dann auch verarbeiten sollte.

Richtig ist die Beobachtung von Lutz, dass es zu einer politischen Reformulierung des Sozialen kommt und in diesem Kontext der Bürger und die Bürgerin „als Subjekt auf einem anonymen Markt gedacht [wird], das wie ein Unternehmer agiert, seine Fähigkeiten vermarktet und somit Einnahmen und Gewinne erzielt“ (Lutz 2008, S. 4). Falsch hingegen ist seine Schlussfolgerung, es entspreche „dem Bild vom Menschen der Moderne, wenn dem gestaltungsfähigen Subjekt mehr Autonomie, Eigenverantwortung und ökonomisches Handeln zugemutet bzw. abverlangt wird“ (ebd., S. 4). Hier werden eine anthropologische Perspektive und deren normative Ausdeutung miteinander vermengt. Damit wird ein illegitimer Übergang von deskriptiven Beschreibungen zu normativen Konzeptionen hergestellt. Nur so kann Lutz dann auch in einem Aufwasch gleich das „doppelte Mandat“ und die Idee einer Parteilichkeit der Sozialen Arbeit verabschieden (ebd., S. 5). Lutz nimmt nicht nur eine semantische Wortverschiebung vor, wenn er den Klienten nun als Kunden verstehen möchte und sozialprofessionell Handelnde im Kontext aktivierender Sozialer Arbeit zum Trainer werden. Vielmehr geht es ihm darum, die pädagogischen Maßnahmen der aktivierenden Sozialpolitik auch normativ zu verinnerlichen. Diese Maßnahmen setzen für Lutz am Menschenbild der Moderne an

(*ebd.*, S. 8), betonen den Autonomie- beziehungsweise Subjektstatus der Adressaten und Adressatinnen der Sozialen Arbeit. Die Strategien des aktivierenden Sozialstaats wären also im Grunde genommen nichts anderes als die adäquate Antwort auf die anthropologische Verortung des Menschen. „Der Mensch wird als Gestalter seines Daseins gesehen; Hilfen werden zu Optionen (Wahlmöglichkeiten ohne Verpflichtung dazu) und stellen eben keine ‚fürsorgliche Belagerung‘ mehr dar“ (*ebd.*, S. 7). Was verwundert ist, dass *Lutz* die von ihm thematisierten Probleme der Sozialen Arbeit tatsächlich durch eine Orientierung an der Chiffre des aktivierenden Sozialstaats beziehungsweise durch eine Neuprogrammierung und Transformation des Sozialen zu lösen versucht. Denn ihm ist zugleich klar: „Soziale Arbeit wird unter diesen Bedingungen zu einer *Zwei-Klassen-Sozialarbeit*“ (*ebd.*, S. 9) und mit dieser Transformation ist unbestreitbar eine Ökonomisierung verbunden (*ebd.*, S. 10).

Der Mensch: Homo oeconomicus

Immer schon hatte die Soziale Arbeit das Problem, die Adressaten und Adressatinnen des sozialprofessionellen Handelns adäquat zu benennen beziehungsweise zu rekonstruieren. Je nach theoretischem Standort wurden diese beispielsweise als Klienten, Zöglinge, Hilfsbedürftige, Notleidende, Arme oder unspezifisch als Betroffene bezeichnet. Schon länger sind Begriffsverschiebungen beziehungsweise Reformulierungen zu beobachten, wonach die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit als Kunden und Soziale Arbeit dementsprechend als Dienstleistung zu verstehen sind. Der Beitrag von *Lutz* macht nun aber sehr deutlich, dass in der Sozialen Arbeit neue Menschenbilder aufgegriffen werden und dass sich die anthropologische Figur des homo oeconomicus in der Sozialen Arbeit einnistet.

Gemeinhin wird unter dem homo oeconomicus der Prototyp des ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedachten Menschen verstanden. Demnach handeln alle Menschen nutzenorientiert und aus Gewinnbeziehungsweise Profitstreben. Allerdings ist hier schon einschränkend zu beachten, dass der Begriff aus der Nationalökonomie beziehungsweise neoklassischen Wirtschaftstheorie stammt und mit dieser Figur elementare wirtschaftliche Zusammenhänge abstrakt erklärt werden sollen (*Kirchgässner* 2008). Auch die Wirtschaftswissenschaft ist angesichts der zu beschreibenden ökonomischen Handlungen auf ein grundlegendes Menschenbild angewiesen, um auf dieser Grundlage die Verhaltensweisen theoretisch zu erklären. Im Zusammenhang der optimalen

Allokation knapper Ressourcen geht es um die Darstellung und Erläuterung menschlicher Entscheidungen. Die anthropologische These lautet nun, dass der Mensch als homo oeconomicus stets zweckrational handelt und ausschließlich auf die Maximierung seines individuellen Nutzens, also an seinem Eigeninteresse ausgerichtet ist. Zugleich wird im wirtschaftstheoretischen Erklärungsmodell des homo oeconomicus angenommen, dass dieser auf Einschränkungen und Restriktionen reagiert, bestimmte Präferenzen hat und angesichts seiner wirtschaftlichen Entscheidungen über das vollständige Informationstableau verfügt.

Doch auch wenn in den Wirtschaftswissenschaften zumeist die sachgerechte Perspektive gewahrt und der homo oeconomicus als hypothetischer Prototyp der ökonomischen Theorie gekennzeichnet wird, so lässt sich eben auch eine Ausweitung des anthropologischen Modells auf andere Sachbereiche beobachten. Der Erklärungsanspruch des homo oeconomicus wird über die Grenzen der Wirtschaftswissenschaften hinaus ausgeweitet, zweckrationales Verhalten und die Maximierung des individuellen Nutzens werden als grundlegende Motive allen menschlichen Verhaltens gedeutet (*Kirchgässner* 2008). *Michel Foucault* geht sogar soweit, den homo oeconomicus als das zentrale Leitbild des Neoliberalismus auszudeuten, wobei der Neoliberalismus hier nicht nur als wirtschaftspolitisches Programm verstanden wird; vielmehr fallen das Soziale und das Ökonomische gewissermaßen in Eins (*Foucault* 2004, *Kessler* 2005). Auch wenn man dieser *Foucault*'schen Lesart nicht folgt, so lässt sich in den sozialpolitischen Reformprojekten der letzten Bundesregierungen durchaus die implizite Berufung auf den homo oeconomicus nachzeichnen. Das ökonomische Menschenbild (beziehungsweise das Modell) wird anthropologisch verallgemeinert und kommt dann auch in sozialpolitischen Zusammenhängen zur Geltung. So folgt das Sozialgesetzbuch (SGB) II – besser bekannt als Hartz-IV-Gesetz – insbesondere mit seiner Formel des „Förderns und Forderns“ einer Logik der Ökonomisierung und Aktivierung subjektiver Lebensführung (*Bohmeyer* 2008).

Der Mensch: Homo paedagogicus

In den skizzierten Ökonomisierungsdiskursen des Sozialen steht aber nicht ausschließlich der homo oeconomicus Pate, sondern es kann auch die anthropologisch-pädagogische Figur des homo paedagogicus rekonstruiert werden. Aus der pädagogischen Perspektive macht es den Menschen aus, dass er auf Erziehung und Bildung angewiesen ist. Er ist als ein homo educabilis oder als ein animal educandum

zu charakterisieren. Bleiben Erziehung und Bildung aus, verfehlt sich der Mensch, er kommt nicht zu sich selbst. Weil er mit der Geburt nicht fertig ist, sondern nur einen Möglichkeitsentwurf darstellt, ist er ein erziehungsbedürftiges Wesen. Mit *Immanuel Kant* gesprochen: „Der Mensch kann nur Mensch werden durch Erziehung. Er ist nichts, als was die Erziehung aus ihm macht“ (*Kant* 1998, S. 699).

Die neuen sozialpolitischen Diskurse werden nun durch aktivierungspädagogische Maßnahmen begleitet, die die pädagogische Idee der prinzipiellen Erziehungsbedürftigkeit und Erziehungsfähigkeit des Menschen implizieren. Soziale Arbeit bewegt sich also nicht nur im Schatten des homo oeconomicus, sondern diese ökonomisch-anthropologische Figur wird zudem mit der pädagogisch-anthropologischen Figur des homo paedagogicus verbunden. Das kann wiederum beispielhaft am SGB II verdeutlicht werden. Dieses lässt sich auf der Folie einer pädagogischen Anthropologie lesen, die ihren Ausgangspunkt in der Erziehungsbedürftigkeit und Erziehungsfähigkeit des Menschen nimmt und auf deren Grundlage Arbeitsmarktpolitik dann als Erziehungsprogramm konstruiert wird. Vor dem anthropologischen Hintergrund des erziehungsbedürftigen Menschen wird die idealtypische Figur des Erwerbslosen konstruiert, der motiviert und aktiviert werden muss. Der anthropologische Ausgangspunkt könnte auch mit dem Begriff der Bildsamkeit beschrieben werden und dieser Begriff korrespondiert immer auch mit der Idee einer Vervollkommnung des Menschen. Somit wird mit dem neuen Zweiten Sozialgesetzbuch eine „pädagogische Wende“ eingeläutet (*Wegner* 2008) und eine neue „Anthropologie des Arbeitslosen“ entworfen (*Schumack* 2004). Im Kontext der Arbeitslosenhilfe werden sozialarbeiterische und sozialpädagogische Elemente etabliert und diese pädagogischen oder erzieherischen Instrumente treiben die Subjektivierung der Arbeitslosen durch Selbstdisziplinierung voran. Allerdings handelt es sich um eine paradoxe Pädagogik: Denn einerseits wird der autonome, eigenverantwortlich handelnde Adressat der sozialpolitischen Maßnahmen vorausgesetzt, der ein selbstbestimmtes Leben führen will, andererseits wird genau diese Selbstbestimmung durch die aktivierenden Maßnahmen infrage gestellt.

Anthropologisch-bildungstheoretische Perspektiven

Deutlich zeigt sich: In den aktuellen sozialpolitischen, aber auch sozialarbeiterischen Diskursen kommt es zu einem unheilvollen Zusammenschluss zweier paradigmatischer Menschenbilder. Während die hypothetische Figur des homo oeconomicus in sach-

fremde Bereiche transferiert wird, wird die prinzipielle Bildsamkeit des Menschen – die hier mit der anthropologischen Figur des homo paedagogicus in Verbindung gesetzt wird – auf eine bestimmte Bildungskonzeption verengt. Demnach müssen die Adressaten und Adressatinnen der Sozialen Arbeit derart unterstützt werden, dass sie sich selbst als eigenverantwortlich handelnde, nutzenorientierte und unternehmerische Subjekte verstehen. Nun soll gegen ein solches Erziehungsprogramm kein gesellschaftlich losgelöstes Bildungsverständnis in Stellung gebracht werden. Auch im Zusammenhang eines von sozialpolitischen Maßnahmen abgekoppelten Begriffs der Bildung – emphatisch verstanden als Subjektwerdung – ist darauf hinzuweisen, dass auch diese Bildung explizit oder implizit an ein Bild vom Menschen anknüpft. Weder die Bildung noch das Subjekt stehen jemals außerhalb der herrschenden Matrix von gesellschaftlichen Normen und lassen sich einfach aus dem intersubjektiv geteilten gesellschaftlichen Werthorizont herauslösen. Vielmehr entsteht das Subjekt erst durch die Normierung, es kann nicht über sie verfügen. „Es kann keine reine und unvermittelte Beziehung von mir zu mir selbst geben, keine Entdeckung meines reinen oder freien Willens, die die Konstituierung dieses Selbst und der Art seiner Selbstbeobachtung innerhalb einer gegebenen Herrschaftsform außer Betracht lässt“ (*Butler* 2003, S. 113). Insofern wohnt auch emanzipatorisch verstandenen sozialpädagogischen Diskursen immer das Element des Repressiven inne.

Aber dennoch ist an dieser Stelle der klassische Bildungsbegriff zu verteidigen, mit dem die Idee eines utopischen Potenzials beziehungsweise die Möglichkeit der prinzipiellen Welterschließung transportiert wird. In diesem Sinne dienen pädagogische Maßnahmen nicht der Herstellung gesellschaftlich normierter Subjekte, sondern Pädagogik hat die Subjekte in ihrer Eigensinnigkeit anzuerkennen und sie im Umgang mit der vielfältigen Unbestimmtheit zu befähigen. Ein affirmatives Bildungs- beziehungsweise Pädagogikverständnis ist abzulehnen, das in sozialarbeiterischen Handlungsfeldern ausschließlich den gesellschaftlichen Erwartungen nachkommen würde. Es spricht nichts dagegen, den Menschen auch in sozialarbeiterischen Kontexten anthropologisch als homo paedagogicus zu verstehen, solange in der damit verbundenen Bildungstheorie wirklich Platz für ein selbstbestimmtes Subjekt ist.

Literatur

- Bohmeyer**, Axel: Menschenbilder gegenwärtiger Sozialpolitik – eine ethische Analyse. In: ICEPargumente, 2/2008, S. 1-2
Butler, Judith: Kritik der ethischen Gewalt. Frankfurt am Main 2003

- Dahme**, Heinz-Jürgen: Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003
- Foucault**, Michel: Geschichte der Gouvernementalität. Frankfurt am Main 2004
- Kant**, Immanuel: Über Pädagogik. In: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Ethik. Darmstadt 1998
- Kessl**, Fabian: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität sozialer Arbeit. Weinheim/München 2005
- Kessl**, Fabian; Otto, Hans-Uwe: Gouvernementalität und Soziale Arbeit. Kontrolle und Selbstführung von Akteuren und Einrichtungen. In: Sozial Extra 8-9/2003, S. 15-16
- Kirchgässner**, Gebhard: Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Tübingen 2008
- Kurzke-Maasmeier**, Stefan: Aktivierende Soziale Arbeit im reformierten Sozialstaat. Professionelle Herausforderungen und sozialethische Kritik. In: Kurzke-Maasmeier, Stefan; Mandry, Christof; Oberer, Christine: Baustelle Sozialstaat! Sozial-ethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände. Münster 2006, S. 111-128
- Kurzke-Maasmeier**, Stefan; Mandry, Christof: Anthropologie und Ethik Sozialer Arbeit angesichts einer „Ökonomisierung des Sozialen“ – die Perspektive der Ausbildung. In: Sozialpsychiatrische Informationen 4/2005, S. 32-36
- Lutz**, Ronald: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12-13/2008, S. 3-10
- Schumak**, Renate: Die neue Anthropologie des Arbeitslosen. Diskursanalyse eines Gesetzestextes: Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II). In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 94/2004, S. 75-87
- Wegner**, Gerhard: Aktivierung subjektiver Selbstführung – Hilfe oder Herrschaft? Über die Zivilisierung der Fürsorge am Beispiel des SGB II. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik 4/2008, S. 266-285

► Allgemeines

Spanish NGO monitoring organization Fundación Lealtad joins ICFO. The International Committee on Fundraising Organizations (ICFO) welcomes Fundación Lealtad, the Spanish monitoring agency for nongovernmental organizations, as its newest member. „Although founded only eight years ago, Fundación Lealtad has already established a very impressive and effective monitoring system for NGOs. It provides most valuable information and guidance for private as well as corporate donors in Spain. We are delighted to welcome Fundación Lealtad in ICFO, the worldwide ‚family‘ of national monitoring agencies for charitable organizations“, said Rollin van Broekhoven, President of ICFO. Fundación Lealtad analyzes the NGOs which voluntarily request to have their organization and its activities monitored and the results are reflected in a transparency report which details the NGOs' compliance with each of the Standards; the analysis is carried out free of charge. Each NGO report is available for free on the website www.fundacionlealtad.org and the overall results of all the analyzed NGOs are annually published in the „Transparency and Best Practices Guide to Spanish NGOs“. ICFO was established in 1958. Its member organizations have sophisticated national and common international standards for good governance and management of charities (www.icfo.de). *Quelle: Pressemitteilung des ICFO vom 22. Juni 2009*

Steigender Frauenanteil in hochqualifizierten Berufen. Laut einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) gewinnen Frauen in hoch qualifizierten Berufen zunehmend an Terrain. So sei ihr Anteil in naturwissenschaftlichen Berufen seit dem Jahr 1994 von 20 % auf 30 % gestiegen. In sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten im Bereich der Zahnmedizin, der Tiermedizin und der Geisteswissenschaften habe sich sogar ein Zuwachs um mehr als zehn Prozentpunkte ergeben. Zugleich beobachtete das IAB eine Verringerung des Frauenanteils in nicht akademischen Männerberufen, wie beispielsweise in der Forst- und Baubranche. Da sich im Hinblick auf das Arbeitslosigkeitsrisiko, die Karrierechancen und das Lohnniveau weiterhin deutliche Unterschiede zeigten, könne trotz positiver Entwicklungen von einer Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht die Rede sein. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 6.2009*

Umsetzungsbericht zum Berliner Integrationskonzept. Die Grundsätze einer umfassenden und strategisch ausgerichteten Integrationspolitik wurden vom Berliner Senat erstmals im Jahr 2005 im Berliner Integrationskonzept festgelegt, auf dessen Grundlage unter dem Leitmotiv „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ eine Umorientierung in Richtung Bleibepolitik erfolgte mit dem Ziel, die Potenziale der Zugewanderten wahrzunehmen und ihre juristische Gleichstellung und Chancengleichheit zu fördern.

Nach der Einrichtung eines Senatsressorts für Integration im Jahr 2006 erfolgte 2007 eine Erweiterung des Integrationskonzepts durch die Benennung von 45 konkreten Leitprojekten, deren Erfolge in dem nun vorliegenden Umsetzungsbericht entlang einer Reihe von Indikatoren bewertet werden. Der Bericht macht deutlich, dass es nach wie vor große Herausforderungen gibt. Trotz positiver Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Schule sei die Arbeitslosenquote der Migrantinnen und Migranten mit 31,4 % zu hoch und auch der überproportionale Anteil der Migrationsjugendlichen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung unterstreiche den Handlungsbedarf. Im Internet sind der Umsetzungsbericht und die dazu im Berliner Integrationsmonitor 2009 zusammengestellten statistischen Daten unter www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 6.2009*

Bundesgesetzblatt online. Das Bundesgesetzblatt (BGBl) ist ab sofort vollständig online abrufbar. Somit können nun alle Ausgaben des BGBl per Internet eingesehen und heruntergeladen werden. Diese Möglichkeit bestand bisher für Teil I des BGBl nur bis in das Jahr 1999 und für Teil II bis 2002. Inzwischen wurden alle Bundesgesetzblätter, die seit dem Jahr 1949 erschienen sind, digitalisiert und als PDF allgemein zugänglich online gestellt. *Quelle: praxis+recht 3.2009*

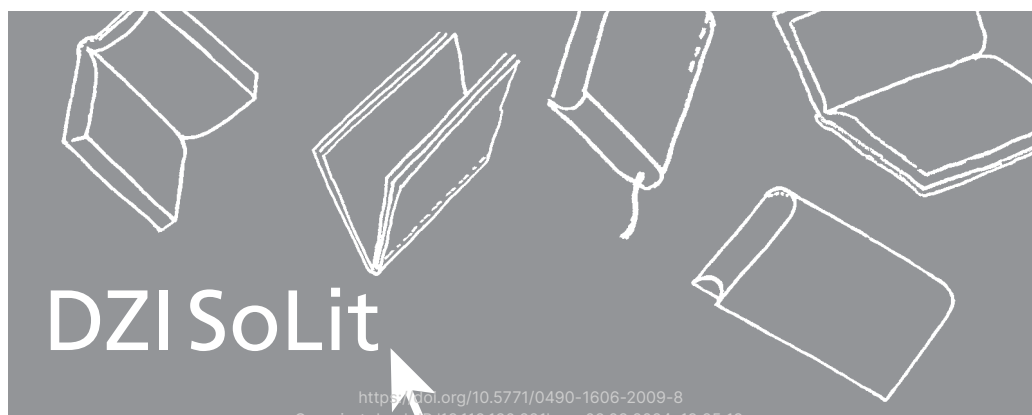
► Soziales

Arbeitslose haben Recht auf anwaltliche Hilfe. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Az: 1 BvR 1517/08) haben Hartz-IV-Beziehende einen Anspruch auf kostenlose anwaltliche Hilfe, wenn sie gegen ihren ALG-II-Bescheid Widerspruch einlegen wollen. Das Gericht in Karlsruhe begründete diese Entscheidung mit dem existenziellen Charakter des ALG II und der komplizierten Ausgestaltung der sozialrechtlichen Bestimmungen. Im verhandelten Fall wollte eine Hartz-IV-Empfängerin aus Zwickau gegen ihren ALG-II-Bescheid Widerspruch einlegen, weil ihr nach einem Krankenhausaufenthalt die Leistung gekürzt worden war. Das Amtsgericht lehnte die Bewilligung der von der Frau beantragten kostenlosen anwaltlichen Hilfe mit dem Hinweis ab, sie könne sich stattdessen auch vom zuständigen Jobcenter beraten lassen – eine

Option, die das oberste deutsche Gericht als verfassungswidrig einstufte. Es könne der Arbeitslosen nicht zugemutet werden, „den Rat derselben Behörde in Anspruch zu nehmen, deren Entscheidung sie im Widerspruchsverfahren angreifen will“. Der vom sächsischen Justizministerium vorgebrachte Einwand, auf diese Weise Haushaltsmittel einsparen zu können, fand in Karlsruhe kein Gehör. *Quelle: Berliner Zeitung vom 19. Juni 2009*

Keine Steuerermäßigung bei Barzahlung haushaltsnaher Pflegedienste. Rechnungen für haushaltsnahe Dienstleistungen, zu denen auch Pflege- und Betreuungsleistungen zählen, können bei Barzahlung nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Wie der Bundesfinanzhof (BFH) entschied, muss hierfür ein Überweisungsbeleg vorliegen (Az. VI R 14/08). Abzugsfähig sind 20 % der gesamten Pflegekosten, wobei der Höchstbetrag von 1 200 Euro zum Jahresbeginn 2009 auf 4 000 Euro erhöht wurde, um die illegale Beschäftigung einzudämmen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung sei es nicht ausreichend, wenn der Pflegedienst eine Barzahlung auf der Rechnung bestätige. Anerkannt werde nur die bankmäßige Dokumentation. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2.2009*

Kindergeld und Freiwilligendienst. Mit dem dreijährigen Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ bestehen seit Beginn dieses Jahres überall in Deutschland neue Möglichkeiten zum sozialen Engagement. Ausgangspunkt war das Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“, dessen Angebote nun Schritt für Schritt bundesweit umgesetzt und mit den Strukturen vor Ort vernetzt werden sollen. Die Einsatzfelder reichen von Kinder- und Jugendbetreuung über die Pflege von Seniorinnen und Senioren, der Unterstützung von Menschen mit Behinderung bis hin zu relativ neuen Feldern wie Kultur, Migration und Naturschutz. Zur Stärkung des Projekts billigte der Bundesrat am 9. Juli 2009 ein Gesetz, wonach Eltern von Jugendlichen, die einen solchen Dienst ableisten, weiterhin Kindergeld erhalten, sofern das Einkommen der Kinder die Grenze von 7 680 Euro im Jahr nicht überschreitet. Die Regelung soll rückwirkend ab 1. Januar 2009 in Kraft treten. Informationen unter www.freiwilligendienste-aller-generationen.de *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 7.2009*



<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2009-8>

Generiert durch IP 193.119.130.221, am 08.09.2024, 10:25:10.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gemeinsam Ziele erreichen, Synergien nutzen. Netzwerke als zeitgemäße Kooperationsform für Organisationen. Von Daniel Hoffmann und Annette Scholl. Hrsg. Kuratorium Deutsche Altershilfe. Selbstverlag. Köln 2008, 72 S., kostenlos *DZI-D-8744*

Das Forum Seniorenarbeit NRW, ein Projekt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, publiziert regelmäßig Hefte zu verschiedenen Schwerpunkten der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen. Im Mittelpunkt dieser Dokumentation stehen die Netzwerkarbeit und deren Grundlagen, Erfolgsfaktoren und Gestaltung. Zahlreiche Praxisbeispiele und Portraits beschreiben die jeweiligen Ziele sowie Zielgruppen, Leistungen und Methoden der vorgestellten Netzwerke. Wer sich für den dargestellten Themenbereich interessiert, findet hier zudem nützliche Links und weiterführende bibliographische Hinweise. Bestelladresse: Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel.: 0221/93 18 47-71, E-Mail: annette.scholl@kda.de, Internet: www.forum-seniorenarbeit.de

Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. In Anlehnung an die Renten Anpassung erhalten auch Hartz-IV-Beziehende ab Juli 2009 höhere Leistungen. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit ergab sich für Alleinstehende und Alleinerziehende ein Anstieg von 351 auf 359 Euro, für volljährige Partner von 316 auf 323 Euro. Eltern von Kindern zwischen 15 und 25 Jahren erhalten statt 281 nun 287 Euro, für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres liegt der um vier Euro erhöhte Betrag bei 215 Euro. Eine neue, von der Rentenerhöhung unabhängige Sozialgeldstufe wurde für Kinder zwischen 7 und 14 Jahren geschaffen. Für diese Altersgruppe fiel die Anhebung mit 40 Euro deutlich großzügiger aus – der aktuelle Satz beläuft sich auf 251 Euro. *Quelle: www.arbeitsagentur.de vom 17. Juni 2009*

► **Gesundheit**

Neue Studie zu psychischen Krankheiten. Laut einer Erhebung, die im Jahr 2008 von der Bertelsmann Stiftung für den Gesundheitsmonitor durchgeführt wurde, suchten gut ein Fünftel der 1100 Befragten im Zeitraum von Herbst 2007 bis Herbst 2008 medizinische oder psychotherapeutische Hilfe wegen psychischer Probleme. Erste Anlaufstelle war für die meisten (87 %) ihre hausärztliche Praxis, in der aber nur in 8,4 % der Fälle eine psychische Erkrankung diagnostiziert wurde. Von denjenigen hingegen, die psychiatrische oder psychotherapeutische Dienste in Anspruch genommen hatten, erhielten gut die Hälfte (53 %) eine entsprechende Diagnose. Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer erkranken in Deutschland jährlich mindestens 5 Millionen Menschen an einer schweren psychischen Störung. Höchstens 1,5 Millionen könnten ambulant oder stationär betreut werden. Auch sinke mit zunehmendem Alter der Betroffenen die Qualität der therapeutischen Versorgung. Weitere Informationen sind im Newsletter 2009-01 auf der Seite www.gesundheitsmonitor.de zu finden. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 6.2009*

Haushaltshilfen ergänzen die Pflege. Eine Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung, die im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes durchgeführt wurde, ergab, dass schätzungsweise rund 100.000 Frauen

aus Mittel- und Osteuropa die häusliche Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Deutschland unterstützen. Tätig seien die überwiegend nicht angemeldeten Haushaltshilfen meist bei über 80-jährigen alleinlebenden Frauen. Laut Caritas-Präsident Peter Neher zeigt die Studie den hohen Bedarf an passgerechten Angeboten. Bei der Befragung von 154 Familien und 261 ambulanten Pflegediensten stellte sich heraus, dass vier von fünf Familien die bestehenden ambulanten Dienste nicht für ausreichend halten, um die tägliche Grundversorgung zu gewährleisten. 43 % sehen eine Hilfskraft als ideale Ergänzung. Nach Angaben der Pflegedienste wird der durch die Haushaltshilfen entstehende Verlust an Aufträgen relativiert durch den längeren Verbleib der Pflegebedürftigen daheim. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 6.2009*

Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2008, 68 S., kostenlos *DZI-D-8649*

Der erstmals im Jahr 2005 publizierte Familienpflegeratgeber des Familienministeriums Rheinland-Pfalz wurde auch außerhalb dieses Bundeslandes mit großem Interesse aufgenommen. Als Ergänzung befasst sich dieses Begleitheft nun speziell mit Themen, die für die Pflege in Familien mit Migrationshintergrund besonders relevant sind. Um auf den spezifischen Unterstützungsbedarf einzugehen, sei es beispielsweise wichtig, Hilfen für die Kommunikation und ein adäquates Wohnumfeld bereitzustellen. Die Handreichung beantwortet die wichtigsten juristischen Fragen, nennt Adressen von zuständigen Institutionen und gibt Hinweise zu weiterführender Literatur. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16 20 16, E-Mail: Bestellservice@masgff.rlp.de, Internet: www.masgff.rlp.de

Neuer Computerbildschirm für Blinde und Sehbehinderte. Das Forschungsprojekt Hyperbraille entwickelte eine neue Variante des Laptop, die durch eine berührungsempfindliche Stiftplatte einen barrierefreien Zugang zu graphischen Elementen am Bildschirm ermöglicht. Webseiten, Tabellen und andere visuelle Informationen sind damit auch für Blinde und Sehbehinderte lesbar. Bis zum Projektende im Jahr 2010 soll eine Implementierung aller gängigen Office-Programme erfolgen. Gefördert wurde das Projekt, an dem auch die Universität Potsdam beteiligt war, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.hyperbraille.de. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 6.2009*

Untersuchung zur häuslichen Pflege. Obwohl zwei Drittel aller auf Hilfe angewiesenen älteren Menschen zuhause und überwiegend von Angehörigen versorgt werden, gelten die Regelungen des Betreuungsrechts hier nicht und die Einhaltung der Freiheits- und Menschenrechte entzieht sich der Überprüfung. Für die Evangelische Hochschule Freiburg und die Fachhochschule Frankfurt bot diese Grauzone Anlass zu einem interdisziplinären Forschungsprojekt mit dem Ziel der Untersuchung von Aspekten freiheitsentziehender Maßnahmen in der häuslichen Pflege. Ein inter-

nationales Expertenteam aus den Bereichen Pflege, Sozialarbeit und Soziologie befasst sich seit Mai dieses Jahres mit den Fragen, wie die Angehörigen Erwerbsarbeit und Pflege vereinbaren, wie sie mit Ängsten und möglichen Gefahren umgehen und wie die zuständigen Ärztinnen und Ärzte in prekären Situationen reagieren. Weitere Themen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Studie sind die Erscheinungsformen und Hintergründe der häuslichen Pflege, deren Ausmaß und die betreffenden Umgangsweisen im städtischen und ländlichen Raum. *Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Hochschule Freiburg 6.2009 vom Juni 2009*

Institut für Patientensicherheit. An der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn wurde am 8. Mai 2009 das bundesweit erste Institut für Patientensicherheit (IFPS) offiziell eröffnet. Das IFPS, das bereits zum Jahresanfang seine Arbeit aufgenommen hatte, soll wissenschaftliche Erkenntnisse sammeln, um auf deren Grundlage Maßnahmen zur Stärkung der Patientensicherheit zu entwickeln. Zu Gast bei der Eröffnungsfeier war auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die den Bedarf an umfassenden Informationen zur Erhöhung der Patientensicherheit unterstrich. Die Einrichtung des Instituts sei ein Meilenstein für mehr Qualität in der medizinischen Versorgung und erhöhe den Stellenwert des Themas in der Forschung. Seine Entstehung verdankt das IFPS der Arbeit des Aktionsbündnisses Patientensicherheit e.V., dem eine Vielzahl von Akteuren des Gesundheitswesens angehört. *Quelle: Klartext 7.2009*

Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs. Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 19. Juni 2009 ein Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus, das wichtige Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung beinhaltet. Mit dem Gesetz werden Erleichterungen für diejenigen festgelegt, die ihre Pflege nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) durch besondere Pflegekräfte sicherstellen. So ist es künftig möglich, dass diesen Menschen die gewohnten Pflegekräfte auch für den Fall eines Krankenhausaufenthalts weiterhin zur Verfügung stehen. Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung der Assistenzkräfte werden übernommen. Bei stationären Krankenhausaufenthalten zur Akutbehandlung, bei krankenhaushaus-

ersetzender häuslicher Krankenpflege sowie bei einer stationären Leistung zur medizinischen Rehabilitation wird entgegen der bisherigen Rechtslage das Pflegegeld für die gesamte Dauer bezahlt. Für die Dauer des stationären Krankenhausaufenthalts wird zukünftig auch Hilfe zur Pflege gewährt. Damit wird der Sozialhilfeträger, der bereits vor der Aufnahme des Pflegebedürftigen in ein Krankenhaus Leistungen erbringt, künftig zur Weiterleistung verpflichtet. In dem Gesetz ist auch vorgesehen, eine neue Leistungsform der „Hilfe für die Betreuung in einer Pflegefamilie“ zu schaffen. Pflegefamilien erhalten damit Pauschalsätze, wenn sie körperlich oder geistig behinderte Kinder und Jugendliche bei sich aufnehmen und dadurch ein Aufenthalt in einer vollstationären Einrichtung der Behindertenhilfe vermieden oder beendet werden kann. Als weitere Neuerung wird das Fach Palliativmedizin als Pflichtfach im Rahmen des Medizinstudiums in die Approbationsordnung aufgenommen. Das Gesetz passierte den Bundesrat am 10. Juli und tritt voraussichtlich Ende Juli 2009 in Kraft. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom Juni 2009*

► Jugend und Familie

Anzahl der Kinder in Familien rückläufig. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2007 in Deutschland 8,6 Millionen Familien mit 13,8 Millionen Kindern unter 18 Jahren, im Durchschnitt also 1,61 Kinder pro Familie. Zehn Jahre zuvor waren es noch 1,65 Kinder. Die Ergebnisse beruhen auf dem Mikrozensus, einer repräsentativen Befragung von einem Prozent der privaten Haushalte. Als Familien galten dabei Eltern-Kind-Gemeinschaften mit mindestens einem Elternteil und einem minderjährigen Kind, unter Miteinbeziehung von Stief-, Adoptiv- und Pflegekindern. Die Statistik zeigt deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Ländern (inklusive Berlin). So versorgte im Jahr 2007 eine westdeutsche Familie durchschnittlich 1,64 Kinder unter 18 Jahren. In Ostdeutschland waren es pro Familie nur 1,46 Kinder, wobei hier zwischen 1997 und 2007 auch ein starker Rückgang der Familien (um fast 31 %) und der von diesen Familien betreuten Kinder (um rund 34 %) zu verzeichnen war. Im früheren Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der Familien im gleichen Zeitraum nur um zirka 3 % und die Zahl der dort lebenden Kinder um gut 5 %. *Quelle: Deutscher Städtetag 5.2009*

30 Jahre dokumentierte Fachdiskussion 30 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2009-8>

Generiert durch IP 18.119.130.221, am 08.08.2024, 19:25:19.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sozialpädagogische Diagnose. Arbeitshilfe zur Feststellung des erzieherischen Bedarfs. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Selbstverlag. München 2009, 168 S., keine Preisangabe *DZI-D-8740*

Bei Fällen einer Gefährdung des Kindeswohls ist es oft schwierig, das Risikopotenzial und den Hilfebedarf genau einzuschätzen. Um hier Unterstützung zu leisten, gibt das Bayerische Landesjugendamt seit dem Jahr 2001 Diagnose-Tabellen heraus, in denen wichtige Anhaltspunkte benannt und anhand altersspezifischer Beispiele konkretisiert werden. Im Vordergrund stehen die Grundversorgung in Bezug auf Gesundheit, Ernährung, Hygiene, Aufsicht und Obdach, die Situation der Familie und das Erziehungsverhalten der Eltern. Die aktualisierte Neufassung berücksichtigt die in den Jahren 2003 bis 2008 vom Institut für Kinder- und Jugendhilfe in Mainz erstellte Evaluation der früheren Arbeitshilfen und enthält im Anhang kommentierte Vordrucke zum Hilfeplan sowie weiterführende Literaturhinweise. Bestelladresse: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-04, E-Mail: poststelle@zbfbs-blja.bayern.de

Anstieg von Inobhutnahmen im Jahr 2008. Der Begriff Inobhutnahme bezeichnet eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern, die sich in akuten Gefahrensituationen befinden und aus diesem Grund für einige Stunden oder Tage in einer Pflegefamilie oder einer Heimeinrichtung untergebracht werden. Laut Informationen des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl solcher Eingriffe im Jahr 2008 bei 32 300 und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 4 100 (14,4 %) gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2005 ergab sich sogar eine Steigerung um 26 %. Zu beobachten ist auch eine sich verändernde Altersstruktur der in Obhut genommenen Minderjährigen, da die Jugendämter immer stärker den Schutz jüngerer Kinder im Blick haben. So hat sich der Anteil der Dreijährigen an allen in Obhut genommenen Kindern von 5 % im Jahr 2000 auf 10 % im Jahr 2008 verdoppelt, der Anteil der Drei- bis Achtjährigen stieg im gleichen Zeitraum von 9 auf 14 %. Anlass für die Inobhutnahme war in den meisten Fällen (44 %) eine Überforderung der Eltern. Bei 7 700 Kindern und Jugendlichen oder 24 % der Fälle waren Vernachlässigung oder Anzeichen für Misshandlung oder sexuellen Missbrauch festgestellt worden. Weitere Informationen im Internet unter www.destatis.de/publikationen, Suchwort „Inobhutnahmen“. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 234/09*

Informationsportal zum Jugendschutz. Auf der neu eingerichteten Website www.jugendschutzaktiv.de informiert das Bundesfamilienministerium über sämtliche Fragen zum Thema Jugendschutz. Im Mittelpunkt steht dabei die Anwendung des Jugendschutzgesetzes im Hinblick auf den Aufenthalt Jugendlicher in Gaststätten, Diskotheken und Spielhallen, den Genuss von Tabak und Alkohol und die Nutzung tendenziell entwicklungsbeeinträchtigender oder jugendgefährdender Medien, wie zum Beispiel einige Kinofilme, Videofilme und Computerspiele. Die Internetseite wendet sich primär an Eltern und Erziehende sowie Veranstalter und Beschäftigte in Einzelhandel, Gastronomie und Tankstellengewerbe. Für diese enthält das Portal einen Schulungsfilm mit praxisnahen Anleitungen, eine

Klärung relevanter juristischer Fachausdrücke und zahlreiche Links zu den zuständigen Behörden, zu Kampagnen, Einrichtungen und Verbänden. Darüber hinaus ermöglicht ein Jugendschutzrechner mit einem Scroll-Menü zu den verschiedenen Altersgruppen und Themen eine rasche Orientierung über die betreffenden gesetzlichen Regelungen. *Quelle: Meldung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 3. Juli 2009*

Studie zur Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen. Das Hamburger Marktforschungsinstitut Aris hat im Rahmen einer Studie des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) eine repräsentative Befragung zur Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen vorgenommen, die ergab, dass die Internetuser immer jünger werden. Bereits 71 % der 7- bis 10-Jährigen gehen online, wenn im Haushalt ihrer Eltern ein Anschluss vorhanden ist. Von den 11- bis 14-Jährigen sind es 93 %, im Alter von 15 bis 17 Jahren sogar 99 %. Die Kinder und Jugendlichen chatten mit Freunden, surfen, bloggen, spielen und recherchieren für ihre Hausaufgaben. Viele beteiligen sich an Diskussionsforen oder stellen Fotos ins Netz. Für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer ergibt sich die Aufgabe, die Kinder zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet anzuleiten und sie vor jugendgefährdenden Inhalten zu schützen. Dennoch sehen sich 31 % der Eltern nicht in der Lage, die Web-Aktivitäten ihrer Kinder zu kontrollieren, und 32 % sagen, es fehlten ihnen dazu konkrete Informationen. Der BITKOM und das Bundesfamilienministerium haben deshalb gemeinsam eine Reihe von Empfehlungen entwickelt, wie zum Beispiel die Einrichtung geschützter Surf-Räume, die Implementierung von Jugendschutzfiltern im Betriebssystem und die Nutzung geprüfter Kinder- und Jugendportale. Die Ergebnisse der Umfrage und die gemeinsamen Empfehlungen stehen unter www.bitkom.de im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 414/2009*

Ledige Väter. Nicht verheiratete Väter sind für ihre Kinder zwar unterhaltspflichtig, können aber auch weiterhin das Sorgerecht nicht erlangen, wenn die Mutter dem nicht zustimmt. Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Initiative gestartet, um die Rechte lediger Väter zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, das gemeinsame Sorgerecht im Falle einer Ablehnung durch die Kindesmutter auf dem Rechtsweg einzuklagen. Die Koalitionsfraktionen sowie die Partei der Linken lehnten einen entsprechenden Antrag der Grünen ab, die Freien Demokraten enthielten sich der Stimme. *Quelle: Das Parlament 28/2009*

Internet- und Computerspiele. Nur zwei Tage nach der Bundestagsanhörung zur Prävention der Glücksspielsucht stand das Thema Online- und Rollenspielsucht im Mittelpunkt der Jahrestagung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Internationale Referentinnen und Referenten aus Korea, China und den USA, aber auch Experten und Expertinnen aus Praxis und Forschung, Eltern spielsüchtiger Kinder und die Anbieter der im Mittelpunkt der Kritik stehenden Online-Rollenspiele nahmen an der Veranstaltung in Berlin teil. Onlinesucht ist international weiterhin nicht als Krankheit anerkannt. Doch Forscher und Forscherinnen gehen davon aus, dass 3 bis 4 % der

Jugendlichen in Deutschland täglich mehr als 4,5 Stunden am Computer spielen. Wesentliche Folgen dieses Rückzugs in virtuelle Welten sind der Verlust realer Sozialkontakte und die Vernachlässigung von Schule und Arbeit. Vor diesem Hintergrund wird nicht zuletzt der Ausbau von Therapieangeboten und Forschungsexpertise gefordert. Insbesondere die Experten und Expertinnen aus Südkorea, einem Land, in dem Jugendliche überdurchschnittlich exzessiv die mitunter sehr gewaltfördernden Online-Rollenspiele ausüben, berichteten, dass der Konsum beziehungsweise die Anzahl der Abhängigen durch die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit der Regierung leicht abgenommen habe. Weitere Informationen und alle Vorträge finden sich auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit (www.bmg.bund.de) unter „Sucht und Drogen“. *Quelle: DHS-Newsletter vom 10. Juli 2009*

Betreuung von Kleinkindern. Bei der Zahl von Kindern unter vier Jahren, die in Kindertagesstätten und öffentlich geförderten Kindertagespflegestätten betreut werden, liegt Berlin weit über den Werten in den westdeutschen Bundesländern. Dies geht aus dem „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2009“ der Bertelsmann-Stiftung hervor. Betreut werden in Berlin 43 % der Einjährigen (Westdeutschland 9,5 %, Ostdeutschland 47,5 %), 76,9 % der Zweijährigen (West 25,2 %, Ost 75,2 %) und 91,8 % der Dreijährigen (West 80,8 %, Ost 92,6 %). Die Studie resümiert, dass die westdeutschen Länder das Tempo beim Ausbau von Angeboten verdoppeln müssen, wenn sie das Ziel des Kinderförderungsgesetzes noch erreichen wollen. Nach

diesem soll es dort bis zum Jahr 2013 Angebote für 35 % der unter Dreijährigen geben. Weitere Informationen unter www.-bertelsmann-stiftung.de. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 7.2009*

Familienmonitor 2009. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat 2009 im zweiten Jahr in Folge das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Thema „Einstellungen und Lebensbedingungen der Familien“ beauftragt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Befragung standen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Familien. Die Fragen zum erstgenannten Thema ergaben eine weiterhin hohe Wertschätzung familienspezifischer staatlicher Leistungen. So halten 77 % das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld für eine gute Regelung. Zugleich werden die Partnermonate im Elterngeld immer beliebter: Im ersten Quartal 2009 nahmen bereits 18,4 % der Väter ihre Monate in Anspruch. Mit dem 2008 erweiterten Kinderzuschlag sind 90 % der Beziehenden zufrieden. 75 % aller Befragten schätzen ihre Familiensituation positiv ein, von den Eltern mit Kindern unter 18 Jahren wird dieser Wert noch übertroffen. Eine deutliche Mehrheit ist der Meinung, dass sich seit dem Jahr 2005 die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessert hätten. Im Hinblick auf die Krise berichten 37 % der Befragten, ihr Betrieb sei bereits betroffen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen beabsichtigt, in der nächsten Legislaturperiode ein „Teilelterngeld“ einzuführen, mit dem Mütter und Väter in

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.

Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2009-8>

Generiert durch IP '18.119.130.221', am 08.08.2024, 19:25:19.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Phase des beruflichen Wiedereinstiegs durch eine Förderung von Teilzeitarbeit unterstützt werden sollen, um angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage ihre Arbeitsmarktsituation zu verbessern. *Quelle: Presseinformation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 14. Juli 2009*

► Ausbildung und Beruf

Berufsbegleitende Zusatzausbildung „Spiel- und Theaterpädagogik“. Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt bietet ab April 2010 eine zweijährige Zusatzausbildung für den professionellen Einsatz von Spiel und Theater in allen Bereichen der Pädagogik, der Schule, der Sozialarbeit und der Erwachsenenbildung. Mit 48 Ausbildungstagen und 620 Lehreinheiten erstreckt sich das Angebot über elf Wochenenden und fünf drei bis sieben-tägige Kurseinheiten, davon eine in der Toskana. Hinzu kommt ein Praxisprojekt. Vermittelt werden verschiedene Stilmittel und strukturelle Elemente des Theaters, ein didaktisches Instrumentarium, Methoden der Körperarbeit und kreativitätsfördernde Umgangsformen. Um einen ersten Einblick zu ermöglichen, ist für Ende Oktober 2009 ein Schnupperkurs geplant. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.jugendbildung.org. *Quelle: Information der Landesakademie für Jugendbildung 5.2009*

Neuer Frauenstudiengang Informatik und Wirtschaft. Im Wintersemester 2009/2010 beginnt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin der Frauenstudiengang Informatik und Wirtschaft mit einer praxisnahen Ausbildung in einer Regelstudienzeit von sechs Semestern. Auf dem Programm stehen neben technischem Know-how die Entwicklung und Realisierung von IT-Projekten sowie Projektleitung, Präsentationstechniken, Rhetorik und Karriere-management. Das Studium schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Science. *Quelle: <http://fiw.f4.htw-berlin.de>*

Sommeruniversität Ehrenamt in Köln. Bereits zum dritten Mal veranstaltet der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln eine Sommeruniversität. Vom 28. September bis 2. Oktober 2009 haben Studierende und andere Interessierte die Möglichkeit, sich fach- und fakultätsübergreifend über das Themenfeld Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit zu informieren. Haupt- und ehrenamtlich Tätige sind ebenfalls eingeladen, an den Vorlesungen teilzunehmen und diese mit ihren Erfahrungen aus der Praxis zu bereichern. Anmeldungen sind bis zum 1. September möglich. Hauptamtliche bezahlen pro Vorlesung einen Beitrag von 10 Euro, für Ehrenamtliche ist die Teilnahme kostenlos. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.ehrenamtnet.de/sommeruniversitaet_09/. *Quelle: BBE-Newsletter vom 8. Juli 2009*

23.-24.9.2009 Leipzig. Fachkongress: Provozieren – pöbeln – zuschlagen. Was steckt hinter der Jugendgewalt? Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org, Internet: www.kinderschutz-zentren.org/leipzig2009

24.9.2009 Berlin. Tagung: Richtig eingestellt? Gratwanderung Neuroleptika. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Geschäftsstelle, Zeltlingerstraße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcolog.net, Internet: www.psychiatrie.de/dgsp

30.9.-1.10.2009 Köln. 7. Rheinischer Kongress für Gesundheitswirtschaft: Gemeinsam die Zukunft gestalten. Information: Rheinische Fachhochschule Köln gGmbH, Institut für Medizin-Ökonomie & Medizinische Versorgungsforschung, Schaevenstraße 1a/b, 50676 Köln, Tel.: 02 21/546 87-86, E-Mail: anmeldung@rfh-gwk.de, Internet: www.rfh-gwk.de

5.-7.11.2009 Hamburg. Jahrestagung: Raus aus dem Ghetto – rein ins Leben. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Geschäftsstelle, Zeltlingerstraße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de, Internet: www.psychiatrie.de/dgsp

7.-8.11.2009 Magdeburg. 8. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie: Vater, Mutter, Kind – ein Kinderspiel? Bezugspersonen in der Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V., Postfach 13 43, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 34, E-Mail: awk@dgvt.de, Internet: www.dgvt.de

20.-21.11.2009 Neubrandenburg. Fachtagung: Sie kommen!!! Systemische Gesichter aufsuchender Hilfen in der Sozialen Arbeit. Information: Hochschule Neubrandenburg, Prof. Dr. Matthias Müller, Postfach 11 01 21, 17041 Neubrandenburg, Tel.: 03 95/569 34 49, Internet: www.tagung.hs-nb.de

1.-3.12.2009 Mainz. Systemischer Methodenworkshop: Strukturaufstellungen und weitere visuelle Techniken. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44 43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw

3.-5.12.2009 Berlin. 15. Bundeskongress: Selbstbewusst Zukunft gestalten – Wegweisende Konzepte für heute und morgen. Information: Deutscher Verband der Führungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V., Heinickeweg 15, 13627 Berlin, Tel.: 030/38 30 38 30, Internet: www.dvlab.de

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Dreier, Horst: Das Grundgesetz – eine Verfassung auf Abruf? - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2009, Nr. 18/19, S. 19-26. *DZI-3059*

Temme, Klaus: Über die Aufnahme und Würdigung von Religionen in der Beratung und unter den Bedingungen von Migration: Anmerkungen zu einem komplexen Bereich. - In: Informationsrundschreiben ; 2009, Nr. 218, S. 4-28. *DZI-2317z*

2.01 Staat/Gesellschaft

Döring, Steffen: Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts. - In: Zeitschrift für Sozialmanagement ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 51-54. *DZI-3056*

Gusy, Christoph: Grundgesetz und Internet. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2009, Nr. 18/19, S. 26-33. *DZI-3059*

Möller, Kurt: Rechtsextremismus beginnt in den Köpfen. - In: neue caritas ; Jg. 110, 2009, Nr. 5, S. 9-12. *DZI-0015z*

Möllers, Christoph: Vom Altern einer Verfassung: 60 Jahre Grundgesetz. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2009, Nr. 18/19, S. 5-7. *DZI-3059*

Niclaß, Karlheinz: Die Bundesregierung im Verfassungssystem. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2009, Nr. 18/19, S. 33-40. *DZI-3059*

2.02 Sozialpolitik

Bohmeier, André: Die Umsetzung des Nikolaus-Beschlusses durch die Sozialgerichtsbarkeit: Fortentwicklung und Widersprüche zu den Vorgaben des BVerfG. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 63, 2009, Nr. 3, S. 65-77. *DZI-0107*

Eggers, Sandra: Assessment und Versorgungsplanung: Kernelemente des Case-Management-Prozesses in der Pflege. - In: Zeitschrift für Sozialmanagement ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 16-23. *DZI-3056*

Frank, Thomas: Beitragserhebung des Pensionssicherungsvereins a.G. bei neuen Mitgliedern. - In: Betriebliche Altersversorgung ; Jg. 64, 2009, Nr. 3, S. 212-215. *DZI-1708*

Genzke, Jürgen: Das vorläufige Rechnungsergebnis der allgemeinen Rentenversicherung für das Jahr 2008 und Ausblicke auf das Jahr 2009. - In: RV aktuell ; Jg. 56, 2009, Nr. 4, S. 134-141. *DZI-0902z*

Hakenes, Guido: Die Unterstützungskasse: Ein alternatives Modell für Betriebsrenten. - In: Betriebliche Altersversorgung ; Jg. 64, 2009, Nr. 3, S. 187-190. *DZI-1708*

Kerschbaumer, Judith: Flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben – aber wie? Altersteilzeit, Teilrente und Langzeitkuren – keine echten Alternativen zur „Rente mit 67“. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 58, 2009, Nr. 4, S. 125-132. *DZI-0524*

Schilling, Matthias: Zwischen konfessionellen Trägern und Wirtschaftsunternehmen – stabile Trägerlandschaften. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 12, 2009, Nr. 1, S. 16-17. *DZI-3022*

Scholtz, Hellmut D.: Sachgerechte Bemessung des Bundeszuschusses in der gesetzlichen Rentenversicherung? - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 63, 2009, Nr. 3, S. 77-83. *DZI-0107*

Schwengers, Clarita: Sozialmonitoring zeigt Wirkung. - In: neue caritas ; Jg. 110, 2009, Nr. 5, S. 27-30. *DZI-0015z*

Witteler, Michael: Ausgliederung von Pensionsverbindlichkeiten: Zulässigkeit und rechtlicher Rahmen. - In: Betriebliche Altersversorgung ; Jg. 64, 2009, Nr. 3, S. 216-220. *DZI-1708*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Best, Henning: Kommt erst das Fressen und dann die Moral? Eine feldexperimentelle Überprüfung. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 38, 2009, Nr. 2, S. 131-151. *DZI-2526*

Braun, Jan: Street-Art als eine Methode Sozialer Kulturarbeit: Ein Medium für Kunststeiger. - In: Unsere Jugend ; Jg. 61, 2009, Nr. 4, S. 167-176. *DZI-0135*

Denter, Sandra: Führungsstil und digitario. - In: Zeitschrift für Sozialmanagement ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 79-98. *DZI-3056*

Schawohl, Horst: „Meine Maske war die Unsichtbarkeit – jetzt brauch ich die Maske nicht mehr“: Das Move-up-Training (MuT). - In: Unsere Jugend ; Jg. 61, 2009, Nr. 4, S. 159-166. *DZI-0135*

Welteke, Rudolf: Berücksichtigung gesundheitlicher Belange im Rahmen der ökologischen Stadtentwicklung. - In: Public Health Forum ; Jg. 17, 2009, Nr. 62, S. 13-15. *DZI-3000*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Bals, Birgit: Alle Möglichkeiten nutzen: Schnittstellenmanagement zwischen Klinik und poststationärer Versorgung. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2009, Nr. 2, S. 19-21. *DZI-2193z*

Donath, Carolin: Gerontopsychiatrische Tageskliniken: Prädiktoren der Inanspruchnahme und Qualitätserwartungen aus Sicht pflegender Angehöriger von Demenzpatienten. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 36, 2009, Nr. 4, S. 175-181. *DZI-2574*

Heide, Steffen: Strafprozessuale Folgen bei Todesfällen im Polizeigewahrsam. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 71, 2009, Nr. 4, S. 226-231. *DZI-0021z*

Knorr, Friedhelm: Zwischen Inourcing, Outsourcing und moderner Servicegesellschaft: Neue Organisationsformen bei der Freien Wohlfahrtspflege. - In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit ; Jg. 60, 2009, Nr. 2, S. 128-137. *DZI-0099*

Kohne, Marie-Luise: Der Wille des Kindes in sorge- und umgangsrechtlichen Entscheidungen des Familiengerichts: Ein ewig ungelöstes Problem? - In: Das Jugendamt ; Jg. 82, 2009, Nr. 4, S. 167-169. *DZI-0110z*

Prast, Franz: Aufgaben der Berufsbildungswerke und Entwicklungsperspektiven aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 23, 2009, Nr. 1, S. 5-14. *DZI-2967*

Sommerfeld, Dirk: Steuerliche Behandlung der Zahlungen an gemeinnützige Krankenhäuser für deren Mitwirkung an der Pflege des DRGSystems gemäß § 17b Abs. 5 KHG. - In: Zeitschrift für Sozialmanagement ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 46-50. *DZI-3056*

Wilke, Agathe: „27er-Hilfen“ – was steckt dahinter? Hinweise zum Charakter der Hilfen zur Erziehung jenseits des etablierten Leistungskanons. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 12, 2009, Nr. 1, S. 5-7. *DZI-3022*

Winger, Klaus: Von der handwerklichen Produktionsweise zum „multioptionalen“ Unternehmen: Berufsbildungswerke auf dem Weg in die Zukunft. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 23, 2009, Nr. 1, S. 15-23. *DZI-2967*

**4.00 Sozialberufe/
Soziale Tätigkeit**

Becker, Susanne: Das neue vertragsärztliche Vergütungssystem: Was Ärzte verdienen und warum sie (sich) streiten. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 58, 2009, Nr. 4, S. 141-145. *DZI-0524*

Fuchs-Rechlin, Kirsten: Akademisierung in Kindertageseinrichtungen – Schein oder Sein? - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 12, 2009, Nr. 1, S. 18-19. *DZI-3022*

Janus, K.: Sind amerikanische Ärzte zufriedener? Ergebnisse einer internationalen Studie unter Ärzten an Universitätskliniken. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 71, 2009, Nr. 4, S. 210-217. *DZI-0021z*

Sielk, Martin: Prävalenz und Diagnostik depressiver Störungen in der Allgemein- arztpraxis. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 36, 2009, Nr. 4, S. 169-174. *DZI-2574*

Tönjes, Britt: Längsschnittliche Effekte von Zielorientierungen auf Dimensionen des beruflichen Belastungserlebens im Lehrberuf. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 41, 2009, Nr. 2, S. 79-86. *DZI-2534*

Weiss-Gal, Idit: Publishing voice: Training social workers in policy practice. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 39, 2009, Nr. 2, S. 368-382. *DZI-2406*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Goldschmidt, Marion: Zufriedene Kunden empfehlen das Haus weiter: Kundenbefragung. - In: *Altenheim* ; Jg. 48, 2009, Nr. 5, S. 40-43. *DZI-1449*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Munro, Eileen: Ein systemischer Ansatz zur Untersuchung von Todesfällen aufgrund von Kindeswohlgefährdung. - In: *Das Jugendamt* ; Jg. 82, 2009, Nr. 3, S. 106-114. *DZI-0110z*

Neuner, Tanja: Begleiteter Suizid zur Prime Time: Das „Recht zu Sterben“. - In: *Psychiatrische Praxis* ; Jg. 36, 2009, Nr. 4, S. 155-156. *DZI-2574*

Stoffer, Franz J.: Sterben begleiten, heißt Leben begleiten: CBT Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH. - In: *Altenheim* ; Jg. 48, 2009, Nr. 5, S. 12-15. *DZI-1449*

5.03 Psychologie

Hartmann, Petra: Die Bedeutung des Pubertätsstatus und des Entwicklungstempos für die Geschlechtsidentität von Mädchen und Jungen in der Adoleszenz. - In: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* ; Jg. 41, 2009, Nr. 2, S. 63-78. *DZI-2534*

Macke, Kathrin: Ekel, Scham und Moral – der Umgang mit belastenden Gefühlen in der Pflege demenzkranker Menschen. - In: *Rundbrief Gilde Soziale Arbeit* ; Jg. 63, 2009, Nr. 1, S. 33-36. *DZI-2913*

Nachtigall, Thomas: Sozialkapital als Determinante des Berufseinstiegs: Untersucht an Absolventen des Diplomstudienganges Sportwissenschaft an der Universität des Saarlandes. - In: *Zeitschrift für Sozialmanagement* ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 60-78. *DZI-3056*

Schmidt, Kirsten: Identitätsarbeit rund um CI: Besondere Herausforderungen in der Pubertät. - In: *Hörgeschädigtenpädagogik* ; Jg. 63, 2009, Nr. 2, S. 72-79. *DZI-1542*

5.04 Erziehungswissenschaft

Baldun, Britta: Identitätsarbeit hörgeschädigter Schüler an Regelschulen: Eine Studie zur Wahrnehmung der Situation durch den Sonderpädagogischen Dienst. - In: *Hörgeschädigtenpädagogik* ; Jg. 63, 2009, Nr. 2, S. 50-62. *DZI-1542*

Bauer, Sigrun: Eine Weiterbildung lohnt sich: Case Management ist ein wichtiges Instrumentarium für den Krankenhaussozialdienst. - In: *Forum sozialarbeit + gesundheit* ; 2009, Nr. 2, S. 9-12. *DZI-2193z*

Günther, Eckart Peter: Zur Wort- und Bedeutungsgeschichte des Begriffs „Sozialpädagogik“. - In: *Rundbrief Gilde Soziale Arbeit* ; Jg. 63, 2009, Nr. 1, S. 54-56. *DZI-2913*

Stumpf, Eva: Homogene Begabtenklassen am Gymnasium: Zielgruppe und Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. - In: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* ; Jg. 41, 2009, Nr. 2, S. 51-62. *DZI-2534*

5.05 Soziologie

Bywaters, Paul: Tackling inequalities in health: A global challenge for social work. - In: *The British Journal of Social Work* ; Jg. 39, 2009, Nr. 2, S. 353-367. *DZI-2406*

Lindemann, Gesa: Gesellschaftliche Grenzregime und soziale Differenzierung. - In: *Zeitschrift für Soziologie* ; Jg. 38, 2009, Nr. 2, S. 94-112. *DZI-2526*

5.06 Recht

Bindel-Kögel, Gabriele: Stärkung von Kinderrechten in familiengerichtlichen Verfahren: Stand der Umsetzung zehn Jahre nach Inkrafttreten des § 50 FGG aus Sicht von VerfahrenspflegerInnen. - In: *Unsere Jugend* ; Jg. 61, 2009, Nr. 4, S. 177-186. *DZI-0135*

Fox, Chris: Seeing and believing: Visible unpaid work and its implications for public confidence. - In: *Probation Journal* ; Jg. 56, 2009, Nr. 1, S. 68-77. *DZI-0049*

Grühn, Corinna: Hürden vor dem Anspruch auf Prozesskostenhilfe (PKH): Kein PKH-Anspruch trotz Bezug von Grundsicherungsleistungen? - In: *Soziale Sicherheit* ; Jg. 58, 2009, Nr. 4, S. 155-158. *DZI-0524*

Neher, Peter: Weiterentwicklung der Leistungen zur selbstbestimmten Teilhabe: Positionen von DCV und CBP zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. - In: *neue caritas* ; Jg. 110, 2009, Nr. 5, S. 19-26. *DZI-0015z*

Reinhardt, Jörg: FamFG und Adoption. - In: *Das Jugendamt* ; Jg. 82, 2009, Nr. 4, S. 162-166. *DZI-0110z*

Vorländer, Hans: Die Deutschen und ihre Verfassung. - In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* ; 2009, Nr. 18/19, S. 8-18. *DZI-3059*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Giese, Eckhard: Berufliche Identität, Professionalität und gesellschaftliche Verortung der Sozialen Arbeit. - In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* ; Jg. 32, 2008, Nr. 3, S. 135-145. *DZI-1954z*

60, 2009, Nr. 2, S. 148-153. *DZI-0099*

Müller, Wolfgang C.: Zielgruppenorientierung: Genau hinschauen, mit wem man spricht. - In: *Unsere Jugend* ; Jg. 61, 2009, Nr. 4, S. 146-149. *DZI-0135*

Rose, Roderick A.: A simplified framework for using multiple imputation in social work research. - In: *Social Work Research* ; Jg. 32, 2008, Nr. 3, S. 171-178. *DZI-1954z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Artelt, Cordula: Diagnose von Strategiewissen beim Textverstehen. - In: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* ; Jg. 41, 2009, Nr. 2, S. 96-103. *DZI-2534*

Fryszler, Andreas: Handwerkliche Aspekte in der interkulturellen Beratung. - In: *Informationsrundschriften* ; 2009, Nr. 218, S. 35-48. *DZI-2317z*

Kühn, Arne: Förderspezifische Analyse von Schulmediation. - In: *Zeitschrift für Heilpädagogik* ; Jg. 60, 2009, Nr. 4, S. 139-147. *DZI-0200*

Weatherly, Johnny N.: Case Management & Patientencoaching. - In: *Zeitschrift für Sozialmanagement* ; Jg. 06, 2008, Nr. 2, S. 24-34. *DZI-3056*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Arend, Stefan: Auf dem Weg in die 5. Generation: Entwicklung der stationären Altenhilfe. - In: *Altenheim* ; Jg. 48, 2009, Nr. 5, S. 32-35. *DZI-1449*

Christen, Olaf: Wo stehen wir heute in der Altenhilfe? Eine Bestandsaufnahme. - In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* ; Jg. 60, 2009, Nr. 2, S. 105-112. *DZI-0099*

Detmers, Stephan: Feldforschung tut not! Eine Einschätzung zur Situation von Sozialdiensten in Universitätskliniken. - In: *Forum sozialarbeit + gesundheit* ; 2009, Nr. 2, S. 34-38. *DZI-2193z*

Landes, Benjamin: Das „Bugwellen-Problem“ im ASD: Kurzfristige Bewältigungsstrategien führen zu extremen Steigerungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen. - In: *Das Jugendamt* ; Jg. 82, 2009, Nr. 3, S. 117-122. *DZI-0110z*

6.04 Jugendhilfe

Biesel, Kay: Aus Fehlern lernen – Qualitätsmanagement im Kinderschutz: Ein Forschungsprojekt auf der Plattform des nationalen Zentrums Frühe Hilfen. - In: *Das Jugendamt* ; Jg. 82, 2009, Nr. 3, S. 115-117. *DZI-0110z*

Chapman, Mimi V.: Attitudes toward out-of-home care over 18 months: Changing perceptions of youths in foster care. - In: *Social Work Research* ; Jg. 32, 2008, Nr. 3, S. 135-145. *DZI-1954z*

Gintzel, Ullrich: Was kann Soziale Arbeit mit Familien leisten? Was kann Jugendhilfe mit Familien leisten? - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 63, 2009, Nr. 1, S. 17-24. *DZI-2913*

Pothmann, Jens: Hilfen zur Erziehung – zur Struktur der Maßnahmen: Analysen zur Inanspruchnahme und zum Trägerspektrum erzieherischer Hilfen. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 12, 2009, Nr. 1, S. 2-4. *DZI-3022*

Rauschenbach, Thomas: Armut, Migration, Alleinerziehend – HzE in prekären Lebenslagen: Neue Einsichten in die sozialen Zusammenhänge der Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 12, 2009, Nr. 1, S. 9-11. *DZI-3022*

6.05 Gesundheitshilfe

Loss, J.: Gemeindeanalyse als Planungsgrundlage für ein gemeindenahes Gesundheitsförderungsprogramm: Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in Karlshuld. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 71, 2009, Nr. 4, S. 232-241. *DZI-0021z*

Menzel, Regina: Alles Reha oder was? Soziale Arbeit auf einer Stroke Unit ist mehr als die Einleitung einer Rehabilitation. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2009, Nr. 2, S. 22-25. *DZI-2193z*

Rodewald, Raimund: Landschaft und Gesundheit – Verbindung zweier Konzepte. - In: Public Health Forum ; Jg. 17, 2009, Nr. 62, S. 2-5. *DZI-3000*

Schneider, Karin: MRSA sensibel bekämpfen: Hygienemaßnahmen. - In: Altenheim ; Jg. 48, 2009, Nr. 5, S. 44-46. *DZI-1449*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Stengler, Karl: Eingliederungshilfe und Pflege – ein Weckruf. - In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit ; Jg. 60, 2009, Nr. 2, S. 145-147. *DZI-0099*

7.01 Kinder

Hill, Andrew: Combining professional expertise and service user expertise: Negotiating therapy for sexually abused children. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 39, 2009, Nr. 2, S. 261-279. *DZI-2406*

Schott, Hannah: Beziehungsangebot und Beziehungsmöglichkeit: Konzeptionelle Überlegungen zu Mentorensystemen als niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche mit ungünstigen Bindungserfahrungen. - In: Unsere Jugend ; Jg. 61, 2009, Nr. 4, S. 150-158. *DZI-0135*

Schunck, Reinhard: Ökonomische Selbständigkeit von Migranten in Deutschland: Effekte der sozialen Einbettung in Nachbarschaft und Haushalt. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 38, 2009, Nr. 2, S. 113-130. *DZI-2526*

7.02 Jugendliche

Barter, Christine: In the name of love: Partner abuse and violence in teenage relationships. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 39, 2009, Nr. 2, S. 211-233. *DZI-2406*

Petschel, Angela: Berufsorientierte Förderung von Jugendlichen mit funktionalem Analphabetismus am Berufsbildungswerk St. Franziskus Abensberg: Aktuelle Standpunkte zur Problematik mangelnder schriftsprachlicher Kompetenzen und gängige wissenschaftliche Erklärungsmodelle zur Entstehung von LRS. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 23, 2009, Nr. 1, S. 44-68. *DZI-2967*

Voisin, Dexter R.: Pathways to drug and sexual risk behaviors among detained adolescents. - In: Social Work Research ; Jg. 32, 2008, Nr. 3, S. 147-157. *DZI-1954z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Freiburg, Annegret: Zur Situation der Pflegekinder – elende Kinder in einem reichen Land. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 63, 2009, Nr. 1, S. 25-28. *DZI-2913*

Toppe, Sabine: Familie heute: Zwischen gesellschaftlichen (Rollen)Anforderungen und familiärem Eigensinn. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 63, 2009, Nr. 1, S. 5-16. *DZI-2913*

7.05 Migranten

Koray, Sibel: Berücksichtigung von Autonomie- und Identitätsbedürfnissen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Beratung und Psychotherapie. - In: Informationsrundschreiben ; 2009, Nr. 218, S. 63-68. *DZI-2317z*

Sandvoß, Andreas: Migration und häusliche Gewalt. - In: Informationsrundschreiben ; 2009, Nr. 218, S. 49-62. *DZI-2317z*

7.07 Straffällige/ Straftatlassene

Brooker, C.: Community managed offenders' access to healthcare services: Report of a pilot study. - In: Probation Journal ; Jg. 56, 2009, Nr. 1, S. 45-59. *DZI-0049*

Craissati, Jackie: Serious further offences: An exploration of risk and typologies. - In: Probation Journal ; Jg. 56, 2009, Nr. 1, S. 9-27. *DZI-0049*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Brattig, Volker: Psychologische Dienste in Berufsbildungswerken: Wie sie ihre Arbeit sehen und welche Anforderungen auf sie zukommen. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 23, 2009, Nr. 1, S. 24-43. *DZI-2967*

Braun, Anna Katharina: Zum Lernen geboren: Optimierung des Gehirns durch frühe Bildung. - In: Deutsche Behinderten-Zeitschrift ; Jg. 46, 2009, Nr. 1, S. 12-14. *DZI-1809z*

Fischer, Katja: Psychische Störungen: Sozialmedizinische Bedeutung und Entwicklungen in der medizinischen Rehabilitation. - In: RV aktuell ; Jg. 56, 2009, Nr. 4, S. 149-157. *DZI-0902z*

Schleider, Karin: Strukturelle und funktionale Merkmale der Schulen für Kranke unter besonderer Berücksichtigung der Beschulung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher: Eine empirische Untersuchung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 60, 2009, Nr. 4, S. 148-155. *DZI-0200*

7.11 Abhängige/Süchtige

Croissant, Bernhard: Ein Fall von Kaufsucht – Impulskontrollstörung oder Abhängigkeitserkrankung? - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 36, 2009, Nr. 4, S. 189-192. *DZI-2574*

Fromme, H.: Tabakrauch in gastronomischen Einrichtungen: Exposition, innere Belastung, ökonomische und gesundheitliche Aspekte im Zusammenhang mit Rauchverboten. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 71, 2009, Nr. 4, S. 242-257. *DZI-0021z*

Quenstedt, Fritz: Spiel- und Kaufsucht kann im Kindesalter beginnen. - In: Deutsche Behinderten-Zeitschrift ; Jg. 46, 2009, Nr. 1, S. 17-18. *DZI-1809z*

8.02 Länder/ Gebietsbezeichnungen

Jäger-Maillet, Isabelle: Das Europäische Mahnverfahren: Hinweise für die Beistände in den Jugendämtern. - In: Das Jugendamt ; Jg. 82, 2009, Nr. 4, S. 169-171. *DZI-0110z*

Janda, Fritz: Betriebliche Altersversorgung über Pensionskassen in Österreich. - In: Betriebliche Altersversorgung ; Jg. 64, 2009, Nr. 3, S. 204-206. *DZI-1708*

Schnell, Christoph: Alterssicherung in Kroatien. - In: RV aktuell ; Jg. 56, 2009, Nr. 4, S. 142-148. *DZI-0902z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.

Telefon 030/83 90 01-13
Fax 030/831 47 50
E-Mail bibliothek@dzi.de

contec Vergütungsstudie. Führungskräfte in der Sozialwirtschaft. Ausführliche Ergebnisdarstellung. Von Gabriele Moos und anderen. contec GmbH. Selbstverlag. Bochum 2008, 63 S., EUR 75,- *DZI-D-9776*

Die Anwerbung und Personalbindung von Fach- und Führungskräften ist in sozialen Unternehmen häufig mit Schwierigkeiten verbunden, wovon vor allem Bereiche wie Alten-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe sowie angrenzende Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge betroffen sind. Hinsichtlich der Entlohnung zeigen sich deutliche Diskrepanzen zur Privatwirtschaft. Um die entsprechenden Unterschiede zu konkretisieren, befasst sich diese Studie anhand einer anonymen Befragung mit den Entgeltstrukturen des Managements im Sozialen Sektor, wobei auch der Einfluss verschiedener gehaltsrelevanter Merkmale wie zum Beispiel Ausbildung, Alter, Geschlecht, Position und Unternehmensform untersucht wird. Den Schwerpunkt bildet die Analyse variabler leistungsbezogener Gehaltskomponenten wie Prämienzahlungen, Boni, Tantiemen und Gewinnbeteiligungen. Ausschlaggebend sei neben einer adäquaten Vergütung auch die Entwicklung einer wertorientierten Unternehmenskultur mit Betonung auf Normen wie Glaubwürdigkeit, Fairness und Respekt.

Abenteuer Feldforschung. Soziologen erzählen. Hrsg. Ferdinand Sutterlüty und Peter Imbusch. Campus Verlag. Frankfurt am Main 2008, 261 S., EUR 19,90 *DZI-D-8584*
Um einen Einblick in die Konventionen bestimmter Kulturen oder sozialer Gruppen zu gewinnen, begeben sich Feldforschende meist unerkannt in deren Lebensraum, um so vor Ort ihren Alltag kennenzulernen und Informationen zu sammeln. In diesem Buch berichten Soziologinnen und Soziologen über solche Beobachtungen in verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen. Beschrieben werden zum Beispiel Momentaufnahmen aus der Kunstszene, Begegnungen mit religiösen Gemeinschaften sowie städtische Sozialräume in London, Bremen und Wien. Weitere Beiträge berichten über die Alltagserfahrungen von Obdachlosen, die Regeln der Internet-Community und einige umstrittene Entwicklungen im Bereich der Arbeitswelt. Ergänzt werden diese skizzenhaften Darstellungen durch eine Erörterung wissenschaftlicher Fragen und Probleme. So bietet der Band einen theoretisch reflektierten ethnographischen Querschnitt der Gesellschaft.

Professionalisierung der Frühpädagogik. Perspektiven, Entwicklungen, Herausforderungen. Hrsg. Hilde von Balluseck. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2008, 323 S., EUR 16,90 *DZI-D-8621*

Die institutionelle Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Deutschland steht derzeit unter einem hohen familien- und bildungspolitischen Innovationsdruck, denn das Ausbildungssystem, die Kompetenzen von Erziehenden und die jeweiligen Forschungsfragen müssen neu konzipiert werden. Im November 2007 fand deshalb in Berlin

eine Tagung zum Thema der Frühpädagogik statt, deren Beiträge hier zusammengefasst und durch einige weitere Fachartikel ergänzt sind. Diskutiert wurden Fragen wie die Definition von Professionalisierung, die Kooperation mit den Eltern, die Akademisierung der Ausbildung sowie deren Aufgaben, Rahmenbedingungen und Finanzierung. Der Tagungsbericht beschreibt die aktuellen Veränderungen und wendet sich vor allem an Studierende, Lehrende und Praktizierende im elementarpädagogischen Bereich.

100 Jahre Soziales Lehren und Lernen. Von der Sozialen Frauenschule zur Alice Salomon Hochschule Berlin. Hrsg. Adriane Feustel und Gerd Koch. Schibri-Verlag. Berlin 2008, 329 S., EUR 17,50 *DZI-D-8653*

Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) ist eine der ältesten Hochschulen für Soziale Arbeit weltweit. In der Gründungsphase um 1908 wurden die Orientierungslinien für die Ausbildung festgelegt, die sich bis heute als tragfähig erwiesen haben: Interdisziplinarität, wissenschaftliche Fundierung, eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis sowie internationale Ausrichtung und Interkonfessionalität. Das Projekt der sozialen Frauenarbeit verband die Emanzipationswünsche der Frauen jener Zeit mit der gesellschaftspolitischen Perspektive, die Not der Hilfebefürhtigen zu lindern und klassenspezifischen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Zum Jubiläum der ASH im Oktober 2008 erschien eine umfangreiche Darstellung der Hochschulgeschichte, ergänzt durch Erinnerungen der Lehrenden, eine Chronik der Bildungseinrichtung und die Lebensdaten von Alice Salomon.

Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. Von C. Wolfgang Müller. Juventa Verlag. Weinheim 2006, 336 S., EUR 23,- *DZI-D-8654*

Dieser Band beschreibt die Entwicklung der Methoden Sozialer Arbeit als Kern ihres Handwerks im Zusammenspiel mit den sozialen Bewegungen in Vergangenheit und Gegenwart. Die klassischen Methoden der Sozialarbeit entwickelten sich in Praxis und Theorie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Der Autor berichtet in einem anschaulichen Sozialreport, wie Menschen und Einrichtungen neue Wege betreten und wie sich die Absichten des Helfens veränderten. Der zweite Teil befasst sich mit der Methodentwicklung der Sozialen Arbeit nach 1945 und rekonstruiert die Weiterentwicklung methodischen Handelns von der Nachkriegszeit bis in die Moderne: Gruppenpädagogik, Einzelfallhilfe, Gemeinwesenarbeit, Gruppendynamik ebenso wie systemische Beratung, Organisationsentwicklung und Sozialmanagement. Das Standardwerk bietet eine gut lesbare Einführung in die Methodengeschichte der Profession und ist seit vielen Jahren in Ausbildung und Lehre etabliert. Die vorliegende Ausgabe wurde grundlegend überarbeitet, erweitert und aktualisiert.

Kinderleben – Individuelle Entwicklung in sozialen Kontexten. Band 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen. Hrsg. Christian Alt. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, 368 S., EUR 39,90 *DZI-D-8656*
Bedingt durch den ökonomischen, familienstrukturellen und gesellschaftlichen Wandel leben Kinder heute in einer stark veränderten Situation im Vergleich zu der Zeit, als ihre Eltern oder Großeltern Kinder waren. Sie sind zumeist früh gefordert, selbstständig zu handeln und eigene Bezie-

hungen aufzubauen. Die jeweiligen ökonomischen und sozialen Ressourcen sind jedoch ungleich verteilt. Dies führt zu unterschiedlichen Voraussetzungen für den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Dieser Band untersucht den Einfluss der Sozialstruktur auf den Erwerb von kognitiven und sozialen Kompetenzen im Hinblick auf Aspekte wie Freundschaft, kindliche Aggressivität, Freizeitaktivitäten, Erziehungsverhalten und schulische Leistungen. Das Buch wendet sich an Lehrende und Studierende der Sozialpädagogik und der Erziehungswissenschaft, Eltern, Bildungsverantwortliche, Erziehende und Fachkräfte der Sozialen Arbeit.

Wie wenig Geld ist zu wenig? Das Existenzminimum und ein Selbstversuch. Von Elena Wolf. AG SPAK. Neu-Ulm 2008, 150 S., EUR 16,- *DZI-D-8660*

Die Bemessung der Hartz-IV-Leistungen für arbeitslose Menschen orientiert sich an dem Anspruch, ein menschenwürdiges Dasein und die Partizipation an gesellschaftlichen sowie kulturellen Aktivitäten zu ermöglichen. Als Berechnungsgrundlage für den Warenkorb dient die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, wobei Beträge für verschiedene Bedarfe wie zum Beispiel Nahrungsmittel, Kleidung, Kommunikation, Medien, Mobilität, Gesundheit und Freizeit vorgesehen sind. Neben einer Untersuchung des so definierten Existenzminimums im Hinblick auf seine historische, verfassungsrechtliche und theoretische Dimension schildert die Autorin in Form von Tagebuchnotizen eigene Eindrücke aus einem Selbstexperiment im April 2007 mit dem damaligen Eckregelsatz von 622 Euro für eine Bedarfsgemeinschaft von zwei Personen. Da vor allem der soziokulturelle Lebensbereich stark eingeschränkt werde, plädiert die Autorin für die Alternative eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Hrsg. Fabian Kessl und Hans-Uwe Otto. Juventa Verlag. Weinheim 2009, 247 S., EUR 24,- *DZI-D-8655*

Im Kontext der seit den 1970er-Jahren beobachtbaren Veränderungen post-wohlfahrtsstaatlicher Arrangements kam es auch zu einer Neupositionierung der Sozialen Arbeit und deren Aufgabenbereichen. Bestand ihre Funktion zuvor hauptsächlich in der Herstellung einer größtmöglichen Normalisierung, liegt nun die Betonung stärker auf Zielvorstellungen wie Aktivierung und Eigenverantwortung, wobei strukturelle Faktoren eher marginalisiert werden. Die Beiträge dieses Bandes beleuchten die aktuellen Transformationsprozesse und problematisieren Themen wie das Leistungsprinzip, Geschlechterhierarchien, rassistische Diskriminierung, Armut und die Biographisierung der Lebensalter. Im Mittelpunkt der vor diesem Hintergrund entwickelten Zukunftsperspektiven stehen die historische, ökonomische und politische Dimension Sozialer Arbeit, Fragen der Globalisierung und das Kriterium der Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit.

Inobhutnahme. Krisenintervention und Schutzgewährung durch die Jugendhilfe §§ 8a, 42 SGB VIII. Von Thomas Trenz. Richard Boorberg Verlag. Stuttgart 2008, 302 S., EUR 32,- *DZI-D-8661*

Meldungen über vernachlässigte, misshandelte oder getötete Kinder gehören in den letzten Jahren beinahe schon

zum Status quo der deutschen Nachrichtenlandschaft. Die Jugendhilfe steht vor der Frage, ob nicht die dahin gehenden Maßnahmen der Prävention und Intervention effektiver gestaltet werden könnten. Vielfach jedoch werden Entscheidungen durch den Zwiespalt zwischen „vorschneller“ Einmischung und riskantem Gewährenlassen erschwert. So bleibt als letzter Ausweg oft nur noch die Inobhutnahme, die vorläufige Aufnahme und Unterbringung durch das Jugendamt in akuten Gefährdungssituationen. Durch die Beschreibung der sozialpädagogischen, empirischen und juristischen Aspekte dieses Verfahrens bietet das Buch einen Einblick in interdisziplinäre Zusammenhänge sowie konkrete Arbeitshilfen für die berufliche Praxis.

„Das gibt's nur einmal“ – Kulturarbeit im Altenpflegeheim. Hintergründe, Konzepte, Beispiele. Von Michael Graber-Dünow. Schlütersche Verlagsgesellschaft. Hannover 2008, 174 S., EUR 24,90 *DZI-D-8662*

Um den Bewohnerinnen und Bewohnern von Altenpflegeheimen eine bessere Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, werden neben der medizinischen Pflege häufig auch Film- und Theateraufführungen, traditionelle Feierlichkeiten oder musikalische und tänzerische Darbietungen angeboten. Ausgehend von einer Darstellung der Ziele und Inhalte dieser Arbeit bietet der Autor einen Abriss der deutschen Kulturgeschichte vom Jahr 1919 bis zu den 1950er-Jahren und erleichtert damit die Gestaltung generationsspezifischer Programme, die anhand des Frankfurter Altenpflegeheims Justina von Cronsteden beispielhaft dargestellt werden. Das Buch enthält zahlreiche Zitate aus Interviews mit älteren Menschen und wendet sich vor allem an Auszubildende und Fachkräfte in den Bereichen Altenhilfe, Sozialarbeit, Heilpädagogik und Ergotherapie.

Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Pflegebedarf. Konzepte und Methoden. Von Vjenka Garms-Homolová und anderen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2009, 304 S., EUR 29,90 *DZI-D-8671*

Die Möglichkeit pflegebedürftiger Menschen, am Leben in der Gesellschaft zu partizipieren, wird gesetzlich in § 4 Sozialgesetzbuch IX berücksichtigt, der einen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe vorsieht. Da dieses Aufgabenfeld über die typische Pflege hinausgeht, ist hier eine Verbindung mehrerer Kompetenzen und Professionen erforderlich, um eine bestmögliche Qualität zu verwirklichen. Anknüpfend an das Projekt „Gewährleistung von Aspekten persönlicher Lebensführung und Teilhabe bei Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf“ enthält dieser Band konzeptionelle und theoretische Überlegungen zu diesem Thema, Beiträge zur Pflegepolitik, Empfehlungen für die Praxis, Ergebnisse einer Studie zur Perspektive der Betroffenen sowie Hinweise auf Widersprüchlichkeiten und Probleme, die bei der Umsetzung der entsprechenden Vorgaben auftreten können. Das Buch wendet sich vor allem an das wissenschaftliche Fachpublikum, Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen und Mitarbeitende in Unternehmen mit einer pflegebedürftigen Klientel.

Lebenserinnerungen. Jugendjahre, Sozialreform, Frauenbewegung, Exil. Von Alice Salomon. Verlag Brandes & Appel. Frankfurt am Main 2008, 364 S. *DZI-D-8618*

Alice Salomon (1872-1948), die weltbekannte Wegberei-

terin der Sozialen Arbeit, gründete im Jahr 1908 die erste interkonfessionelle „Soziale Frauenschule“, die heutige Alice Salomon Hochschule Berlin, und war darüber hinaus eine Pionierin der deutschen und internationalen Frauenbewegung. Mit Verweis auf ihre jüdische Herkunft wurde sie im Jahr 1937 von der Gestapo gezwungen, Deutschland zu verlassen. So emigrierte sie nach New York, wo sie eine Autobiographie in englischer Sprache verfasste, die sie als Publikation in Deutschland vorgesehen hatte. Diese Biographie wurde von Rolf Landwehr bearbeitet und aus dem Englischen übersetzt, ergänzt durch eine Zeit- und ausdrucksvolle Fotos. Alice Salomon beschreibt in 24 Kapiteln ihren Lebensweg und zeichnet ein Bild der wechselnden politischen Verhältnisse, wobei vor allem die Weimarer Republik, deren Zusammenbruch und die nationalsozialistische Politik in den Blick genommen werden. Das Buch ist ein wichtiges Dokument für alle, die sich für Alice Salomons Leben, die Geschichte der sozialen Reformbewegungen, die Entstehung und Entwicklung des Sozialarbeiterberufs, die Frauenbewegung und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus interessieren.

Evangelisch – Diakonisch. Evangelische Hochschulperspektiven Band 4/2008. Hrsg. Richard Edtbauer und Alexa Köhler-Offierski. Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre. Freiburg im Breisgau 2008, 286 S., EUR 15,-
DZI-D-8669

In der Reihe Evangelische Hochschulperspektiven erscheinen in jährlicher Folge interdisziplinäre Fachpublikationen zu aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialwesen. Thema des vorliegenden vierten Bandes ist die diakonische Arbeit der evangelischen Kirche. Die Beiträge befassen sich, ausgehend von theologischen und historischen Überlegungen, mit der Sozialen Arbeit in Indien, mit Fragen der Leitungsverantwortung und mit der Bedeutung von Armut und veränderten Familienstrukturen für das diakonische Handeln. Vorgestellt werden mit Verweis auf die Relevanz der Diversität zudem unterschiedliche pädagogische Tätigkeitsfelder wie die Erwachsenenbildung und der evangelische Religionsunterricht an Berufsschulen. Das Buch eignet sich für Fachkräfte in Wohlfahrtsverbänden sowie Lehrende und Studierende der Erziehungswissenschaften, Sozialwissenschaften und Theologie.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlaufer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice Salomon Hochschule Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland)
Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606